

CUBA LIBRE

DM 6,-

Giron

Yankees acuérdate de abril!

Yankees erinnert euch an den April
April '61: Sieg in der Schweinebucht

Ins Wasser gefallen:

Provokationen der Contras

In die Hose gegangen:

Spiegel-TV erfindet Huren+Freier

Gestartet:

Vorbereitungen zum 14. Festival



CUBA

konkrete
Solidarität

Mit der Internationalen Brigade José Martí nach Kuba!

28. September bis 19. Oktober 1996

Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft, der Versuch, durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Kubas zu erhalten, gemeinsames Arbeiten und Leben mit ca. 100 Personen aus mehreren west-europäischen Ländern, Erfahrungen und Anregungen sammeln für die so wichtige Solidaritätsarbeit für Kuba - das sind die Zielsetzungen der Internationalen Arbeitsbrigade José Martí!

Von den insgesamt drei Wochen Aufenthalt wird ca. 14 Tage in der Landwirtschaft gearbeitet. Nach der Arbeit finden im Campamento "Julio Antonio Mella" Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit VertreterInnen verschiedenster kubanischer Institutionen statt. Darüber hinaus Besuche in der näheren Umgebung von Havanna in Schulen, Krankenhäusern, Museen, CDR (Komitees zur Verteidigung der Revolution), Gewerkschaften etc.

Teilnahmevoraussetzungen: Teilnahme an den Vorbereitungstreffen, Bereitschaft, in einem Kollektiv solidarisch zu leben und zu arbeiten. Gute Gesundheit.

Brigadeprojekt: Die Brigade José Martí leistet durch mitgebrachte Geld- und Sachspenden (Schreibmaterialien, Gehhilfen, Rollstühle etc.) praktische Solidarität. Diese Spenden werden in Kuba zur Hälfte an ACLIFIM (Gesellschaft für motorisch Behinderte), zur anderen Hälfte an das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) direkt übergeben. Unterstützt das Projekt der Brigade durch Spenden auf das Sonderkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Kto. 307 984-507 Stichwort ACLIFIM

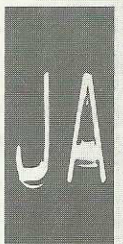
Kosten: für Vollverdiener DM 1950.-, für Arbeitslose, Schüler, Studenten DM 1780.-. Brigadearbeit zzgl. DM 40.- Die Kosten beinhalten den Flug ab Köln, Transfer und Unterbringung, Programm- und Informationsteil, Informationsmaterialien. Weitere Informationen bzw. Briegdeanmeldung: Wolfgang Peter, Telefon 07345/5352



Coupon einsenden an: WVCO, Granma, PF 66, 12414 Berlin

Granma INTERNATIONAL

AUTHENTISCHE
aus Cuba
und Lateinamerika
INFORMATIONEN



ich abonniere für die Dauer von

- 1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM
 6 Monate (6 Ausgaben) 13 DM

ich zahle

- gegen Rechnung
 per Bankeinzug

Name Geldinstitut
Str./Nr. BLZ
PLZ/Ort Konto
Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift

Yankees acuérdate de abril - Yankees, erinnert euch an den April.

Wie notwendig diese Erinnerung an die mißglückte Invasion in der Schweinebucht im April 1961 ist, zeigten die letzten Wochen. Die dreisten Provokationen der Contras aus Miami - unter wohlwollender Duldung der US-Administration - führten dazu, daß die revolutionären Streitkräfte Cubas zwei Cessnas abschossen, da sie trotz mehrmaliger Warnung nicht aufhörten, den cubanischen Luftraum zu verletzen. Auch wenn die Yankees aufgrund der eindeutigen Faktenlage nicht die Verurteilung Cubas in der UNO erreichten, so führte die anti-cubanische Medienkampagne doch zu einem eindeutigen Rechtsruck im Präsidentschaftswahlkampf. Alle Widerstände gegen das Helms-Burton-Gesetz waren plötzlich vom Tisch und Jesse Helms frohlockte: »Leb wohl, Fidel. Das ist die Botschaft unseres Gesetzes an Dich.«

Allerdings häufen sich die Anzeichen dafür, daß sich die USA selbst mit diesem Gesetz isolieren könnten. Es hagelte Proteste sowohl aus dem lateinamerikanischen Raum als auch aus anderen Teilen der Welt. Selbst die Europäische Union kündigte für den Herbst rechtliche Schritte für den Fall an, daß der Kongreß das Helms-Burton-Gesetz verabschiedet. Selbstredend ist der Antrieb für diese Proteste weniger das Wohlergehen der CubanerInnen als vielmehr das der Bankkonten der Investoren.

Leider mußten wir aufgrund der aktuellen Ereignisse zwei Fortsetzungen verschieben, und zwar die zum Reisebericht aus der Sierra und die zur Ökonomie. Wir hoffen auf das Verständnis der LeserInnen.

harry

Impressum:

Herausgeber:
Vorstand der Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120
E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de

Konto:
Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Spendenkonto:
Postgiro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:
Harry Hoppe, Peter Nowak, Manfred Sill,
Marianne Schweinesbein
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:
Drucktechnik Odenthal,
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Tel./FAX: 040/393 201

Gestaltung, Satz, EBV:
h. hoppe Tel.: 317 59 92

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr
Jahresabo: DM 20,-
Einzelheft: DM 6,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen
vor Ende des Bezugszeitraumes

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden

aktuell

Zu den Luftraumverletzungen

Noten des cubanischen Außenministeriums

25. Februar6

26. Februar7

28. Februar9

Chronik.....11

Pressekonferenz mit R. Alarcon11

Roberto Robaina zur Presse.....15

jw-Interview mit J. Bolaños.....17

Protesterklärung der FG BRD-CUBA18

Spiegel-TV und Cuba19

Konferenz »La nación y la emigración«.....20

14. Weltfestspiele in Cuba

Beschluß WBDJ.....22

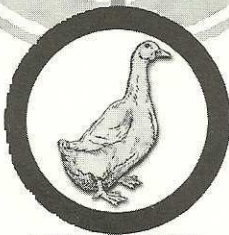
Aufruf Arbeitskreis Festival23

solidarität

Südafrika24

Gedanken zum Internationalismus26

Christel Fröhlich.....28



Achtung!
Ente im TV



Roberto Robaina
Cuban Foreign Minister



Madeleine Albright
U.S. Amb. to U.N.

bericht

Initiative aus dem Trikont	30
Peru- Neoliberalismus und Repression.....	36

aus der fg

leserbrief	39
Expolingua	39
Europatreffen der Cuba-Solidarität	39

Nachruf

Bartl Winter	40
Annette Ricarda.....	40

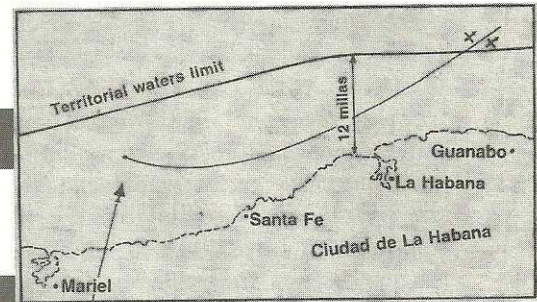
Vortragsreise zur Landwirtschaft Cubas	41
--	----

projekte

Spielzeug für Cubas Kinder	42
----------------------------------	----

rubriken

Impressum	3
editorial	3

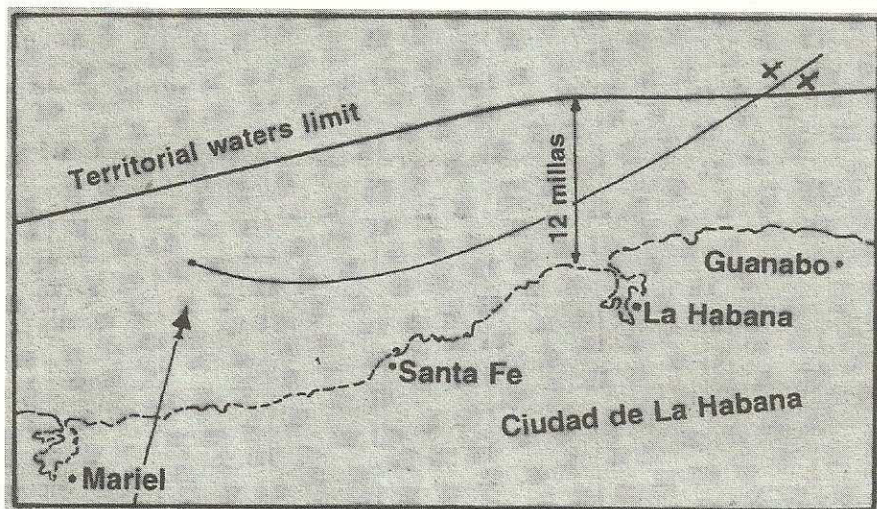


aktuell

Higher they fly- deeper they fall!

(Je höher sie fliegen, desto tiefer fallen sie!)

Zu den Verletzungen des cubanischen Luftraums



Zwischen 15:21 Uhr und 15:28 Uhr vom 24. Februar 1996 wurden von Flugzeugen unserer Luftstreitkräfte zwei aus dem Flugplatz Opalocka im Staat Florida kommende Piratenflugzeuge des Typs Cessna abgeschossen, während sie wiederholt den Luftraum über den cubanischen Hoheitsgewässern in einer Entfernung zwischen 5 und 8 Meilen nordlich vom Stand Baracoa im Westen von Havanna verletzten.

Vorher, zwischen 10:15 Uhr und 11:27 Uhr, waren drei Flugzeuge gleichen Typs in unseren Luft- und Seeraum eingebrochen. Bei dieser Gelegenheit ist ein Flugzeug unserer Luftstreitkräfte dahin geflogen, wobei es mit seiner Anwesenheit die Fortsetzung der Verletzung verhinderte und die Piraten Richtung Norden flogen.

Um 15:21 Uhr, während sie sich erneut nach Kuba begaben, wurde einer der Verantwortlichen dieser Einflüge von der Überwachungsstelle des Luftverkehrs in Havanna davor gewarnt, daß Zonen des Luftraumes im Norden aktiviert waren und auch

vor dem Risiko, das sie eingehen, wenn sie in diese Zonen einfliegen, worauf er antwortete, es sei ihm klar,

Note des Außenministeriums der Republik Cuba, 25. Februar 1996

er dürfte nicht hinfliegen, jedoch würde er es tun.

Um 15:15 Uhr wird durch interne Kommunikation eines von den zwei Piloten bekannt, er begeben sich nach Havanna.

Während zwei Flugzeuge eingeflogen sind, ist der Chef der Gruppe, in einer dritten Maschine, außerhalb der Zwölf-Meilen-Grenze geblieben.

Diese Provokation kam gerade an dem Tag zustande, an dem unser Land des 101. Jahrestages des Beginns des Unabhängigkeitskrieges im Jahre 1895 gedenkt und an dem sich unser Volk vorbereitete, um den Karneval zu feiern.

Diese Verletzungen sind unendlich oft vorgekommen, trotz der wieder-

holten Mahnung, daß man sie nicht zulassen könne und daß jede Geduld ihre Grenzen hat.

Wie man sich erinnern wird, sind am 13. Juli 1995 und neuerdings am 9. und 13. Januar 1996 Einflüge in unseren Luftraum seitens konterrevolutionärer Gruppen cubanischer Herkunft, die im US-Territorium angesiedelt sind, unternommen worden. Bei diesen Einflügen wurden Flugblätter subversiven Charakters abgeworfen.

Vor diesen Taten, die immer unverschämter werden - insbesondere die letzte - hat die cubanische Regierung erneut rechtzeitig vor deren Schwere und den daraus resultierenden Folgen gewarnt.

In der öffentlichen Note vom 15. Januar in der Zeitung „Trabajadores“, wurde zum Schluß gewarnt: „den Übertretern können wir sagen, daß Cuba über die notwendigen Mittel verfügt, um die Integrität seines nationalen Territoriums zu garantieren, sowie um unbefugte Flüge über seinen Luftraum zu unterbrechen, weshalb die Verletzer ebenfalls bereit sein sollten, die Folgen zu tragen.“

Unsere Behörden haben ebenfalls der US-Regierung die vorgekommenen Taten gleich verletzender Natur zur Kenntnis gegeben. Die jüngste diplomatische Note war die Note Nummer 45 vom 16. Januar 1996.

Mit der Absicht, alle widerwartenden Mittel auszuschöpfen, die diese Taten vermeiden könnten, haben sich die cubanischen Luftfahrtbehörden zusätzlich zweimal offiziell an Mitglieder der Bundesverwaltung der US-Luftfahrt gewandt, um ihnen die Gefahren, die diese unbefugten Einflüge mit sich bringen, zur Kenntnis zu geben.

In diesem Zusammenhang sind auch die wiederholten Drohungen und Taten einzuordnen, die die in Miami angesiedelten Banden in besonders aggressiver Form in letzter Zeit begangen haben. Diese reichen von den oben genannten Verletzungen des Luft- und Seeraumes bis hin zu dem Ankauf von Arsenalen,

dem Erwerb von Schiffen, der Einschleusung von Waffen und Sprengstoffen und der Sendung von Terrorkommandos um Gewalttaten in verschiedenen Orten Cubas zu begehen.

Es war gar nicht notwendig, einige der grundlegenden Fakten dieses Teils der Geschichte über geheime Kanäle herauszubekommen. Sie wurden von ihren Tätern in Pressekonferenzen in Miami gestanden, sie erschienen in den Seiten der Presse dieser Florida-Örtlichkeit und sie wurden sogar - und das ist alarmierend - von höheren Beamten der US-Regierung kommentiert.

Dieselben mißbilligten, wie es in ihren Erklärungen steht, die Absichten und Taten der Terrorbanden, die ihren Generalstab in Miami haben, und haben sie mehrmals offiziell davor gewarnt, sollten sie diese Misstaten fortsetzen, so könnten sich die amerikanischen Behörden nicht in die Maßnahmen einmischen, die die cubanische Regierung zur Aufrechterhaltung der Souveränität der von ihr vertretenen Nation treffen könnte.

Nachdem die Mittel der Mahnungen erschöpft waren und eine außerordentlich vorsichtige Haltung vor den wiederholten aggressiven Erklärungen und Taten der Terroristengruppen cubanischer Herkunft, die ihren Schlupfwinkel in Miami haben, eingenommen wurde, hat die cubanische Regierung daher entschieden, die Kontinuität der Flüge von Flugzeugen zu unterbrechen, die die Souveränität Cubas verletzen und das Leben von cubanischen Bürgern gefährden.

Die Verantwortung für die Maßnahmen, auf die sich jetzt die cubanische Regierung zur Erhaltung ihrer ehrwürdigen und unabdingbaren Pflicht der Verteidigung der nationalen Souveränität gezwungen gesehen hat, fällt auf diejenigen, die bei wiederholten Gelegenheiten den Mahnungen kein Gehör geschenkt haben und auf ihren verantwortungslosen Abenteuern bestanden.

Der Abschluß von den beiden Piratenflugzeugen soll denjenigen eine Lehre sein, die solche Taten anstiften und begehen, die zur Verschärfung

der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba beitragen.

Die Cubanische Revolution wird unverändert weiterhin die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Souveränität und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit unseres Volkes treffen. ★

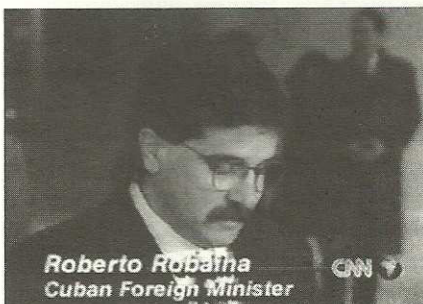
Die cubanische Regierung billigte den Antrag auf Einfahrt von Einheiten der US-Küstenwache in unsere Hoheitsgewässer, damit sie gemeinsam mit unseren Grenzschutztruppen die Rettung an dem Ort vornehmen, wo beide Flugzeuge abgeschossen wurden.

Unsere Regierung bedauert, daß die verantwortungslosen und verbrecherischen Aggressionen gegen unser Land Menschenleben kosten konnten.

*Außenministerium der Republik Cuba
Havanna, den 25. Februar 1996*

Note des Außenministeriums der Republik Cuba, 26. Februar 1996

US-Außenminister Warren Christopher hat gestern in Washington in verschiedenen Erklärungen, die von ausländischen Nachrichtenagenturen verbreitet wurden, den Abschluß zweier US-amerikanischer „Zivil“-Flugzeuge als „völlig ungerechtfertigt“ bezeichnet. Nach Aussagen des Außenministers stellen die Vorfälle eine „eindeutige Verletzung des internationalen Rechts und der Normen eines zivilisierten Landes“ dar.



Roberto Robaina
Cuban Foreign Minister

An anderer Stelle erklärte Christopher, nach den seinem Land vorliegenden Informationen „ist man zu dem Schluß gelangt, daß der Angriff in internationalen Gewässern stattgefunden hat“ und nicht in cubanischen Hoheitsgewässern, wie die cubanische Regierung behauptete.

Der US-Diplomat ließ somit auch die Verlautbarungen Havannas unberücksichtigt und wies darauf hin, daß die Erklärungen der cubanischen Seite „weder einleuchtend noch annehmbar sind“.

Mit drohendem Unterton sagte der US-Außenminister, Präsident Bill Clinton müsse rasche und angemessene Antworten auf die von Cuba durchgeführte Aktion finden. „Wir werden uns nicht auf multilaterale Maßnahmen beschränken, sondern wir werden Schritte in Erwägung zie-

hen, die die Vereinigten Staaten unilateral unternehmen können“.

Zu den Erklärungen des Verantwortlichen für die US-Außenpolitik ist zumindest zu sagen, daß er auf zynische Weise Lügen verbreitet und dies in einer Sprache, die wir seit über 36 Jahren von hohen Funktionären der verschiedenen Regierungen unseres Nachbarlandes zu hören gewohnt sind.

Zunächst ist hierzu folgendes anzuführen: Die Tatsache, daß die US-amerikanischen Behörden noch am Samstag eine Genehmigung beantragt haben, in die cubanischen Hoheitsgewässer nördlich von Havanna eindringen zu dürfen, um sich gemeinsam mit den cubanischen Behörden an den Such- und Bergungsarbeiten in dem Gebiet zu beteiligen, in dem die beiden Piratenflugzeuge abgeschossen wurden, beweist, daß es sich hier um einen legitimen Akt der Verteidigung unseres Luftraums handelte und nicht um eine „völlig ungerechtfertigte“ Maßnahme, wie der US-Diplomat urteilte.

Dies wiederum bestätigt unsere Versicherung, daß der Abschub im Luftraum und in den Hoheitsgewässern Cubas stattfand und nicht in internationalen Gewässern, wie Christopher behauptet hatte.

★ Dies ist jedoch nicht die Kernfrage, sondern es geht um die Tatsache, daß solche Verletzungen schon hunderte von Malen geschehen sind. Dazu gehört auch das Eindringen von Piraten in den Luftraum über cubanischen Hoheitsgewässern und dem Stadtgebiet von Havanna. Dadurch, daß die vielfachen Warnungen ungehört blieben, mußten solche Aktionen irgendwann diesen Zwischenfall provozieren. Es ist eine ungeheure Frechheit, sich nun damit rechtfertigen zu wollen, daß der Zwischenfall in internationalen Gewässern geschehen sei. Was mit immer unverschämteren und demütigenderen Aktionen gegen Cuba getan wurde, könnte kein Land hinnehmen, das sich selbst achtet. Die Vereinigten Staaten hätten solche Aktio-

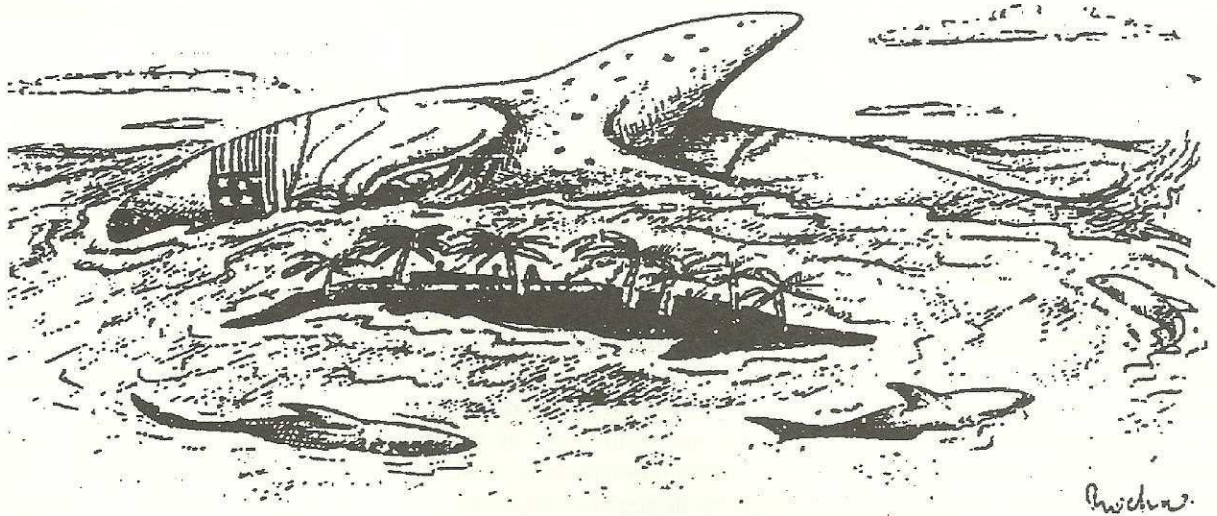
Die übereilte Erklärung des US-Außenministers steht im Gegensatz zu der Aussage eines nicht genannten Regierungsbeamten in Washington, die von der Nachrichtenagentur Reuter veröffentlicht wurde. Anlässlich einer Sitzung von Beratern Präsident Clintons, die am selben Tag im Weißen Haus stattfand, erklärte der Beamte, eines der Ziele habe darin bestanden, „sämtliche uns vorliegenden Beweise in Ihrer Gesamtheit zu betrachten“, um festzustellen, ob die Flugzeuge zum Zeitpunkt ihres Abschusses in den cubanischen Luftraum eingedrungen waren. Dies belegt die Unsicherheit im Hinblick auf die Frage, ob eine Verletzung des Luftraumes vorlag oder nicht.

Wenn jedoch auf US-amerikanischer Seite noch immer Zweifel bestehen sollten, so verfügen wir über eindeutige Beweise. Sie reichen von Kartendarstellungen, die, nach der Entdeckung auf den Radarschirmen, Minute für Minute verdeutlichen, Gesprächsaufzeichnungen, bis hin zu Gegenständen der Eindring-

Luftfahrzeuge mit US-amerikanischem Kennzeichen und Startgenehmigung von ihrem Staatsgebiet aus ihre Route geändert haben und eindeutig in unseren Luftraum und unsere Hoheitsgewässer eingedrungen sind, um danach zurückzukehren, ohne daß die US-Justiz in irgendeiner Form gegen sie tätig geworden wäre.

Wenn es sich überdies um absichtliche Verletzungen und Provokationen handelt, so haben Sprecher der USA nach dem Zwischenfall eingeräumt, daß die Verantwortlichen rechtzeitig darauf hingewiesen worden seien, daß bei jedem Flug in Richtung Cuba, der den 24. Breitengrad überfliege, mit Problemen zu rechnen sei und die US-Regierung dafür keine Verantwortung übernehme.

Ein Beispiel: Nach Meldungen der Agentur Notimex, Miami, hat der Vorsitzende der Vereinigung cubanisch-amerikanischer Piloten, Jorge Dorrbecker, gestern erklärt, die US-amerikanischen Luftfahrtbehörden hät-



nen nicht ein einziges Mal zugelassen.

Der demokratische Kongreßabgeordnete Charles Rangel, ein mutiger integrierter Mann, erklärte gestern gegenüber dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN, daß „keine US-amerikanische Gruppe das Recht hat, cubanischen Luftraum zu verletzen und unter Verletzung der US-amerikanischen und cubanischen Gesetze regierungsfeindliche Propaganda abzuwerfen“.

linge in cubanische Hoheitsgebiet, die in den cubanischen Gewässern nördlich der Hauptstadt gefunden wurden. Dort wurden die Eindringlinge am Samstag, den 24. Februar, abgeschossen.

Aus diesem Grunde entbehrt auch die offizielle Anschuldigung jeder Grundlage, Kuba habe internationale Rechtsnormen verletzt. Vielmehr sind es die USA, die diese Verantwortung übernehmen müßten, denn sie haben wiederholt zugelassen, daß

ten vor etwa drei Wochen erneute Warnungen im Hinblick auf Cuba herausgegeben. Dorrbecker fügte hinzu: „Alle Piloten wurden darauf hingewiesen, daß die cubanische Regierung keine Verantwortung für ihre persönliche Sicherheit übernehmen werde, wenn sie den 24. Breitengrad ohne Flugplan überflögen“.

Es sei daran erinnert (dies wird auch in der Note des cubanischen Außenministeriums vom Sonntag, 25. Februar erklärt), daß auch die cuba-

nischen Behörden für die zivile Luftfahrt ihre Warnungen verstärkt hatten: Aufgrund des Eindringens von Piraten in den cubanischen Luftraum warnten sie die Eindringlinge, den genannten Breitengrad nicht zu überfliegen. Dies wurde unter anderem von einem US-Beamten eingeräumt, der an dem genannten Tag in der Tageszeitung „The Miami Herald“ zitiert wurde.

Warren Christopher hat nun angekündigt, daß die Regierung seines Landes die Möglichkeit erwäge, Maßnahmen gegen Cuba zu ergreifen und gleichzeitig über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen multilaterale Schritte einzuleiten.

Es steht den Vereinigten Staaten frei, die Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen, die sie für angebracht halten. Sie sollten sich jedoch darüber im klaren sein, daß dies auch unweigerlich für sie selbst negative Konsequenzen nach sich zöge.

Unser Land hat mit sprichwörtlicher Deutlichkeit bewiesen, daß es gegenüber den unzähligen Plänen und Machenschaften von US-amerikanischem Territorium aus, die es in mehr als drei Jahrzehnten zu erleiden hatte, mit Vernunft und Entschlossenheit vorgeht.

Cuba war und ist verantwortlich für seine Handlungen und hat den glaubhaften Beweis erbracht, daß es seine Souveränität zu verteidigen weiß. Cuba hat keine Angst vor angeordneten Maßnahmen, wie sie unter den gegebenen Umständen erfolgen könnten. Dazu gehören auch Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates.

Um jegliche Zweifel daran auszuräumen, daß Herr Warren Christopher wissentlich lügt, haben wir schließlich einen Piloten dieser Gruppe von Eindringlingen bei uns, der solche Aktionen gegen unser Land durchgeführt hat. Noch bis vor wenigen Stunden war er bei ihnen. Dieser Pilot weiß viel. Es gibt untrüg-

liche Hinweise darauf, daß die fragliche Gruppe weit davon entfernt ist, humanitäre Maßnahmen durchzuführen, wie Herr Christopher dies lächerlicherweise behauptet, sondern daß sie eine terroristische Mafia ist, die widerwärtige, blutige Pläne gegen unser Volk ausgeheckt hat. Wir sind bereit, mit Herrn Christopher im Sicherheitsrat und wo immer er möchte, über diese Themen zu diskutieren.

Schluß mit dem Opportunismus, der Feigheit und den Versuchen, Cuba in die wahlpolitischen Machenschaften der Vereinigten Staaten zu verwickeln.

**Wir sind bereit zu kämpfen.
Dies verkenne niemand!**

*Außenministerium der Republik Cuba
26. Februar 1996*

Note des Außenministeriums der Republik Cuba, 28. Februar 1996

In einer Schnelligkeit, die Kuba bei unzähligen anderen Gelegenheiten vermißt hat, insbesondere im Hinblick auf die vielfältigen Angriffe und die grausame Blockade, die bereits viermal von der UNO-Vollversammlung verurteilt wurde, ist am Montag der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zusammengetreten, um über die Situation zu beraten, die durch den Abschluß zweier Kleinflugzeuge entstanden ist, die in den cubanischen Luftraum eingedrungen waren.

Die gegenwärtige Lage verdeutlicht, welche Kosten es für die kleinen, unabhängigen Staaten mit sich bringt, in einer unipolaren Welt unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten zu leben. Der Sicherheitsrat hat aufgrund seines parteiischen Vorgehens und seiner Unterordnung unter die Interessen der Großmächte bereits eine überaus negative Vorgeschichte, und unter den gegebenen Bedingungen hat er seine Abhängig-

keit vom State Department unter Beweis gestellt.

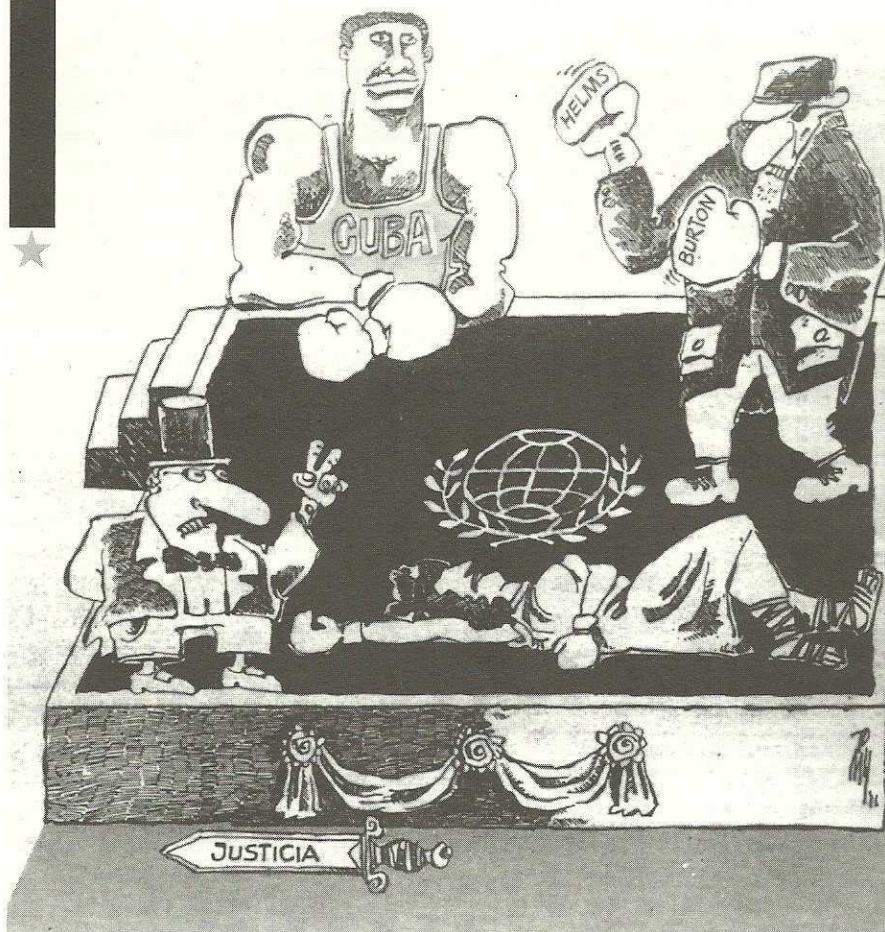
Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers, der die Grundlage für ihre unbestrittene Vormachtstellung schuf, begannen die Vereinigten Staaten mit ständiger Unterstützung ihrer westlichen Verbündeten einen unaufhaltsamen Wettlauf, um den Sicherheitsrat in eine Art Oberstes Weltgericht umzufunktionieren, von dem jedes Land verurteilt werden soll, das sich ihren Absichten widersetzt, und um die unter der Flagge der Vereinten Nationen zusammengestellten Truppen als Polizeimacht mit weltweiten Befugnissen einzusetzen.

Cuba hat beizeiten und mit Nachdruck gemeinsam mit einer wachsenden Zahl von Staaten vor dieser Entwicklung gewarnt. Sie beweist, mit welcher Dringlichkeit an der Demokratisierung der Vereinten Nationen und der Suche nach Verfah-

ren gearbeitet werden muß, die den Sicherheitsrat repräsentativer und unparteiischer machen.

Die willkürlichen Maßnahmen des Sicherheitsrates und die offene Intervention gegen zahlreiche Länder, die Nichtachtung des Prinzips der nationalen Souveränität, die antidemokratischen Methoden und die Amtsanmaßung haben nicht nur zu einer Verfälschung der Zielsetzungen und Maßnahmen der Vereinten Nationen geführt, sondern auch zu einer Vormachtstellung der USA bei seinen Entscheidungen.

Im Falle Kubas kam zu den enormen Möglichkeiten der USA, Druck auszuüben, der glückliche Umstand hinzu, daß die Vereinigten Staaten im Zuge des Rotationsprinzips gegenwärtig den Vorsitz im Sicherheitsrat führen. Die Vereinigten Staaten haben nicht gezögert, beide Vorteile zu ihren Gunsten auszunutzen, um so am vergangenen Sonntag eine Dringlichkeitssitzung zu fordern. Die Botschafter argumentierten mit gutem Grund, daß ihnen keine ausreichenden Informationen über den Zwischenfall vorlägen und sie deshalb zunächst mit ihren jeweiligen



Regierungen Rücksprache halten müßten.

Ohne genügend Zeit zu lassen und vor allem, ohne neue Informationen bereitzustellen, riefen die Vereinigten Staaten in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende am Montag morgen den Sicherheitsrat zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen, an der noch nicht einmal der cubanische Außenminister teilnehmen konnte, da er zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg nach New York war, dies in der ausschließlichen Absicht, zu der Sitzung des Sicherheitsrates zu erscheinen.

Mehrere Mitglieder baten die Vorsitzende des Sicherheitsrates, US-Botschafterin Madeleine Albright, inständig, bis zur Ankunft des cubanischen Außenministers doch wenigstens noch ein paar Stunden zu warten, ohne Erfolg. Das US-Außenministerium setzte darüber hinaus alles daran, das Visum für den cubanischen Außenminister Robaina so lange wie möglich zurückzuhalten. Robaina befand sich bereits in Mexiko und wartete auf seinen Weiterflug nach New York. Am Dienstag um 15.30 Uhr verabschiedete der Sicher-

heitsrat seine Erklärung. Robaina erhielt das Visum um 16.30 Uhr, also eine Stunde später.

Hier die Erklärung im Wortlaut:

„Der Sicherheitsrat bedauert zutiefst den Abschluß zweier Zivilflugzeuge durch die cubanische Luftwaffe am 24. Februar 1996, der vermutlich zum Tod von vier Personen geführt hat.

Der Sicherheitsrat erinnert daran, daß nach den in Artikel 3 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 niedergelegten Bestimmungen, die durch das Protokoll von Montreal vom 10. Mai 1984 ergänzt werden, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht, die Staaten auf den Einsatz von Waffen gegen Zivilflugzeuge während des Fluges verzichten und weder das Leben der an Bord befindlichen Personen, noch die Sicherheit der Flugzeuge in Gefahr bringen sollen. Die Staaten sind verpflichtet, das internationale Recht und die Bestimmungen über die

Menschenrechte unter allen Umständen einzuhalten.

Der Sicherheitsrat bittet die Internationale Zivilluftfahrtorganisation, den Zwischenfall eingehend zu untersuchen, und fordert die beteiligten Regierungen auf, sich an dieser Untersuchung umfassend zu beteiligen. Der Sicherheitsrat bittet, dies baldmöglichst zu tun. Der Sicherheitsrat wird sich mit diesem Bericht, sowie allen neuen Informationen, die ihm vorgelegt werden, unverzüglich befassen“.

Dank der ehrbaren Haltung einiger wichtiger Mitglieder des Sicherheitsrates weicht die verabschiedete Erklärung erheblich von dem ab, was die Vereinigten Staaten beabsichtigten.

Darüber hinaus hat Kuba noch vor dem Sicherheitsrat den Verlust von Menschenleben als Folge verantwortungsloser Verletzungen unserer Souveränität beklagt. In diesem Punkt besteht Einigkeit. Wir müssen jedoch erneut daran erinnern, daß in Barbados 83 Menschen starben, darunter zahlreiche Jugendliche, die gegen kein Gesetz irgendeines Landes verstoßen hatten. Sie starben aufgrund eines brutalen Sabotageaktes, und die Verbrecher werden von den Vereinigten Staaten gedeckt. In diesem Fall hat der Sicherheitsrat keinerlei Bedauern geäußert.

Man muß sehr genau definieren, was unter einem Zivilflugzeug zu verstehen ist. Mit angeblichen Zivilflugzeugen, die aus den USA kamen, sind zahlreiche Verbrechen gegen unser Land begangen worden. Es sei daran erinnert, daß konterrevolutionäre Piloten in „Zivilflugzeugen“ Havanna und mehrere andere Orte in Cuba bombardiert haben. Mit „Zivilflugzeugen“ haben sie jahrelang Sprengstoffe und Brandbeschleuniger auf unsere Zuckerrohrfelder und ökonomische Ziele abgeworfen. „Zivilflugzeuge“ wurden dazu benutzt, um Agenten und Saboteure nach Cuba einzuschleusen, oder schlimmer noch: Sie wurden zur biologischen Kriegsführung eingesetzt.

Was die Untersuchung durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation anbelangt, so gehört es zu den

US-Manövern, den Vorfall vor den Sicherheitsrat zu bringen, nicht aber, die gesamte Vorgeschichte und die groben Provokationen zu berücksichtigen, denen wir durch die wiederholte Verletzung unseres Luftraums und die Gefahren ausgesetzt sind, die dies für die Luftfahrt und unser Land mit sich bringt.

Wir hoffen, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits ihre Verpflichtung einhalten, sich an der Untersuchung umfassend zu beteiligen, wie es in der Erklärung des Sicherheitsrates gefordert wird.

Es gibt jedoch einen Punkt, den Cuba weder mit dem Sicherheitsrat noch mit Experten irgendeiner Orga-

nisation diskutieren wird, nämlich unser Recht und unsere Pflicht, die Souveränität unseres Landes zu schützen, unsere Grenzen zu wahren und die Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen.

*Außenministerium der Republik Cuba
Havanna, 28. Februar 1996*



Chronik der Luftraumverletzungen bis zum 24. Februar 1996

1994

- 2. Jan. Eine Cessna mit dem US-Kennzeichen N-415D dringt in Sperrgebiet ein.
- 15. Mai 5 Flugzeuge aus Florida
- 17. Mai 2 Cessna 337 US-Kennzeichen N-58BB und NL-108LS aus Florida
- 25. Mai 5 Flugzeuge aus Florida
- 29. Mai 5 Flugzeuge aus Florida
- 10. Juli 1 Flugzeug US-Kennzeichen N-2506
- 21. Juli diplomatische Protestnote Nr. 908 wg. der Luftraumverletzungen
- 10. Nov. 2 Cessna 337 aus US-Basis Guantánamo, abwerfen von Flugblättern
- 18. Nov. diplomatische Protestnote Nr. 1443 wg. der Luftraumverletzungen

1995

- 4. April Eine Cessna aus Florida
- 5. Mai diplomatische Protestnote Nr. 694 wg. der Luftraumverletzungen
- 13. Juli Vier Flugzeuge aus Florida, US-Kennzeichen N-108LS, N-2506, N-5485S und N-312MX, drangen in Sperrgebiet ein und überflogen im Tiefstflug Havanna.
- 21. Aug. diplomatische Protestnote Nr. 1100 wg. der Luftraumverletzungen, Kopie an int. Luftaufsichtsbehörde.

1996

- 9. und 13. Jan. 2 Leichtflugzeuge aus Florida warfen Flugblätter über Havanna ab.
- 15. Jan. diplomatische Protestnote Nr. 45 wg. der Luftraumverletzungen

Pressekonferenz mit Ricardo Alarcon, dem Präsidenten des cubanischen Parlaments im Internationalen Pressezentrum Havanna am 26.2.96

Zusammenfassung

Zunächst möchte ich folgendes sagen: Herr Christopher hat abgestritten, daß die Flugzeuge cubanischen Luftraum überflogen hätten. Dies ist höchst erstaunlich. Er hat steif und fest behauptet, der Zwischenfall habe sich über internationalen Gewässern ereignet.

Auf persönliche Anweisung Christophers bat die Interessenvertretung der USA in Cuba (SINA) um Erteilung einer Genehmigung, damit sich die

US-amerikanische Küstenwache an den Bergungsarbeiten in cubanischen Hoheitsgewässern beteiligen kann. Dies ist eine Tatsache, die sie nicht abstreiten können. Wir haben am Wochenende mehrfach mit ihnen darüber gesprochen. In jener Nacht erörterte Frau Paterson (Staatssekretärin im US-Außenministerium) mit Remírez (Leiter der cubanischen Interessenvertretung in Washington) ebenfalls diese Frage, und am Sonntag bestanden in dieser Hinsicht auch

weiterhin Kontakte zu Frau Paterson und der SINA.

Gleichzeitig tauchten in der Presse Meldungen auf, nach denen sich die Vorfälle in internationalen Gewässern ereignet hätten und die USA versuchten, in internationalen Gewässern Rettungsarbeiten durchzuführen oder etwas zu finden. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sie in internationalen Gewässern nichts gefunden, wohl aber haben wir in unseren Gewässern Beweise gefunden. Wir haben Beweise in unseren Händen, die belegen, daß sich der Zwischenfall über unseren Gewässern und auf cubanischem Hoheitsgebiet ereignet hat. Wir haben Flugzeugteile und andere Beweise gefunden.

Darüberhinaus wissen die USA, daß so etwas nicht zum ersten Mal passiert ist. Es gibt eine lange Liste von Verletzungen des cubanischen Hoheitsgebietes in den letzten zwei bis drei Jahren. Diesen Sachverhalt, dem wir immer mit Geduld begegnet sind, geben sie auch zu. Aber unsere Geduld hat Grenzen. Das US-Außenministerium, von dem man annehmen sollte, daß es von Herrn Christopher geleitet wird, hat



*Madeleine Albright
U.S. Amb. to U.N.*

Kampf gegen die Fakten:

Die US-Botschafterin bei der UNO

verschiedene offizielle Erklärungen abgegeben, in denen Mißbilligung zum Ausdruck kommt und die fraglichen Personen davor gewarnt wurden, solche Aktionen durchzuführen, denn sie müßten damit rechnen, daß ein souveräner Staat Maßnahmen gegen diese Personen trifft.

Zudem ist dort sehr wohl bekannt, daß die angesprochenen Personen weder humanitär handelnde Menschen, noch Zivilpersonen sind, die ihren guten Willen zeigen wollen. Am 28. August letzten Jahres hat uns das State Department eine offizielle Note übersandt, in der die cubanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt wird, daß die US-Luftfahrtbehörde Nachforschungen über mögliche Verstöße gegen die internationalen Gesetze der zivilen Luftfahrt durch diese Gruppen anstelle.

Am 5. Oktober 1995 informierte das US-Außenministerium erneut die cubanische Regierung darüber, daß die US-Luftfahrtbehörde José Basulto beschuldigte, US-amerikanische Luftfahrtbestimmungen verletzt zu haben. Das State Department ersuchte darüber hinaus die cubanische Regierung offiziell um Unterstützung und um Bereitstellung von Informationen über Verstöße, die auf cubanischem Territorium begangen worden

seien. Im Fall Basulto wurden wir um Zusammenarbeit gebeten. Wir übergaben daraufhin die gewünschten Informationen. Später ging eine offizielle Note ein, in der man sich für die cubanische Unterstützung bedankte.

Wir sind diejenigen, die das Recht haben, die US-Regierung zu fragen: „Was ist denn nun aus den Ermittlungen und der Anklage der US-Regierung gegen diesen Mann geworden, der aus unserer Sicht internationales und US-amerikanisches Recht verletzt hat?“

Nach den Ermittlungen und Informationen der Anklage sind derselbe Mann, dieselbe Gruppe, dieselben in den USA registrierten Flugzeuge von Florida aus geflogen, und die USA konnten nichts tun, um ihre Aktivitäten zu stoppen. Wir beschwerten uns immer weiter und bringen das Thema zur Sprache. Vor kurzem, genauer gesagt im Januar, haben sie dann zweimal ganz offen cubani-



*Bruno Rodriguez Parrilla
Cuban Amb. to U.N.*

Klarstellung:

Der Botschafter Cubas bei der UNO

sches Territorium überflogen. Sie haben Pressekonferenzen in Miami einberufen und erklärt, was sie da machten, daß sie nämlich Propagandamaterial abwarfen. Sie zeigten sich voll Begeisterung und machten viel Wirbel um ihre Aktionen.

Am vergangenen Samstag startete die Gruppe frühmorgens von Opalocka. Sie empfingen unsere Warnungen, daß sie ihre Aktivitäten nicht fortsetzen sollten, sonst würden wir sie stoppen. Am Nachmittag desselben Tages kehrten sie zurück, und dann kam es zu dem Zwischenfall. Diese Aktivitäten sind weder humanitärer noch legitimer ziviler Natur. Sie stellen einen schweren Verstoß gegen internationales Recht dar und sollten für alle Menschen in den USA Anlaß zur Beunruhigung geben.

Herr Christopher versichert, die Leute seien unbewaffnet gewesen, und auch die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen hat erneut behauptet, sie seien unbewaffnet gewesen. Ich frage mich, ob sie mit diesen Leuten vor ihrem Abflug aus Miami Kontakt hatten, ob sie mit ihnen gesprochen oder die Flugzeuge durchsucht haben. Wer kann bei einem illegalen Flug und einem illegalen Flugplan, bei dem US-Bestimmungen einschneidend verletzt wurden, bei Leuten, gegen die ermittelt und gegen die von der US-Luftfahrtbehörde Anschuldigungen erhoben wurden, garantieren, daß sie keine Waffen dabei hatten? Ich bin da nicht so sicher. Kann man sicher sein, daß sie keine Drogen dabei hatten, daß sie keine illegalen Personen an Bord hatten? Die USA haben erklärt, es habe sich um eine religiöse Gruppe gehandelt, die in der Straße von Florida humanitäre Hilfe leistete. Warum? Weil sie jetzt Leute, denen sie schon vor langer Zeit den Prozeß hätten machen müssen, zu Helden machen wollen. Sie hätten schon vor langer Zeit ihren eigenen Gesetzen Geltung verschaffen sollen. Nun beklagen sie den Zwischenfall, das Leid und den Verlust von Menschenleben.

Sie haben internationale Gesetze und wahrscheinlich auch Gesetze der USA verletzt, mit Sicherheit aber die cubanische Souveränität. Wir haben das Recht dazu, uns Respekt zu verschaffen. Ich glaube nicht, daß Großbritannien einer Gruppe von Perso-



US-Küstenwache beschützt...

nen aus Europa gestatten würde, jederzeit britischen Luftraum zu überfliegen und ihn zu verletzen, ohne dafür eine Erlaubnis einzuholen und ohne die internationalen Gesetze zu beachten, um an einem Tag Flugblätter gegen die Monarchie abzuwerfen und am nächsten Tag

Waffen einzuschleusen. Wir standen in der Vergangenheit vor einer solchen Situation und stehen auch immer noch davor: Menschen versuchen, von Florida aus nach Cuba zu gelangen, sei es nun mit Flugzeugen oder Kleinbooten, und Sprengstoff, Waffen, etc. einzuschleusen.

Ich werde mich nicht auf eine Diskussion einlassen, in der der Schaden eines Sprengkörpers nach seinem Volumen bewertet wird. Ich respektiere da Ihren Standpunkt. „Unbewaffnet“ ist eine willkürliche Definition der Vereinigten Staaten, wenn es sich um eine kleine Gruppe von Provokateuren handelt, die von der US-Regierung abhängig sind, wenn sie wissen, was diese Gruppe vorhat, welchen Flugzeugtyp, welche Kleidung, welche Artikel sie mitnehmen. In Kleinflugzeuge passen Dinge, die großen Schaden anrichten können. Als Beispiel kann ich Kleinflugzeuge anführen, die die cubanischen Felder mit Feuer belegt haben oder dazu benutzt wurden, Terroristen und Waffen einzuschleusen, durch die Cubaner ermordet wurden. Nach wie vor werden kleine Yachten und Boote für ähnliche Ziele eingesetzt. Das Leben von Terroropfern ist mindestens genauso viel wert wie das Leben von Terroristen, die die Konsequenzen ihres Handelns zu tragen haben.

Ich weiß nicht, wie das bei Herrn Basulto aussieht, der in die Vereinigten Staaten zurückgeflogen ist. Brauchen Sie noch einen anderen Beweis



...die Nobel-Yachten der Contras

dafür, daß der Zwischenfall auf cubanischem Hoheitsgebiet geschehen ist? Dem Drahtzieher des Vorfalls, dem Provokateur, dem Verantwortlichen ist nichts passiert. Jetzt redet er sich in Miami im Fernsehen den Mund fusselig. Warum? Vielleicht, um immer wieder die Geschichte

vom großen Feldherrn zu erzählen, der nie seinen eigenen Kragen riskiert: Als er sah, daß seine Kollegen schon weiter vorgedrungen waren, als sie durften, vollbrachte er die Heldentat, nach Miami zurückzukehren, eine Pressekonferenz abzuhalten und große Erklärungen abzugeben. Dieser Herr ist als Terrorist ganz konkret aktenkundig.

Ich glaube nicht, daß irgend jemand aufgrund der Größe eines Flugzeuges den möglichen Schaden bemessen kann, den es Menschen zuzufügen vermag.

Die USA haben beschlossen, daß es sich um unbewaffnete Zivilisten handelte, die angeblich humanitäre Maßnahmen im Sinn hatten. Offensichtlich wollen sie dies für ihre innenpolitischen Zwecke benutzen. Sie beanspruchen die Führungsrolle in der Welt. Dann sollten sie sich eleganter und verantwortungsbewußter verhalten und sich nicht ständig so benehmen, als ob sie nur wichtigen Positionen hinterherrennen.

Wir haben einige Gegenstände in unseren Händen, die aus den Flugzeugen stammen. Wir haben Beweismaterial aus zwei Flugzeugen. Dies sind die Informationen, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben. Ich bin sicher, daß sie der Presse bald zugänglich sein werden. Es sind Gegenstände, die Sie anfassen können, persönliche Gegenstände und solche, die offensichtlich zur Flugoperation gehörten.

Ich denke nicht, daß ein Überlebender der einzige Beweis ist. Es können weitere Indizien und materielle Beweise gefunden werden, die den Flugzeugabschuß an einem bestimmten Ort belegen. Möglicherweise wird noch mehr gefunden. Bisher kenne ich die genauen Einzelheiten noch nicht. Von den vier in Miami genannten Namen weiß ich nicht, ob sich diese Personen hier irgendwo befinden.

Jetzt zu dem Kreuzfahrtschiff: Ich habe Bilder im US-Fernsehen gesehen. Offengestanden habe ich niemanden sagen hören, daß dies ein Beweis dafür sei, wo der Zwischenfall stattgefunden hat. Was man sieht, ist ein Bild, das von einer Touristin aus der Ferne aufgenommen wurde,

und man kann Rauch erkennen. Man sagt, das Schiff war 20 Meilen entfernt. Ich weiß nicht. Vielleicht habe ich nicht so gute Augen, aber ich bin nicht in der Lage, die Entfernung abzumessen. Außerdem wird Rauch vom Wind weggeblasen, er ist gasförmig. In jedem Fall kann das Bild nichts widerlegen oder bestätigen. Man muß die Dame von dem Kreuzfahrtschiff fragen, ob der Rauch in Richtung Cuba zog, oder aufs Meer hinaus, Richtung Florida. Hinter dem Rauch steckte wohl das Flugzeug, und hinter dem Flugzeug der Zwischenfall, und mittendrin war der Wind.

Dies alles ist überdies zwar ein wichtiger Aspekt, aber nicht der entscheidende, denn das Wichtigste ist der Sachverhalt, nämlich der praktische Versuch und die systematische Verletzung unserer Souveränität, des internationalen Rechts und der Gesetze der Vereinigten Staaten. Nicht wir haben dies begangen, sondern diese Grüppchen, und nicht wir haben dies toleriert, sondern die Regierung der USA hat sich bereitwillig oder zumindest tolerant gezeigt. Ich gebrauche nicht gern starke Worte, aber das Ganze sieht mir immer mehr nach Komplizenschaft aus.

Ich wünschte, wir könnten die Gelegenheit nutzen, um unseren ausgewogenen, ernsthaften Ansatz im Umgang mit diesem Thema zu beweisen und uns nicht allzu sehr vom Wahlkampf in Miami beeindrucken zu lassen. Wir reagieren lieber auf Maßnahmen, wenn sie von Clinton verkündet werden. Darüber ist spekuliert worden. Ich bin kein Spezialist für Luftverkehrsfragen, aber dies ist nicht der erste Fall. Und nicht nur Cuba hat so etwas getan. Die USA haben Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Am letzten Sonntag hat ein ehemaliger US-Admiral in einer Fernsehsendung in New York ausgesagt: „Stellen Sie sich vor, wie wir reagieren würden, wenn eine Gruppe ausländischer Flugzeuge zwei Jahre lang ständig Kalifornien überflöge. Wie sähe unsere Reaktion aus?“ Ich denke, nach den internationalen

Gesetzen besteht das Recht, so etwas zu stoppen. Zunächst geht es darum, die Personen zu warnen, die gegen das Gesetz verstoßen, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen und zu bitten, daß sie nicht weitermachen. Sie aber weigern sich, halten sich nicht daran und tun es erneut.

★ Sie wurden mehrfach, vielfach gewarnt. Sie waren Experten im Empfang von Nachrichten von unserer Seite. Jedes Land hat das Recht, Maßnahmen auf eigenem Territorium zu treffen, doch hat ein anderes Land nicht das Recht, diese Art von Operationen durchzuführen. Der Rest der Welt soll sich in unsere Lage hineinversetzen und überlegen, ob man es akzeptieren würde, ebenso behandelt zu werden.

Die Fakten sind schwer festzustellen, denn der Lügner lügt eben. Auch wenn Sie ihn fragen würden, so würde ich Ihnen nicht raten, seiner Antwort Glauben zu schenken. Er lügt. Ich möchte hier sagen, daß Herr Christopher von seinen Beratern und Mitarbeitern dazu gedrängt worden ist, die Wahrheit zu verdrehen. Das ist bedauerlich. Jedenfalls bezweifle ich, daß er über die Noten vom August und September nicht Bescheid wußte. Sie wurden im Verlauf des Sommers und Anfang dieses Jahres bekannt. Christopher steht in dem Ruf, eine ernsthafte Person zu sein, und er war ernst, als er seine Erklärung abgab. Zumindest schien es so. Dabei fällt mir Pinocchio ein: Ich weiß nicht, wie lang seine Nase im Moment ist, aber sicherlich ein wenig lang.

Ich möchte Sie nicht mit Statistiken langweilen, aber das Geschehene ist gängige Praxis. Die Antwort auf die Frage, warum es ein solches Vorgehen ausgerechnet jetzt gegeben habe, lautet schlicht und einfach, daß wir die US-Regierung monatelang gewarnt haben. Die cubanische Regierung konnte Maßnahmen gegen Personen ergreifen, die den cubanischen Luftraum verletzen. Es hat solche Vorfälle immer wieder gegeben, und wir haben sie öffentlich gemacht, die Betroffenen wurden gewarnt. Wieso sollten wir nun zulassen, daß solche Vorfälle auf ewig wei-

tergehen? CNN berichtete aus Havanna, daß die auf der Straße befragten Cubaner sagten: „Das hätten sie schon früher tun sollen“. Dies ist ein ehrenwerter Standpunkt. Der einzige mir bekannte Fall eines Flugzeugabsturzes durch unsere Truppen geschah während der Oktoberkrise.

Falls Sie sich für historische Hintergründe interessieren, so sei hier an etwas erinnert, das Clinton vielleicht als Inspiration dienen kann, wenn er spricht, dies in Erwägung des Drucks aus Miami, wo es zur Zeit Protestdemonstrationen zur Unterstützung der Provokateure gibt: Dort muß auch Orlando Bosh dabei sein, der einzige Mensch, der sich legal in den USA aufhält, obwohl er geistiger Urheber des Mordes an 80 Personen - der Sprengung eines Flugzeuges während des Fluges - ist.

Wenn sich die USA um die Sicherheit der zivilen Luftfahrt und Menschenleben sorgen, so müssen sie damit beginnen, daß sie sich an die eigenen Gesetze und an die eigene Justiz halten. Jener Herr Bosh wurde von der US-Staatsanwaltschaft bereits als Person eingestuft, der ein Aufenthalt in den USA zu verweigern sei. Auf Bitten der Damen und Herren, die damals bereits Kongreßabgeordnete in Florida waren, wurde er jedoch von Bush nach Hause nach Miami geschickt. Er lebt dort, spricht mit den Leuten und geht, wohin es ihm gefällt. Er trägt die Verantwortung für eines der barbarischsten Verbrechen, die je im karibischen Luftraum begangen wurden. Erinnern Sie die US-Botschafterin daran, daß - wenn sie aktiver werden und die Dinge vor den UN-Sicherheitsrat bringen wollen - dieses Thema vor dem Sicherheitsrat schon seit der Zeit ansteht, als ich dort noch Botschafter war. Es ist eine skandalöse Situation, daß sich der geistige Urheber dieses Verbrechens gegen den Willen der Staatsanwaltschaft in den USA aufhalten darf.

Wenn wir den internationalen Weg weiterverfolgen, so stoßen wir auf Luis Posada Carriles, einen weiteren geistigen Urheber dieses Vorfalles. Er war von einem venezolanischen Gericht des Mordes überführt und bestraft worden und seitdem flüchtig.

Nun ist er wieder aufgetaucht. Seit Jahren ist er in Mittelamerika in terroristische Aktivitäten verwickelt. Die Geschichte dieses Themas ist spannend. Die USA haben sich nicht gegen die Piraterie gestellt, sondern an die Seite der Piraten, sie haben sich nicht auf die Seite humanitärer Gesinnungen gestellt, sondern gegen sie. Oder aber sie haben die Piraten gedeckt, bzw. begünstigt, und das tun sie auch jetzt. Alles übrige ist Heuchelei und zweitklassige Wahldemagogie.

Unser Land handelt in einem anderen Stil und glaubt an etwas, das in den Vereinigten Staaten anscheinend seit Jahren schon verschwunden ist - nämlich Prinzipien.

Nun zu den Maßnahmen Clintons: Sie können ruhig die Charterflüge nach Cuba und die Flüge über cubanisches Hoheitsgebiet einstellen. Es gibt keine Handelsbeziehungen zu Cuba. Was die Einschränkung der Bewegungsfreiheit unserer Diplomaten in den USA anbetrifft, so habe ich selbst die Erfahrung gemacht, wie sie von den US-Behörden willkürlich gehandhabt wurde. Sie setzten dabei in aller Willkür ihre Möglichkeiten als Land ein, in dem die Vereinten Nationen ihren Sitz haben.

In der Diplomatie gibt es selbstverständlich einen Grundsatz, der Gegenseitigkeit heißt. Derjenige, der Einschränkungen vornimmt, muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß auch er Einschränkungen unterworfen wird, und die USA müssen daran erinnert werden, daß sie Diplomaten sind und wenigstens auch so in Erscheinung treten sollten, nicht als subversive Agenten, die sich der Aufgabe widmen, die Entwicklung unseres Landes zu behindern. Sie sollten ihre Fahrzeuge nicht darauf verwenden, angebliche Oppositionelle durch die Lande zu kutschieren, um sie dann unseren Besuchern sogar auf dem Suppenteller zu präsentieren. Sie sollten keine Treffen mit der angeblichen Opposition und angeblich unabhängigen Gruppen organisieren, die in der Praxis erwie-senermaßen völlig von der US-Regierung abhängig sind, ihren Sitz am Malecón, der Uferpromenade von

Havanna haben und deren Anführer in den Vereinigten Staaten sitzen.

Die Regierung und die Behörden der USA geben ein jämmerliches Bild ab. Sie beanspruchen die Führungsrolle in der Welt, aber ständig drängt sich der Eindruck auf, als ob sie sich um ein Amt im Gemeinderat von Hillaeh (Villenviertel in Miami) bewerben würden. Ich kann Ihnen versichern, daß wir auf die neue Verteidigungssituation vorbereitet sind, und unsere Vorbereitungen niemals einstellen werden. Dies zeigt, wie sehr wir mit einem Gegner zu kämpfen haben, der im militärischen Sinn das stärkste Land unseres Planeten ist, das in in zu großer Nähe zu Cuba liegt und das seit dem Sieg der Cubanischen Revolution eine aggressive Politik verfolgt. Obendrein sind Abenteuerertum, Verantwortungslosigkeit und Oberflächlichkeit zur einschlägigen Mode in jenem Land geworden.

Ich meine, die Maßnahmen sind eine Mischung aus staatsmännischem Gehabe und Machenschaften

eines billigen Politikasters. Aber was ist zu tun, angesichts der Umgestaltung der Politik oder gegenüber politischen Persönlichkeiten, die einmal dies und einmal das sagen? Das ist in den USA nie auszuschließen. Es gibt Dinge, die wichtig scheinen. Die Bemerkung über die Einbestellung des Leiters der US-Interessenvertretung zu Konsultationen war ironisch gemeint. Es ist ganz normal, daß Diplomaten dies tun.

Bei der Einstellung der Charterflüge auf unbestimmte Zeit scheinen sie sich auf die Flüge nach Cuba zu beziehen, mit denen die Cubano-Amerikaner nach Cuba kommen.

Die Erhöhung der Ausgaben für den Radio- und Fernsehsender Martí ist eine Fortsetzung ihrer anmaßenden Politik der Nichtachtung internationaler Bestimmungen, aber das machen sie schon seit vielen Jahren.

Zu der Einschränkung der Bewegungsfreiheit unserer Diplomaten in den USA habe ich bereits gesagt, daß diese Bewegungsfreiheit nach dem

Prinzip der Gegenseitigkeit geregelt wird.

Im Hinblick auf die Benutzung der eingefrorenen Gelder zur Entschädigung der Familienangehörigen, der Gelder, die sie uns vor langer Zeit gestohlen haben, weiß ich nicht, wofür sie diese Gelder bisher verwendet haben. ★

Am interessantesten war vielleicht die Arbeit mit dem Kongreß, um im Zuge des Helms-Burton-Gesetzes die Sanktionen gegen Cuba zu verschärfen. Wenn dies die sogenannte Opposition gegen das Projekt sein soll, die man sich für die US-Regierung mehr oder weniger vorstellen kann, so wird sie sich ändern, genau wie sie es mit dem Torricelli-Gesetz getan haben. Wenn dies bedeuten soll, daß sie versuchen, den Zwischenfall für vermutlich wahlpolitische Zwecke auszuschlachten, so tut uns das leid. Wir sind darauf vorbereitet, mit dem Helms-Burton-Gesetz zu leben oder auch ohne das Gesetz.

Roberto Robaina, cubanischer Außenminister vor PressevetreterInnen bei der UNO, 28. Februar 1996



Auszüge

Im Namen der Bewegung der Blockfreien hat deren Koordinationsbüro beschlossen, den Antrag Cubas auf Einberufung der UNO-Generalversammlung voll und ganz zu unterstützen, damit die Völkergemeinschaft die Argumente und gewichtigen Gründe Cubas erfahren und verstehen kann, wieviel Verlogenheit, Haß und wahlpolitische Machenschaften hinter all den Intrigen stehen, die die USA im Zusammenhang

mit den Ereignissen vom 24. Februar gesponnen haben.

Cuba prangert diese Politik nicht zum erstenmal an: In demselben Sicherheitsrat, der nun auf Geheiß seines Herrn so pflichteifrig zusammentritt, haben wir mehr als einmal die terroristischen Aktivitäten gegen Cuba zur Sprache gebracht. Diese Aktivitäten werden von der Regierung der Vereinigten Staaten gefördert, ermutigt oder geduldet.

So können wir heute erklären, daß uns zuverlässige Informationen vorliegen, nach denen US-amerikanische Bundesbehörden in die Vorfälle verwickelt sind und ausdrücklich Kenntnis davon hatten, daß die Organisation „Brüder zur Rettung“ am 24. Februar erneute Provokationen gegen Cuba riskieren wollte. Juan Pablo Roque, ein Pilot der „Brüder zur Rettung“ befindet sich mittlerweile in Cuba. Er hat Verbindungen dieser Organisation zum FBI aufge-

deckt. Aufgrund seiner Aussagen hat das FBI die tatsächliche Existenz des Beamten Oscar Montoto (Verantwortlicher für Dabe County) bestätigt. Der Pilot enthüllte, daß er seit dem 21. Februar vor der Entschlossenheit Cubas gewarnt worden war, jedes Flugzeug abzufangen, das die cubanische Souveränität verletzen würde, und daß es sehr gefährlich wäre, sich auf die für den 24. Februar geplante Aktion einzulassen.

Juan Pablo Roque gab diese Information an den Drahtzieher der Organisation, José Basulto weiter und warnte ihn davor, was geschehen könnte. Er riet ihm, sich nicht in eine Selbstmord-Aktion zu stürzen. Die Antwort Basultos war die Durchführung der Aktion: Eindringen in cubanisches Hoheitsgebiet, selbst aber außerhalb der internationalen Grenze bleiben. Er wußte sehr wohl Bescheid über das, was seinen Kumpanen passieren konnte, aber nach Aussagen Roques „brauchten sie Märtyrer, um das Image ihrer Organisation aufzupolieren“.

Dies bestätigt, daß die US-Behörden über die Aktivitäten dieser Gruppen voll und ganz Bescheid wußten und wissen, und daß sie keine wirksame Maßnahme ergriffen haben, um deren Fortsetzung zu unterbinden.

★ Zu den von Clinton angekündigten Maßnahmen kommen die aggressiven Erklärungen des US-Außenministers Warren Christopher. Ich kann Herrn Christopher lediglich sagen: Wenn die Reihe an ihn kommt, seine Erklärungen umzusetzen, dann soll er auch selbst hingehen und sie durchführen, Seite an Seite mit dem Kanonenfutter, das er uns schicken will. Die Verteidigung meines Landes

steht über den politischen Streitereien und über den Wahlkämpfen von irgend jemandem. Unser Volk wählt mit den Waffen, die es sich erkämpft hat und die es in Händen hält, und es hat der Welt mehr als einmal seine Würde, seine Unabhängigkeit, seine eigene Stimme, seine Souveränität und seine Freiheit bewiesen, die nicht ungestraft bedroht oder beschnitten werden dürfen, es sei denn, derjenige, der dies versucht, ist bereit als teuren Preis für sein Wagnis mit seinem Leben zu bezahlen.

Die letzten Drohungen finden sich in der Ankündigung, daß sie am kommenden Samstag erneut in den cubanischen Luftraum eindringen werden, und dies wiederum mit „hehren

humanitären“ Zielen. Cuba hat zu diesen Drohungen nichts mehr zu sagen. Eine solche Sprache haben wir nie benutzt. Wir fragen lediglich die Regierung der Vereinigten Staaten, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um neue Schwierigkeiten zu verhüten und zu unterbinden. Sie reden, als ob die „Brüder zur Rettung“ eine Dauergenehmigung zur Verletzung unseres Luftraumes hätten. Eins sei hier klargestellt: Die Konsequenzen weiterer Provokationen und Verletzungen unseres Luftraumes hat einzig und allein die Regierung der Vereinigten Staaten zu tragen.

Roberto Robaina Interview durch die CNN in New York

Auszüge

Journalist: Sie kamen nach New York zu einer Sitzung in der UNO. Madeleine Albright sagte gestern, daß sie sich gern mit Ihnen und dem Sicherheitsrat versammeln würde. Wie ich verstehe, möchten Sie mit der Vollversammlung zusammentreffen. Wie sieht das aus?

Robaina: Es ist wirklich schade, daß sie nicht in dem Moment so eine Begeisterung zeigte, als ich beantragte, vor den Sicherheitsrat zu kommen. Dem Sicherheitsrat unter ihrem Vorsitz ist es unmöglich gewesen, auf meine Ankunft zu warten und sie hat nicht darauf gewartet, daß die Ereignisse - nachdem man die cubanische Seite gehört hat - im vollen Umfang analysiert werden. Ich muß mich nicht an den Sicherheitsrat wenden, nachdem dort zugestimmt wurde und man zu einem Beschluß gekommen ist. Aber ich habe den Antrag gestellt, vor einer Sitzung der Vollversammlung zu Wort zu kommen. Dort möchte ich, daß nicht nur der Sicherheitsrat, sondern die Internationale Gemeinschaft - wenn sie die demokratische Organisation ist, die wir gern möglichen - etwas über Cuba erfährt. Deswegen bin ich hier.

Journalist: Herr Minister, ich bin sicher, Sie haben heute nachmittag gehört, daß sich der US-Kongreß und der US-Präsident über ein Gesetz verständigt haben, das das sogenannte Helms-Burton-Gesetz verschärft, ein Projekt, das einen höheren Druck auf Castros Regime als Vergeltungsmaßnahme gegen den Abschluß der unbewaffneten Maschinen durch diese Piloten ausüben soll. Wie reagieren Sie darauf?

Robaina: Diese Gesetze wurden im Laufe unserer Geschichte immer wieder anders genannt. Einmal hießen sie Platt, dann wieder Torricelli. Heute werden sie Helms-Burton genannt und morgen können sie wieder einen anderen Namen tragen, aber mein Land schreibt seine Gesetze auf Spanisch. Mein Land erläßt keine Gesetze auf Englisch und außerdem ist es notwendig, an zwei Dinge zu erinnern:

Das Projekt Helms-Burton ist kein Gesetz nur gegen Cuba. Es ist ein Projekt gegen die Menschheit und wir werden mal sehen, ob die Menschheit das zu ertragen und zu akzeptieren bereit ist, was der rechtsextreme Flügel des Kongresses zu machen versucht. Ich möchte an meinen in Cuba sehr populären Spruch erinnern, bei

dem es heißt: Wenn man eine Schraube zu fest anzieht, kann ihr Gewinde verschleißen.

Lassen wir das Leben für sich sprechen. Wir haben uns daran gewöhnt, mit oder ohne Gesetz zu leben, denn unser Land hängt nicht vom US-Kongreß ab.

Journalist: Von wem und wann wurde die Entscheidung getroffen, diese Flugzeuge abzuschießen?

Robaina: Das Wann kennt jeder, denn: Sobald die Entscheidung getroffen wurde, hat die ganze Welt davon erfahren. Ich war in Dänemark. Die Kräfte und Behörden, die an der Entscheidung beteiligt waren, mußten miteinander in Verbindung stehen und die Kommunikation blieb erhalten. Die entsprechenden Behörden haben gewarnt und die Entscheidung getroffen. Man hat einen Feldzug darum ausgelöst, wer sie getroffen hat und wer daran schuldig ist. Aus cubanischer Sicht war dies keine persönliche Entscheidung. Dies steht in den Mitschnitten und Beweisen fest, die wir haben.

Journalist: Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, als Sie sagten, würde sich ein kleines unbewaffnetes Zivilflugzeug erneut der cubanischen Küste nähern, so würden Sie die Aktion wiederholen?

Robaina: Ein Teil dieser Frage benötigt eine Erklärung unserer Seite. Es ist sehr interessant, sie als kleine unbewaffnete Flugzeuge darzustellen. Wir sprechen von diesen und diejenigen, die diese neue Drohungen machen, haben etwas, das weit über kleine unbewaffnete Flugzeuge hinausgeht. Hinter einer zivilen Fassade stiften sie Aktionen von Luftpiraterie weiter an. Aber wir haben gesagt, daß wir nicht bereit sind, die Verletzung unseres Luftraumes zuzulassen.

Journalist: Können Sie die heute gegenüber der CNN-Reporterin, Lucia Newman, von Juan Pablo

Roque gemachte Erklärung bestätigen oder verneinen, nach der es heißt, er sei ein Spion von der kubanischen Regierung, der die Gruppe „Brüder zur Rettung“ infiltriert hatte? Können Sie das bestätigen oder verneinen?

Robaina: Es scheint, daß wir unterschiedliche Vorstellungen haben, da er selbst sagte, wenn er überhaupt ein Agent ist, dann vom FBI und nicht von der kubanischen Regierung. Ich kenne Pablo Roque nicht. Ich war ja - wie Sie - nur ein Zuschauer dieses Interviews. Ich bin von der Erfahrung, die er gemacht hat, sehr beeindruckt. Ich

bestätige es nicht und verneine es auch nicht. Ich kenne ihn nicht. Ich nehme sein Interview mit. Und ich erfahre es erst jetzt, genauso wie Sie. Es ist eine sehr interessante Geschichte. Wir machten in unserer Erklärung darauf aufmerksam, daß der eben angekommene Pilot viel wußte und anscheinend haben viele begonnen, sich Sorgen um das Viele, was er weiß, zu machen. Es genügt die Tatsache, daß er viel weiß, und schon wird er zum kubanischen Agenten. Und daran sind wir auch gewöhnt.

»Die USA schützen die Angreifer« junge welt Interview mit dem stellv. kubanischen Außenminister Jorge Bolaños, vom 29.2'96

junge welt: Waren die beiden Privatflugzeuge, die am vergangenen Sonnabend von Florida aus Richtung Kuba flogen und dort abgeschossen wurden, eine Gefahr für Ihr Land?

J. Bolaños: Die Flugzeuge sind in den kubanischen Luftraum eingedrungen. Nach internationalem Recht hat das betroffene Land das Recht, sich gegen solche Verletzungen seiner Souveränität zu wehren. Ob es sich dabei nun um ein ziviles Flugzeug handelt oder um ein militärisches, spielt keine Rolle. Seit der Vertreibung des von den USA ausgehaltenen Diktators Batista vor 37 Jahren ist Kuba immer wieder aus der Luft oder von der See aus angegriffen worden. Alle diese Angriffe wurden von zivilen Flugzeugen oder zivilen Schiffen geführt. Nie war ein militärisches Flugzeug an den Angriffen beteiligt.

Bei vielen dieser Angriffe auf Kuba sind Menschen getötet worden. Industrie- und agrarische Einrichtungen wurden zerstört. Zu den Zielen haben auch Hotels gehört, die Gefährdung von Leben und Gesundheit ausländischer Touristen wurde in Kauf genommen. Die Aggressoren haben ausländische Schiffe angegriffen, englische, griechische, spanische, die mit Kuba

Handel trieben. Der jüngste Angriff dieser Art ereignete sich im Oktober 1994, als acht bewaffnete Exil Kubaner mit einem Schnellboot auf einer kubanischen Insel 300 km östlich von Havanna landeten, einen Fischer erschossen und sein Auto stahlen.

Gab es Kontakte von kubanischer Seite mit der US-amerikanischen Flugsicherheit und mit der US-amerikanischen Interessenvertretung in Kuba?

Wir haben mit diplomatischen Noten und öffentlichen Erklärungen bei diesen Stellen protestiert. In den letzten 20 Monaten ungefähr fünfundzwanzig Mal. Die USA haben daraufhin den Exilorganisationen, die an diesen Flügen beteiligt waren, lediglich mitgeteilt, daß solche Flüge gefährlich seien und daß sie für solche Flüge keine Verantwortung übernehmen könnten, wenn sie den kubanischen Luftraum verletzen. Die Beteiligten sind jedoch, trotz aller Warnungen und diplomatischer Proteste Kubas, nie verurteilt worden.

Wie bewerten Sie die Stellungnahme des US-amerikanischen Außenmini-

sters Christopher zu dem Zwischenfall?

Das, was er sagt, hat mit der Realität nichts zu tun. Wir haben die Flugzeuge über nationalem Territorium abgeschossen. Die USA wissen das und haben uns deswegen Samstagnacht gebeten, in den kubanischen Gewässern zusammen mit dem kubanischen Küstenschutz Überreste der Flugzeuge zu suchen und sich an der Suche nach Überlebenden zu beteiligen.

Wieviele Warnungen wurden von kubanischer Seite ausgesprochen?

Die eingedrungenen Piloten wurden von kubanischer Seite mehrfach gewarnt und aufgefordert, das Territorium zu verlassen. Die Zone, in der die Flugzeuge abgeschossen wurden, ist militärischer Sperrbereich. Das ist der zivilen Luftfahrt bekannt und in allen Karten eingetragen.

Wie haben die Piloten der bei den Flugzeuge auf die kubanischen Warnungen reagiert?

Die Antwort - die auch CNN gesendet hat - war eindeutig. Der Pilot gab in seinem Gespräch mit dem kubanischen Kontrollturm zu, daß er sich in der Sperrzone befände. Der Kontrollturm wies ihn darauf hin, daß er den Luftraum verletze und sich in Gefahr begeben. Er antwortete nur, dies sei ihm bewußt. Er würde seinen Flug jedoch fortsetzen, da er ein Pilot der Freiheit sei.

Gibt es Aufnahmen, Fotos oder Filme, die belegen, daß der Abschluß über kubanischen Gewässer geschah ?

Ja, Es gibt eindeutige Satellitenfotos und Radaraufnahmen.



Gab es keine Möglichkeit, die Flugzeuge aus dem Luftraum abzu- drängen, anstatt sie abzuschießen ?
Das haben wir seit Monaten wieder und wieder getan. Aber das Problem ist, daß sich die Luftraumverletzungen immer mehr häuften - zuletzt hat sich ein solcher Angriff am 13. Januar die-

ses Jahres ereignet. Die Exilkubaner fühlen sich im Schutz der USA so sicher, daß sie immer frecher provozieren. Wir wissen nie, ob es sich bei den Flugzeugen wirklich um zivile Maschinen handelt.

Wie bewertet Kuba die Reaktionen der Europäischen Union auf die Vorfälle?

Das westliche Bündnis hält natürlich zusammen. Das war immer so, zwischen den USA und Europa gab es nie ernsthafte Differenzen. Ich habe nicht erwartet, daß Westeuropa im Sicherheitsrat gegen die USA stellen wird.

Das haben sie nie gemacht, nicht während des Golfkrieges, nicht während des Vietnamkrieges.

Kann sich ein Vorfall wie am letzten Sonnabend wiederholen?

Solange die USA die exil-kubanischen Gruppen ungehindert agieren lassen, ihnen höchstens mit dem Zeigefinger drohen, kann sich so etwas wiederholen.

Mit dem zur Zeit amtierenden Außenminister Kubas, sprach Jörg-Niklas Meyer in Havanna (JW 29.2.'96)

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Bundesvorstand

Protest

Wir protestieren entschieden gegen die erneut eskalierenden Provokationen, die aus den USA gegen Cuba geführt werden. Seit der Vertreibung des von den USA ausgehaltenen Diktators Batista vor 37 Jahren, ist Kuba immer wieder Ziel exilkubanischer oder reaktionärer nordamerikanischer Kräfte gewesen, die mit Angriffen über Luft oder von der See aus das Land zu destabilisieren suchten. In der Regel wurden diese Angriffe von zivilen Flugzeugen oder von zivilen Schiffen aus geführt. Dabei sind auf Cuba Menschen getötet worden, Industrie- und landwirtschaftliche Einrichtungen wurden zerstört. In 45 (!) diplomatischen Noten hat die kubanische Regierung allein in jüngster Zeit vor der Verletzung seiner territorialen Integrität durch exilkubanische Privatflugzeuge gewarnt. Vergeblich. Eine 46. Warnung gab es nicht mehr. Mehrmalige mündliche Warnungen erhielten auch selbstverständlich die Piloten der Cessnas. Lange Zeit reagierte die Regierung mit kooperativen Mitteln auf die ständigen Provokationen innerhalb ihres Luftraumes. Die revolutionären Flugstreitkräfte waren lediglich angehalten, die »Piratenflieger« beim Aufbringen innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone möglichst außerhalb jener abzudrängen. Ergebnislos. Die wiederholte Verletzung cubanischen Luftraumes, sowohl am 9. und 13. Januar dieses Jahres, wie auch am 24. Februar haben nun zum Abschluß von zwei der eingedrungenen Flugzeuge geführt. Wir verur-

teilen die offene Aggression von Banden in Miami, die Aktionen, in denen Luft- und Seeraum Cubas vorsätzlich verletzt werden, öffentlich propagieren, gerade so wie sie den Erwerb von Waffen, Sprengstoffen und Schiffen zur Sendung von Terrorkommandos nach Cuba bereits in aller Öffentlichkeit vorgenommen haben. Anstatt diese kriminellen Umtriebe zu unterbinden, nimmt sie der US-Außenminister Warren Christopher zum Vorwand, Cuba auch noch mit einem militärischen Angriff zu bedrohen, und die Verletzung des Luftraumes trotz der vorgelegten Beweise wie Satellitenfotos und Radaraufnahmen auch noch zu leugnen. Politisch wirkt der jetzige Vorfall für Cuba kurz vor den US-Wahlen verheerend. Clinton hat jetzt als populistischen Schachzug die »Helms-Burton-Bill« unterzeichnet, was heißt, daß einer weiteren Verschärfung der Blockade von Seiten der USA nichts mehr im Wege steht. Der US-Präsident und der Kongreß verständigten sich auf ein sogenanntes »Freiheitsgesetz«, das in den USA Klagen gegen ausländische Unternehmer zuläßt, die bei ihren Investitionen in Kuba Nutzen aus »beschlagnahmtem Besitz« ziehen. Ihnen wird außerdem zukünftig die Einreise in die USA untersagt. Wir rufen alle Demokraten auf, sich dem Protest gegen diese Entscheidung des Präsidenten sowie den vorausgegangenen, neuesten Provokationen anzuschließen und sich an US-VertreterInnen, US-Botschaften und Konsulate zu wenden, um gegen diese erneute Eskalation US-amerikanischer Aggressionen gegen Cuba zu protestieren! Stehen wir dem revolutionären Cuba solidarisch zur Seite !

Wir rufen deshalb auf zu Spenden an das nationale Asthmazentrum in Kuba und/oder für chirurgisches Nahtmaterial (Aktion »Flickzeug«).

Spendenkonto: Postgiro Köln

BLZ 370 100 50

Kto.Nr.: 307984-507

Spiegel-TV und Cuba:

Wer sich wirklich prostituiert!

Unter der Überschrift:

»Kann man dem Fernsehen noch trauen? - Wie man Freier in Havanna wird. Spiegel-TV machte einen SZ-Redakteur zum Sextouristen und eine cubanische Photographin mal eben zur Prostituierten« berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 10./11. 2. 96 über eine Sendung von »Spiegel-TV-Extra« über Cuba. Der Bericht von Adrian Geiges (Ex-Linker und Ex-»Elan« Chefredakteur) ist so symptomatisch für die Cuba-Berichterstattung, daß wir im folgenden aus der Süddeutschen Zeitung zitieren:

»Das ist die bitter süße Geschichte von Anita aus Havanna und Georg aus München, wie sie das Fernsehmagazin Spiegel-TV am 23. Januar unter dem Titel »Händler, Huren, Guerilleros« seinen Zuschauern auf SAT1 dargeboten hat. Es geht um Liebe, Sextourismus und um Dollars, die Anita so dringend braucht. Die hübsche, etwa 30 Jahre alte Frau mit den großen, lebhaften Augen war Dozentin an der Universität von Havanna, Fachbereich Photographie, bis sie dort ihre Arbeit verloren hat. Spiegel-TV zeigt, wie Anita durch das Foyer des Hotels Nacional schlendert. »Jetzt sucht Anita Kontakt zu ausländischen Männern. Dabei ist sie Patriotin geblieben«, erzählt der Sprecher.«

»Georg kommt ins Bild zusammen mit einer weiteren Frau und Anita. Sie sitzen in einem beliebten Privatrestaurant. Anita verdankt das Abendessen Georg, Kulturredakteur einer süddeutschen Tageszeitung. Noch ist eine deutsche Kollegin Georgs dabei. Beim anschließenden Besuch eines Salsa-Konzerts registriert die Kamera, daß sich Anita und Georg »näherkommen«. Schließlich »machen sich Anita



und Georg auf den Weg«. Es ist zu sehen, wie sie die Treppe des Lokals hochgehen und gemeinsam in ein Taxi steigen. Die beiden lachen fröhlich aus dem Fond des roten Moskwitsch-Autos in die Kamera. »An diesem Abend entscheiden sich die beiden für eine gemeinsame Heimfahrt«, heißt es im Text. Das Taxi mit Anita und Georg verschwindet in der schwülen cubanischen Nacht. Alles ist klar, alles ist einfach für Spiegel-TV.



Nichts sehen, aber viel sagen...

»Georg Hohmann, ein Redakteur der SZ, verband einen zweiwöchigen Cuba-Urlaub mit dem Besuch des lateinamerikanischen Filmfestivals. Er wohnte im Hotel Nacional, wo sich auch das Akkreditierungsbüro für die Festspiele befand. Anita lernte er kennen, weil sie; die Photos für die Ausweise machte. Auch das Team von Spiegel-TV war im Nacional. »Das waren ganz nette Leute. Sie erzählten, daß sie einen Film über junge Cubaner drehen, die sich selbständig machen wollen, und daß sie Anita für eine Langzeitreportage begleiten«, sagt Hohmann. Deshalb hatte er nichts dagegen, daß die Fernsehleute am 11. Dezember in ein Restaurant mitgingen, wo eine zufällig zur selben Zeit in Cuba weilende Kollegin aus München ihren Geburtstag feierte. Anita war auch dabei.

Später wechselte man in ein Salsa Cafe, wo Hohmann von den Fernsehleuten aufgefordert wurde, mit Anita zu tanzen, was er aber ablehnte. Als die Fete vorbei war, fuhr die Gesellschaft mit mehreren Taxis weg. Anita wurde mitgenommen und in der Stadt abgesetzt. »Das war's«, sagt der von Spiegel-TV (Leitung und damit verantwortlich: Spiegel Chefredakteur Stefan Aust) zum geilen Sextouristen abgestempelte 37jährige Journalist. Keine Liebe, kein Sex, keine Dollars, nur eine nette Geburtstagsfeier.

Am 23. Januar schaute Hohmann Spiegel-TV. Als er Anita wie eine Gelegenheitshure auf der Suche nach Ausländern durchs Hotel flanieren sah, dachte er entgeistert: »Ich bin im falschen Film.« Dann bekam er das ganze Ausmaß der Fälschung zu sehen und tat in der Nacht kein Auge zu. »Man ist so hilflos, so wehrlos«, sagt Hohmann. Etwa 150 Anrufe hat der Journalist danach bekommen. Der rücksichtsvollste Kommentar sei noch gewesen: »Die haben dich ganz schön über'n Tisch gezogen.« Bei weniger guten Bekannten »ist schon die Häme übergekommen«. Was würde wohl Anita sagen, bekäme sie das Machwerk zu sehen? »Ich glaube, die würde sagen: »Typisch Westen, typisch Marktwirtschaft«, sagt Hohmann.«

Er wird jetzt rechtlich gegen Spiegel-TV vorgehen. Autor Geiges hat er kürzlich mit gespielter Freundlichkeit überreden wollen, wenigstens in einem Brief an die Freundin die Fälschung einzugestehen. »Das hat er versprochen und sich auch noch gewundert, daß ich gar nicht böse zu sein schien«, sagt das Opfer von Spiegel-TV. Natürlich hat Hohmanns Freundin keinen Brief bekommen. ...«



La nación y la emigración

Konferenz der im Ausland lebenden KubanerInnen und ExilkubanerInnen vom 3. bis 6. November 1995 in Havanna

Nach der Konferenz im April 1994 trafen sich im November 1995 357 im Ausland lebende KubanerInnen und ExilkubanerInnen mit VertreterInnen der kubanischen Regierung, um den Dialog fortzusetzen. Cuba libre befragte Mireya Garcia Fariñas, in der BRD lebende Kubanerin, die zusammen mit vier weiteren in der BRD lebenden KubanerInnen die Konferenz besuchte, nach ihren Eindrücken.

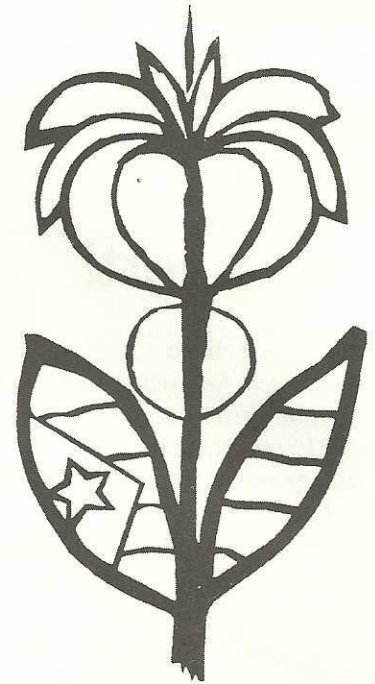
Cuba libre: Was war der Charakter der Konferenz?

Mireya Garcia: Der Charakter der Konferenz war der Versuch, den konstruktiven Dialog zwischen den im Ausland lebenden KubanerInnen und den ExilkubanerInnen mit der kubanischen Regierung weiterzuführen. Ein Dialog über die Normalisierung und die Konsolidierung der Beziehungen. Es ist wichtig klarzustellen, daß diejenigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, die Unabhängigkeit und die Souveränität Kubas respektieren. Kuba muß die Front aufbrechen zwischen den KubanerInnen, die die Revolution akzeptieren und denjenigen, die aus Kuba eine Kolonie der USA machen wollen. An der Konferenz haben KubanerInnen verschiedenster Organisationen sowie Einzelpersonen teilgenommen.

Cuba libre: In den hiesigen Medien wurde fast nur die Hetzrede erwähnt, die ein prominenter Exilkubaner aus Miami auf der Konferenz gehalten hat. Wie ist die aufgenommen worden und war sie typisch für die Konferenz?

Mireya Garcia: Ich denke, ihr meint Eloy Gutierrez Menoyo. Zuerst möchte ich etwas zu seiner Person sagen. Er saß zweiundzwanzig Jahre im

Gefängnis aufgrund konterrevolutionärer Aktivitäten, z. B. hat er Kuba 1961 verlassen und in Miami die terroristische Organisation Alpha 66 gegründet. Die Organisation ist für die Ermordung von Hunderten Anhängern der kubanischen Revolution sowie von kubanischen UNO-Diplomaten und Botschaftsvertretern verantwortlich. Die CIA hat diese Organisation von Anfang an unterstützt. 1964 ist Menoyo dann illegal nach Kuba zurückgekehrt und hat dort Bauern und Millizionäre ermordet und verübte Sprengstoff- und Brandanschläge. Für seine Freilassung hat sich u.a. Felipe Gonzales und die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)" eingesetzt. Menoyo hat dem Terror abgeschworen. Heute ist er Vorsitzender der Organisation "Cambio Cubano" und ist bereit, den Dialog mit Kuba zu führen. Menoyo forderte in seiner Rede Menschenrechte auf Kuba, Parteienpluralismus, tiefe demokratische Veränderungen, Büros für die kubanische Opposition etc. Nun zu seiner Rede — daß seine Rede mit dem vorher erwähnten Inhalt von den hiesigen Medien wiedergegeben wurde, ist vielleicht typisch für die Berichterstattung hier über Kuba — seine Rede aber war nicht typisch für die Konferenz. Bei der



Konferenz standen im Vordergrund Fragen zur Emigration und über das Verhältnis zwischen den im Ausland lebenden KubanerInnen und Kuba. Seine Rede wurde von einem Großteil der TeilnehmerInnen absolut abgelehnt. Meine Meinung dazu ist, daß wir im Ausland lebenden KubanerInnen in unseren jeweiligen Ländern in erster Linie dafür eintreten müssen, daß die Blockade gegen Kuba beendet wird und daß die Beziehungen zu Kuba normalisiert werden, ohne irgendwelche Bedingungen an Kuba zu stellen. Mit der Blockade soll die kubanische Bevölkerung ausgehungert werden. Deshalb frage ich mich, wie können dann manche TeilnehmerInnen solche Forderungen an Kubas Regierung stellen? Meiner Meinung nach ist es Sache der in Kuba lebenden KubanerInnen, zu entscheiden, wann und wie Reformen durchgeführt werden.

Schaut mal, dieser Mangel an Medikamenten, an Schulmaterialien, etc., das "verdanken" wir der Blockade und u.a. Kubas Rückkehr auf den ungerechten Weltmarkt. Dieser Mangel betrifft vor allem Bereiche, die nach der Revolution aufgebaut wurden, z.B. das Gesundheits- und Bildungswesen.

Cuba libre: Warum ist die kubanische Regierung so interessiert an diesem Dialog mit den ExilkubanerInnen? Ist das Interesse vornehmlich der wirtschaftlichen Not geschuldet?

Mireya Garcia: Ich glaube nicht. Viele Leute meinen, daß diese Treffen "La Nación y la Emigración" erst begonnen haben, seit Kuba so eine schwierige ökonomische Situation hat. Bereits 1978 gab es ein Treffen von kubanischen RegierungsvertreterInnen und den Teilen der im Ausland lebenden KubanerInnen, die zum Dialog bereit waren. Die Initiative dazu ging von Kuba aus. Dieses erste Treffen war ein großer Erfolg. Es wurde offen über Fragen diskutiert, die die kubanische Emigration betreffen. Dieser Dialog konnte leider nicht fortgeführt werden, weil die Regierungen von Reagan und Bush die Fortführungen dieser Gespräche verhindert haben. Kuba hat trotzdem sein weiteres Interesse bekundet, diese Gespräche fortzusetzen. In all diesen Jahren haben im Ausland lebende KubanerInnen ihre Familien in Kuba besucht, Kontakt mit verschiedensten Institutionen aufgenommen etc. Im April 1994 trafen sich in Havanna 234 Personen, um die Gespräche wieder aufzunehmen. Im beiderseitigem Interesse hat sich dieser



Fidel Castro empfängt die TeilnehmerInnen der 2. Konferenz "Die Nation und die Emigration" im Palast der Revolution. Im Bild unsere Interviewpartnerin Mireya Garcia bei der Begrüßung Fidels.

Dialog im November 1995 fortgesetzt. Es liegt doch im Interesse von beiden Seiten, daß normale Beziehungen hergestellt werden, daß so elementare Fragen wie Besuche, Rückkehr, Ausbildung, Geldüberweisungen etc. offen angesprochen werden können. Tatsache ist doch, daß alle US-Regierungen die Emigranten instrumentalisieren wollten, gegen Kuba. Ich denke, daß es einfach wichtig ist, die Emigranten differenziert zu betrachten. Die Rechts-extremisten um die "Kubanische Nationalstiftung" des Jorge Mas Canosa sind der Teil der Emigranten, die in Kuba wieder alte Verhältnisse herstellen wollen, zum Preis eines blutigen Krieges, den sie vorbereiten. Man darf diesen Leuten nicht erlauben, für das gesamte Exil zu sprechen. Die Blockade stellt natürlich ein immenses Hindernis auf dem Wege zur Normalisierung dar. Gerade aber die in den USA lebenden dialogbereiten Emigranten könnten mit dazu beitragen, dieses Hindernis abzutragen bzw. beiseite zu räumen und langfristig die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu normalisieren.

Cuba libre: Welches Interesse haben die anwesenden Exil- und AuslandskubanerInnen?

Mireya Garcia: Die Interessen waren verschiedener Natur, die Blockade wurde aber von allen TeilnehmerInnen verurteilt. Manche wollen natürlich auch über Gespräche, Kontakte, Wirtschaftstätigkeiten etc. eine politische Veränderung in Kuba. Für den überwiegenden Teil der TeilnehmerInnen standen die Fragen im Vordergrund, die mit der Ein- und Ausreise, mit der Staatsbürgerschaft, Visaerteilung u.ä. zusammenhängen. Wie ich bereits erwähnte nahmen an der Konferenz TeilnehmerInnen aus 36 verschiedenen Ländern teil und natürlich sind die Probleme entsprechend unterschiedlich. Auf der Konferenz hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, in verschiedenen Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, z.B. die AG's Migrationspolitik und Staatsbürgerschaft, Emigrationspolitik, Kultur und nationale Identität,

Wirtschaftstätigkeit in Kuba, Vereinigungen der im Ausland lebenden KubanerInnen etc.

Cuba libre: Die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung rühmt sich in ihrem jüngsten Bericht, wesentliches zu diesem Brückenschlag geleistet zu haben. Waren Vertreter von ihr auf der Konferenz vertreten oder machte sich deren Einfluß bemerkbar?

Mireya Garcia: Leider kann ich zur Hans-Seidel-Stiftung und deren Tätigkeit in Kuba nichts sagen. Mir fehlen dazu einfach die nötigen Informationen. Den in der Frage erwähnten Bericht kenne ich ebenfalls nicht.

Cuba libre: Was waren die Ergebnisse dieser Konferenz und was ist in Zukunft geplant?

Mireya Garcia: Am letzten Tag der Konferenz wurden durch den Außenminister Roberto Robaina zwei Entscheidungen bekanntgegeben: die Erweiterung der Reisemöglichkeiten (z.B. die in den USA lebenden KubanerInnen haben jetzt die Möglichkeit, ihre Verwandten in Kuba so oft wie sie wollen zu besuchen — ohne eine Einreisegenehmigung beantragen zu müssen, mit einem Reisedokument, das zunächst zwei Jahre Gültigkeit hat und danach um weitere zweimal zwei Jahre verlängert werden kann) und die Möglichkeit für die im Ausland lebenden KubanerInnen, in Kuba studieren zu können und Fortbildungskurse zu machen. Davon ausgenommen sind die AuslandskubanerInnen, die harte Positionen gegen Kuba haben. Die auf der Konferenz gemachten Anregungen werden in Kuba diskutiert. In Zukunft sind weitere Konferenzen geplant, bis es nichts mehr zu normalisieren gibt zwischen Kuba und der Emigration. Für mich hatte die Konferenz eine große Bedeutung, weil es gelungen ist, viele KubanerInnen aus der ganzen Welt zu versammeln und über solche Fragen auf eine konstruktive Art zu diskutieren. Kuba hat bewiesen, daß es bereit ist, den Dialog zu suchen und zu führen. Mit dem Verlauf der Konferenz war die überwiegende Mehrheit sehr zufrieden.

14. Weltfestspiele der Jugend

Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ):

★ Beschluß über die Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Jahre 1997

1. Der Koordinierungsrat des WBDJ nimmt mit Begeisterung die Bereitschaft der kubanischen Jugend und Studenten, Gastgeber der 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Jahre 1997 zu sein, zur Kenntnis.

2. Der WBDJ wird sich konstruktiv, auf gleicher Basis mit den anderen internationalen oder regionalen Jugend- und Studentenorganisationen, die an dem Festival teilnehmen möchten, an den Vorbereitungen für das Festival beteiligen. Der WBDJ ist der Meinung, daß der demokratische Prozeß ein bedeutendes Element zum Erfolg des Festivals darstellt.

3. Die kommenden Monate sollten sowohl von nationalen, regionalen und internationalen Jugendorganisationen als auch von Jugend-NGOs und anderen Organisationen zu inoffiziellen Gesprächen genutzt werden, um ihre Ansichten zu allen Aspekten der Vorbereitungsarbeiten für das Festival zu äußern.

4. Der WBDJ glaubt, daß es von Vorteil wäre, wenn die Jugend- und Studentenorganisationen Kubas ihre Beratungen mit den verschiedenen Organisationen fortsetzen würden,

damit die erste internationale Zusammenkunft zur Besprechung der Vorbereitungsarbeiten so schnell wie möglich (vor Ende April 1996) zustandekommt.

5. Der WBDJ ist bereit, an einem solchen internationalen Treffen teilzunehmen, um das Festival in die Wege zu leiten, seinen Charakter zu bestimmen und seine internationalen Richtlinien für die ordnungsgemäße Vorbereitung auf nationaler und internationaler Ebene festzusetzen.

6. Der WBDJ glaubt, daß die 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten ein weiterer Meilenstein zur Weiterführung der großen und positiven Tradition der Festivalbewegung sein werden, und eine enorm große Möglichkeit für ein Treffen junger Menschen aus der ganzen Welt bieten, ihre Probleme zu diskutieren, über ihr Leben, ihre Hoffnungen und ihre Daseinskämpfe zu sprechen und Solidarität zu demonstrieren.

7. Der Jugend wird auch die Möglichkeit zu Diskussionen über die aktuelle, weltweite politische Situation, globale Probleme (Frieden, Sicherheit,

regionale Konflikte, Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte, Drogen, AIDS usw.), anti-imperialistische Solidarität, Jugendrechte, und auch über andere Themen, spezifische Gruppeninteressen (Kultur, Sport usw.) geboten.

8. Der WBDJ betont, daß die Plattform des Festivals keine faschistischen oder rassistischen Bewegungen und Vertreter reaktionärer Regimes dulden wird.

9. Als ihren eigenen Beitrag zu den Vorbereitungsarbeiten für das Festival bildet der WBDJ die Festivalarbeitsgruppe, die sich regelmäßig trifft und die Durchführung der Vorbereitungsarbeiten verfolgt.

10. Der WBDJ ruft seine Mitgliedsorganisationen zu Beratungen in ihrem eigenen Land auf, um auf nationaler Ebene bestmögliche Bedingungen für den Vorbereitungsprozeß herzustellen.

WBDJ-Generalratsversammlung
Budapest, 26.-28. Januar 1996



Viele LeserInnen werden sich noch mehr oder weniger wehmütig an die Weltjugendfestspiele erinnern, die zu Zeiten der Sowjetunion in regelmäßigen Abständen in den Hauptstädten der Sozialistischen Länder veranstaltet wurden. Die Jugend aus aller Welt traf sich dort zu Tausenden, um sich bei vielfältigen kulturellen und unterhaltenden Angeboten kennenzulernen.

In dieser Tradition wird ein für 1997 in Cuba geplantes Internationales Jugendfestival stehen; die Begeisterung, die im letzten Jahr der

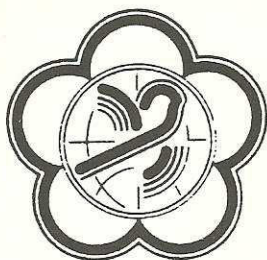
Jugendkongreß »Cuba Va!« bei den TeilnehmerInnen wie auch bei der cubanischen Bevölkerung hervorgehoben hatte, war Ansporn für dieses neue ehrgeizige Zukunftsprojekt.

Mit Begeisterung erzählte der Vertreter des UJC, Rogelio Polanco, bei einem kurzen Aufenthalt in der BRD über den Verlauf des Jugendfestivals 95 »Cuba Va!«, die positiven Erfahrungen, die mit der Einbeziehung verschiedener Provinzen gemacht wurden, über die große Resonanz unter der Jugend, die aus 60 Staaten der Welt auf die Insel gekommen waren und über die tiefe Ausstrah-

lung, die dieses Jugendfestival, u.a. mit seinem Höhepunkt, der Demonstration von 500.000 Menschen in Havanna gegen die Blockade, auch unter den Cubanerinnen hatte.

Waren es im vorigen Jahr etwa 1.500 TeilnehmerInnen, so werden für das Weltfestival 1997, das von 27. Juli bis 5. August stattfinden soll, insgesamt 10.000 Jugendliche erwartet! Das Programm wird alle Themenbereiche einschließen, die die Jugend aus aller Welt interessieren: Neben speziellen Jugendfragen, z.B. zu Erziehung, Ausbildung, Gesundheit, wird sich der Bogen bis zu all-

und Studenten 1997 in Cuba



SDAJ:

Das Festival '97 in Cuba jetzt aktiv vorbereiten! ★

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer: mit dem Beschluß der Generalratsversammlung des WBDJ (Weltbund der demokratischen Jugend), die vom 26.-28. Januar 1996 in Budapest stattfand, wurde das Angebot des kubanischen Jugendverbandes UJC aufgenommen, die 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Kuba durchzuführen.

Weltfestspiele in Havanna! Da müssen die älteren GenossInnen erst einmal schlucken und erinnern sich 18 Jahre zurück an das Festival in Havanna 1978, das unvergessen bleibt in der Geschichte der Weltfestspielbewegung.

Die herausragende Idee einer einheitlich handelnden Jugend über alle geographischen und politischen Grenzen hinweg, entstand aus den Lehren des zweiten Weltkrieges und des Kampfes der Jugend Europas gegen den Faschismus und führte

1945 zur Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) und wenig später zu den ersten Weltfestspielen.

1947 begann mit den 1. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Prag eine in alle Kontinente umspannende Bewegung, die 50 Jahre später ihre unveränderte Notwendigkeit demonstriert. Stationen der Festivalbewegung: 1949 in Budapest, 1951 in Berlin, 1953 in Bukarest, 1955 in Warschau, 1957 in Moskau, 1959 in Wien, 1962 in Helsinki, 1968 in Sofia, 1973 in Berlin, 1978 in Havanna, 1985 in Moskau und 1989 in Pjöngjang.

Weltfestspiele sind die Höhepunkte der internationalen demokratischen und antiimperialistischen Jugendbewegung. Weltfestspiele sind ein großes Forum der Diskussion und des Erfahrungsaustausches über den Kampf der fortschrittlichen Jugend gegen Imperialismus und Krieg.

Die SDAJ kämpft um die Verbreitung der Ideen der Weltfestspielbewegung bei der Jugend unseres Landes. Sie kann mit Stolz behaupten, seit ihrer Gründung bei allen Weltfestspielen aktiv teilgenommen zu haben.

Die SDAJ ruft alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf, sich an der Vorbereitung der 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten zu beteiligen und ein Nationales Vorbereitungskomitee zu bilden.

Interessierte Jugendliche, Jugendgruppen oder -verbände, die in dem Arbeitskreis Festival mitarbeiten wollen oder mehr Infos über die Vorbereitung der Weltfestspiele haben möchten, wenden sich an:

*Arbeitskreis Festival,
c/o SDAJ, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen.*

gemeineren Themen wie Demokratie, sozialen Entwicklungen, Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen, etc. spannen.

Das Weltfestival der Jugend 1997 soll vor allem Raum und Möglichkeiten geben zur Entwicklung und Vertiefung internationaler Freundschaften und insbesondere der Freundschaft mit Cuba unter den jungen Menschen aus aller Welt. Es wird nicht nur in der Hauptstadt Havanna stattfinden, sondern alle Regionen sollen einbezogen werden. Ein Festivalzug wird daher auch durch alle 14 Provinzen fahren.

Im Rahmen des Programms wird es auch freiwillige Arbeitseinsätze

geben, die u.a. auch in über 40 Solidaritätsprojekten konkrete Unterstützung für die cubanische Bevölkerung bedeuten.

Zur Organisierung und Koordinierung bei uns in der BRD sind nationale Vorbereitungstreffen geplant, die neben der Cuba-Solidaritätsbewegung vor allem Jugendorganisationen, demokratische Bewegungen und andere Solidaritätsbereiche umfassen sollten. Der UJC würde auch ein europäisches Koordinierungstreffen befürworten und geplant, bis zum Welttreffen eine/n Vertreter/in in Europa zur/m direkten Ansprechpartner/in zu machen.

Gegenwärtig wird geprüft, in welchem Land dies zu verwirklichen ist.

Wir sollten das geplante Weltjugendfestival 1997 jetzt schon so breit wie möglich bekanntmachen und auch Diskussionen über eigene Beiträge dazu anregen. Eine Geste der Solidarität gegenüber Cuba wäre es z.B. über die eigenen TeilnehmerInnenbeiträge hinaus, über Spenden die Teilnahme von Jugendlichen aus weniger entwickelten Staaten zu ermöglichen, sowie natürlich die cubanischen Gastgeber mit Sach- und Geldspenden bei Vorbereitung und Durchführung dieses internationalen Meetings zu entlasten.

ms

»Die Situation in Südafrika ist noch immer extrem instabil.«

★ Interview mit dem südafrikanischen Schriftsteller Hein Grosskopf

Hein Grosskopf ist einer der prominentesten Weißen, der sich während des Apartheidregimes als ANC-Mitglied an der Untergrundarbeit in dessen Militärorganisation Umkhonto we Sizwe (MK) beteiligte. Grosskopf lebt noch immer aus Furcht vor Mordaktionen militanter Rechtsextremisten im Londoner Exil. Anlässlich der Vorstellung seines Romandebüts „Im Auftrag der Freiheit“, das in deutscher Übersetzung im Unrast-Verlag erschienen ist (siehe Rezension in dieser Cuba Libre), machten Verlagsmitarbeiter folgenden Interview mit Grosskopf, daß ich überarbeitet habe.

Wie stabil schätzt Du die momentane politische Situation in Südafrika ein? *Sie ist sehr zerbrechlich. Es gibt große soziale Probleme. Eine Arbeitslosenrate von fast 50%, eine hohe Kriminalitätsrate, eine brutalisierte und zersplitterte Gesellschaft, eine junge Generation mit großen Kampferfahrungen, aber mangelnder Schulbildung. Wir haben einen sehr hohen Preis für die Freiheit bezahlt. Die Leute haben wahnsinnig hohe Erwartungen, daß die Politiker nach dem Ende der Apartheid ihre Versprechungen einhalten.*

Wie erlebten die Widerstandskämpfer das Ende der Apartheid?

Für die meisten war es sowohl eine wundervolle, als auch eine traumatische Zeit. Nelson Mandela hatte alle Exilierten, nicht nur ANC-Mitglieder, zur Rückkehr nach Südafrika und zum Aufbau der neuen Gesellschaft aufgerufen. Die meisten kehrten in ein Land zurück, daß sie nicht mehr wieder erkannten, weil es sich so stark verändert hat. Sie fanden sich häufig in wachsender Armut wieder. Doch sie akzeptierten es. Denn sie waren ja nicht geflohen, um reich zu werden, sondern um gegen die Apartheid zu

kämpfen. Auch die meisten Fachleute sind zurück gekommen. In der letzten Zeit jedoch denken manche wieder darüber nach, in die USA oder nach Europa zu gehen. Dazu tragen die Destabilisierungsversuche weißer Rechtsextremisten bei.

Wie schätzt Du die Rolle von Nelson Mandela ein?

Mandela hat wesentlich zum friedlichen Übergang in Südafrika beigetragen. Er hat sich immer an die Verfassung gehalten und setzte damit Zeichen für eine wirklich neue Praxis in Südafrika.

Wie stark sind die Linke und die Gewerkschaften am politischen Prozeß Südafrikas beteiligt?

Es gibt einen immer schärferen Konflikt zwischen der Regierung, den Interessen der Geschäftswelt und den Gewerkschaften, da die Arbeiter endlich die Früchte der Befreiung ernten wollen. Die eigentliche ökonomische Macht ist ja weiterhin in den Händen einer weißen Minderheit. Da müssen die Gewerkschaften natürlich weiterkämpfen. Es ist wichtig daran zu erinnern, daß der Machtantritt des ANC

eine bürgerlich liberale Befreiung brachte. Der ANC hat keinen sozialistischen Kampf geführt, aber sein erklärtes Ziel war es, Wohlstand für die schwarze Mehrheit zu schaffen. Die Gewerkschaftsbewegung ist überwiegend sozialistisch und sorgt dafür, daß die Interessen der Arbeitenden nicht vergessen werden.

Wie schätzt Du die extreme Rechte in Südafrika zur Zeit ein?

Sie hat viel Unterstützung verloren, nachdem sie 1994 mit dem Versuch, die Macht im Bantustan Bophutatswana zu übernehmen, scheiterte. Allerdings ist sie weiterhin eine Gefahr und hat die Macht, Blut zu vergießen. Die stärkste Kraft gegen sie ist die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und zwar der Weißen wie der Schwarzen.

Wo siehst Du heute besonders in Deutschland neue Ansätze für eine Solidarität mit Südafrika nach dem Ende der Apartheid?

Es waren vor allem die Staaten des ehemaligen Ostblocks, auch die DDR, die unseren Befreiungskampf solidarisch unterstützten. Beispielsweise wurden in der DDR unsere besten Ärzte und wirklich gute Wissenschaftler ausgebildet. Auch den skandinavischen Ländern haben wir viel zu verdanken.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Solidaritätsarbeit sehe den Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, um zu verhindern, daß die „3. Welt“ das Arbeiterghetto der „entwickelten“ Welt wird. Eine andere wichtige Aufgabe ist die Bekämpfung des Rassismus und Faschismus überall auf der Welt.

Peter Nowak

Rezeption

»Unterhaltung mit politischem Anspruch«

Hein Grosskopf, *Im Auftrag der Freiheit*,
Unrast - Verlag, Münster 1995, 190 Seiten, 29, 80 DM

Bisher wurde auf diesen Seiten kaum Unterhaltungsliteratur rezensiert. Das hier vorgestellte Buch ist daher eine Ausnahme, handelt es sich doch hierbei um einen Polikrimi. Der Held, ein weißer Bergarbeitersohn, verbringt einen Großteil seiner Kindheit bei einer schwarzen Familie, schlägt sich mit Einbruchdiebstählen durch, die ihn früh Bekanntschaft mit dem Gefängnis machen lassen. Allerdings nur begrenzte Zeit, schließlich hat er im Südafrika der Apartheid die ‚richtige‘ Hautfarbe. Darüber macht er sich zu dieser Zeit keine Gedanken. Allerdings teilt er auch nicht die rassistischen Vorstellungen von der Überlegenheit der Weißen. Sein Traum ist es vielmehr, daß Land so schnell wie möglich zu verlassen. Durch die zufällige Begegnung mit einer schwarzen Hausangestellten wird er allmählich und widerstrebend politisiert. Der Roman erzählt stellenweise recht spannend diese Entwicklung. Allerdings sind die Charaktere der Romanfiguren oft etwas hölzern und simpel geraten. Ihre innere Entwicklung wird beschrieben aber nicht dargestellt. So ist die Handlung manchmal ziemlich glatt und widerspruchlos. Aber schließlich ist es auch das Romandebüt von Hein Grosskopf. Wie der Held seines Romans gehörte er als Sohn einer wohlhabenden Verlegerfamilie zu den wenigen Weißen, die sich dem militärischen Arm des Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) angeschlossen haben. Damit sind die Parallelen zum Roman allerdings schon erschöpft. Es handelt sich um kein autobiographisches Werk. Aus Angst vor Racheakten weißer Rassisten hält sich Grosskopf auch jetzt noch in London auf. Er war für die Repatriierung südafrikanischer Flüchtlinge verantwortlich.

Der Verlag hat dankenswerterweise mit einem umfangreichen Glossar im Anhang nützliche Zusatzinformationen und Begriffsklärungen geliefert. So erhält die LeserIn nebenbei noch einen kurzen Einblick in die noch nicht so ferne Geschichte des südafrikanischen Kontinents.

Eine weniger glückliche Hand hat der Verlag bei der Auswahl des Romantitels bewiesen. Vielleicht hätten sie doch einfach den südafrikanischen Titel beibehalten sollen. Dort heißt der Roman „Artistic Graves“, auf Deutsch „Kunst-Gräber“. Dieser Titel bezieht sich auf das Gedicht „Mandelas Predigt“, vom südafrikanischen Autor Keorapatse Kgotsitsile. Die Zeile „Falsche Götter haben den Dichter in mir getötet. Jetzt schau fle ich Gräber mit künstlerischer Präzision“, hatte Grosskopf dem Roman als Motto vorangestellt. Schon diese Bedeutung, die der Autor dem Titel beimißt, hätte für seine Beibehaltung gesprochen. Dadurch wäre er zwar nicht leichter verständlich aber

immerhin metaphorisch und vielsagend geworden. Der jetzt gewählte ist hingegen allgemein und nichtssagend. Doch immerhin hat der Verlag einen wirklichen Mißgriff vermieden. Wie er den LeserInnen im Nachwort mitteilt, war der Titel „Ästhetik der Vollstreckung“, im Gespräch und zwar ausdrücklich als Brücke zu dem Romanepos „Ästhetik des Widerstand“, des mittlerweile verstorbenen Schriftsteller Peter Weiss.

Nun ist jeder Vergleich zwischen diesen beiden Büchern so abwegig, daß er diesem Roman nur geschadet hätte. Wir werden mit einem ansprechenden Titelbild entschädigt, das Szenen aus dem südafrikanischen Befreiungskampf darstellt.

Dem Glossar konnte ich auch entnehmen, daß ein gewisser Artur Pestane dos Santos unter dem Pseudonym Peptela unter dem Titel „Mayombe oder eine afrikanische Metamorphose“, seine Erfahrungen als Teilnehmer am antikolonialen Befreiungskrieges auf Seiten der damals noch marxistischen Movimento Popular de Libertacao de Angola (MPLA) in Angola beschreibt. Gern würden wir erfahren, ob das Buch auch ins Deutsche übersetzt wurde. Falls nicht, was wahrscheinlich ist, wäre das nicht ein neues Projekt für den Unrast-Verlag?

Peter Nowak

CUBA

zum
kennnenlernen

Havanna, Pinar del Rio, Playa del Este

| Woche Programmrundreise / | Woche Strand

Eine Reise, die Information, Einblick in die kubanische Gesellschaft und Erholung miteinander verbindet.

Flug, Ü/HP, sämtl. Transfers ab DM 2050.-

Termine: 6.7., 21.9., 21.12.

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996
(gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundchaftsgesellschaft BRD-KUBA,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

Gedanken zum Internationalismus aus Wuppertal

★ **W**o sind sie geblieben, die vielen Internationalismusgruppen, die bis Ende der 80er Jahre selbst in den kleinsten Orten der BRD Solidarität mit Nicaragua, El Salvador etc. leisten wollten. Mittlerweile haben manche das ‚Inter‘ weggelassen und üben sich als Claqueure für ein starkes Deutschland. Nicht von ungefähr argumentieren grüne BefürworterInnen eines militärischen Engagements auf dem Balkan mit dem Argument, „wir haben doch auch Waffen für El Salvador gesammelt,“.

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. hat eine solche Entwicklung nicht mitgemacht, sondern sich auch in den Zeiten der Krise im Rahmen der Projektgruppe für internationale Zusammenarbeit und zukunftsorientierte Aktion (PIZZA) um eine internationale linke Debatte bemüht, die in dem Buch „Odroneel - Die Linke - zwischen den Welten,“ dokumentiert ist (das Buch wurde in der Cuba Libre rezensiert).

Jetzt hat das Informationsbüro Nicaragua e.V. einen neuen Beitrag zu Widersprüchen in der Solidaritätsbewegung verfaßt, der in der Monatszeitung „analyse und kritik,“ (ak) Nr. 386 leicht gekürzt abgedruckt war. Der Beitrag nimmt direkten Bezug auf den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) vom Mai 1995, der unter maßgeblicher Unterstützung des Nicaraguabüros unter dem Motto „Entwicklungsman(n)ie,“ in Wuppertal stattfand.

Die ak-Redaktion hat den Beitrag unter die Überschrift „Abschied vom linken Fortschrittsglauben,“ gesetzt, und damit den wesentlichen Kern getroffen. Im Rundbrief des Informationsbüros fehlt jede Überschrift. Statt dessen ist ein Zitat von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno vorangestellt, die ja nicht zu Unrecht als die großen Kritiker des Fortschritts gelten.

Tatsächlich sehen die GenossInnen die weißen Flecken, die es in Bezug auf die rassistische und die patriarchale Unterdrückung auch in der Internationalismusbewegung gab. Wie auch in anderen Bewegungen dominierte ein Haupt- Nebenwiderspruchsdenken. Gerade Feministinnen aus Trikontländern haben dazu genügend publiziert, was hier allzu lange nicht wahrgenommen wurde. Doch auch die WuppertalerInnen gehen darauf nicht weiter ein, sondern ergehen sich in Zivilisationskritik: „Ging es doch vor allem uns unsere eigenen Verstrickungen in die patriarchale Dominanzkultur, jene westlich-abendländische Kultur, die sich angeschickt hat, die Welt mit sich selbst zu überziehen und keine andere neben sich zu dulden - es sei denn im Museum,“.

Kulturkritik statt Gesellschaftskritik

Auffällig ist, daß hier statt einer Analyse von Unterdrückungsverhältnissen Kulturkritik geübt wird. Es werden nicht Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat benannt und analysiert. Kulturkritik kennt keine Verantwortlichen oder, wie es im zitierten Textteil heißt, alle sind verstrickt. Was auf das gleiche herauskommt. Wo alle verstrickt sind, ist keine/r Verantwortlichkeit. Kapitalist und

Arbeiter, Frau und Mann, Menschen aller Hautfarbe sind irgendwie verstrickt.

So nebulös geht es weiter im Text: „Treffend ist die Entdeckung der ‚neuen Welt‘ durch Christoph Columbus als Konfrontation mit ‚dem Anderen‘ charakterisiert worden,“. Ich würde für die Eroberung der drei Kontinente eine treffendere Textstelle aus dem ersten Band des Kapitals von Karl Marx vorschlagen:

„Die Entdeckung der Gold- und Silberlager in Amerika, der Kreuzzug der Vernichtung, der Versklavung und der Beerdigung der eingeborenen Bevölkerung in den Minen, der Beginn der Eroberung und die Plünderung Westindiens, die Verwandlung Afrikas in ein Gehege für die Jagd von Negersklaven sind alles Geschehnisse, die den Beginn der kapitalistischen Produktionsära ankündigen. Diese idyllischen Vorgänge sind Hauptfaktoren der ursprünglichen Kapitalanhäufung,“.

Seit 1973 ist Eduardo Galeanos Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas,“ ins Deutsche übersetzt erhältlich. Dort wird deutlich, daß es nicht um Abendland und das Andere ging, sondern um Edelmetalle. „Wie hungrige Schweine lechzen sie nach Gold,“ überschrieb Galeano eines seiner Kapitel. Die Eroberer kamen aus Spanien, einem Land das zu dieser Zeit gerade die letzten jüdischen Menschen gewaltsam vertrieben hat. Menschen, die Jahrhunderte auf der iberischen Halbinsel gewohnt hatten. Welchen Erkenntniswert haben dann Begriffe wie „der Andere,“ wenn es sich um den Nachbarn handeln kann.

Abschied von der Entwicklung?

Die Wuppertaler InternationalistInnen verwerfen die Vorstellung von Entwicklung, wobei sich die Kritik nicht nur an die Entwicklungspolitik

richtet. „Als ideologischer Beipack zum ‚freien‘ Welthandel und zur Schuldenkrise ist Entwicklungspolitik Teil einer Schere, die immer weiter aufgeht...“ Mit Verweis auf Ivan Illich und Gustavo Esteva wird Entwicklung überhaupt als Erbe einer patriarchalen Dominanzkultur erklärt. Nun ist Kritik an Konzepten nur z u berechtigt, die im Kopieren des kapitalistischen Entwicklungsmodells die Lösung für den Trikont sehen. Auf der anderen Seite ist eine völlige Ablehnung des Entwicklungsgedankens ebenfalls sehr problematisch und auch mit aktuellen Entwicklungen im imperialistischen Lager kompatibel, gerade in einer Zeit, wo sich Teile des Kapitals aus manchen Trikontländern ganz zurückziehen, weil es dort nichts mehr auszubeuten gibt. Nach über 500 Jahren Ausplünderung spricht die Stimme der Profiteure in den reichen Metropolen: „Wir brauchen Euch nicht mehr. Jetzt seht selbst, wie Ihr zurecht kommt. Entwicklung ist doch eine Sackgasse.“

Im Beitrag „Zwei Welten“, des uruguayischen Schriftstellers und Tupamaropolitikers Eleuterio Fernandez Huidobro, der im oben erwähnten Buch „Die Linke zwischen den Welten“, abgedruckt ist, heißt es dazu: „Die ‚Dritte Welt‘ ist noch nicht einmal mehr abhängig, sie ist einfach nicht mehr existent. ...Noch mehr: Abhängig zu sein erscheint heute wie ein Privileg, denn die Massen sind vergessen und zum Sterben verurteilt.“ Huidobro kritisiert im erwähnten Text ebenfalls ein Verständnis von Entwicklung, daß mit Nachahmung der Metropolen gleichgesetzt wird und wird in wesentlichen Punkten mit den WuppertalerInnen einig sein. Allerdings vergißt er nicht, die Gefahren einer generellen Entwicklungskritik zu erwähnen: Dieser Aspekt fehlt in der Erklärung des Nicaraguabüros. Sie hätten noch einmal Texte aus den 70er Jahren nachlesen sollen, in denen DependententheoretikerInnen wie Gunnar Andre Frank der Ablehnung des kapitalistischen Entwicklungsmodells der Metropolen ein eigenes sozialistisches Modell gegenübergestellt hat. Hier wird die fatale Alternative, Kopie

der kapitalistischen Entwicklung oder totale Ablehnung, vermieden.

Die WuppertalerInnen haben an mehreren Stellen ihres Textes betont, daß sie sich nicht als Debattierclub sondern als politische Gruppe verstehen und auch Vorwürfe in die postmoderne Beliebigkeit gewechselt zu sein, weisen sie entschieden zurück. Sie formulieren ihre Perspektiven so: „...das äußerst schwierige Unterfangen, kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutungsmechanismen im Zusammenhang zu begreifen, die eigene Lebenssituation dabei mit einzubeziehen und zu neuer Handlungsfähigkeit z u kommen.“

Allerdings fällt auf, daß sie sich zur aktuellen Situation in Nicaragua zur Handlungsunfähigkeit verurteilen, wenn sie schreiben: „Unsere Haltung, uns nicht pauschal hinter die ‚Fürsprecher der Emanzipation‘ zu stellen, sondern ihr Politikverständnis zu kritisieren, hat uns nicht nur Freunde eingebracht. So wurde uns die Kritik am Führungsstil der FSLN und ihrer mangelnden Basisanbindung, unsere Nichtparteinahme im Flügelstreit der FSLN als Parteinahme für die Seite, die unter Führung von Sergio Ramirez die Bewegung der sandinistischen Erneuerung (MRS) gründete, ausgelegt und als zeitgeistgemäße Hinwendung zum Zivilgesellschaftsdiskurs, als Beliebigkeit und Sozialdemokratismus interpretiert. Unser angeblicher Pluralismus ist aber vielmehr der Tatsache geschuldet, daß das eindeutige ‚Falsch‘ oder ‚Richtig‘ nicht existiert.“

So berechtigt eine Kritik an der FSLN-Politik ist, so entschieden sind sozialdemokratische Manöver zu verurteilen, wie sie in Nicaragua und El Salvador seit einigen Jahren initiiert werden. Wieso soll es nicht möglich

sein, verschiedene Stränge zu verbinden. Kritische Unterstützung mit der FSLN, solidarische Unterstützung von linksoppositionellen Strömungen inner- und außerhalb der FSLN, seien es feministische Gruppen, Teile der sandinistischen Jugend und des Militärs, die sich weiterhin weigern gegen ArbeiterInnenkämpfe etc. vorzugehen und deshalb gemäßregelt wurden, aber Ablehnung aller Rechtsabspaltungen und auch sozialdemokratischer Tendenzen innerhalb der FSLN? Was soll denn eine MRS, die um Unterstützung der Sozialdemokratie buhlt, jedes Bündnis mit den SandinistInnen brüsk zurückwies und über eine Allianz mit den konservativen Parteien verhandelt (siehe Bericht vom MRS-Parteitag im ND vom 5.3.96) zu einer emanzipatorischen Politik beitragen?

Das Nicaraguabüro muß sich fragen lassen, wie sie mit ihrer Haltung Stellung zum Wahlkampf in Nicaragua beziehen will, wo die FSLN und die MRS getrennt kandidieren. Letztere werden wohl eine Splittergruppe bleiben, könnten aber der FSLN entscheidende Stimmen wegnehmen. Da ist doch jede Neutralität fehl am Platz.

Ein als erstes Resümee des Wuppertaler Papiers will ich so zusammenfassen: Viele wichtige Fragen werden gestellt, doch die Antworten sind nicht unbedingt befriedigend. Doch es ist lesenswert, denn das Stellen von richtigen Fragen ist schon ein Fortschritt. Vielleicht ergeben sich in der Diskussion ja noch Antworten.

Das Wuppertaler Papier kann bestellt werden über: Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrich-Ebert-Straße 141b, D-42117 Wuppertal, Tel.: 0202-30030, Telefax: 0202-314346



Der Kolumbien Rundbrief

informiert über Vorgänge und Entwicklungen in Kolumbien, über die Arbeit der Basis- und Menschenrechtsorganisationen und über die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik.

Neben den aktuellen Berichten setzen wir uns in den Schwerpunkten mit bestimmten Themen auseinander: * *Solidarität mit Kolumbien* (RB 38/39, 1/95) * *Ille zum Thema Medellín* (RB 37, 7/95) * *Kultur in Kolumbien* (RB 35, 12/94) * *Menschenrechte in Kolumbien* (RB 34, 11/94) * *Ille zum Thema Kolumbien* (RB 32, 10/93) * *Jugend in Kolumbien* (RB 30/31, 7/93) * *Die Guerillabewegung in Kolumbien* (RB 27, 8/92) * *Frauen in Kolumbien - Kolumbianerinnen in der BRD* (RB 26, 4/92).

Der Kolumbienrundbrief erscheint mit 3 Ausgaben im Jahr und kostet im Abo 25,- DM, einz. DM 7,- plus Versand (ältere Ausg. DM 5,-). Bezahlung durch Überweisung auf das Konto Nr. 500 660 000, Volksbank Nürtingen, BLZ 612 901 20, mit V-Scheck oder Briefmarken, Bestellungen an:

Kolumbiengruppe e. V. * Postfach 1347 * 72603 Nürtingen * Tel. und Fax: 07022/36242.

Keine Auslieferung von Christel Fröhlich!

Zum Auslieferungsverfahren gegen Christel

Seit dem 28.10.95 wird Christel Fröhlich-Padula in Rom aufgrund eines internationalen Haftbefehls der französischen Behörden unter verschärften Bedingungen in Auslieferungshaft festgehalten. Inzwischen liegt eine Begründung des französischen Auslieferungsersuchens vor und der Termin beim römischen Gericht für das Anhörungsverfahren über die Entscheidung der Auslieferung ist auf den 21.5.96 festgelegt. In dem französischen Auslieferungsersuchen wird Christel vorgeworfen, den PKW, einen Opel Kadett, am 19.4.1982 in Ljubljana unter dem Namen Stadelmann bei der Firma Hertz gemietet zu haben, der am 22.4.1982 in Paris in der Rue Marbeuf 33, in der sich die Redaktion einer libanesischen Exilzeitung befand, explodierte.

Die Begründung des französischen Auslieferungsersuchens ist eine Mischung aus vagen unbelegten Behauptungen, falschen Schlussfolgerungen und Unterschlagungen. Dies soll im folgenden nur an 3 Beispielen aufgezeigt werden:

1. In der Begründung des Auslieferungsersuchens wird behauptet, daß sich bei Zeugenaussagen in Jugoslawien eine „große Ähnlichkeit,“ zwischen Christel und der Frau, die das Auto gemietet hat, (mit einem Paß auf den Namen Stadelmann) ergeben hätte - anscheinend reicht es neuerdings für Anschuldigungen aus, wenn man nur so ähnlich aussieht.
2. Die Spitze der Konstruktion von Anschuldigungen ist allerdings die Behauptung, daß sich aus den Stasi-Unterlagen - die seit 1991 in der BRD ausgewertet und verwertet werden - ergeben hätte, daß Christel die Person war, die unter dem Namen Stadelmann das Auto angemietet hätte. In den Stasi-Unterlagen allerdings befindet sich dazu lediglich die Aufzeichnung eines sogenannten Abschöpfungsgesprächs mit einer IM Schäfer. Diese IM berichtet über den Inhalt eines Stern-Artikels (Stern Nr.44/1982) von dem Journalisten

Rudolf Müller, der in diesem Artikel genau diese Behauptung (Christel gleich Stadelmann) aufstellt. So erhalten anscheinend Behauptungen eines Zeitschriftenschreibers Beweiskraft, nur weil sie irgendwo in den Stasi-Unterlagen auftauchen.

3. Im französischen Auslieferungsersuchen wird zwar die falsche Behauptung aufgestellt, daß Christel am 10.6. in Hannover verhaftet worden sei, unterschlagen wird jedoch, daß bereits 1983 in der BRD (Staatsanwaltschaft Hannover) wegen des Anschlags in der Rue Marbeuf gegen Christel ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, das erstmals 1985 eingestellt wurde. 1991 wurde es wegen der Auswertung besagter Stasi-Unterlagen wieder aufgenommen, und 1994 wieder eingestellt. Es hatten sich keine neuen verwertbaren Fakten ergeben, die Staatsanwaltschaft hatte dabei auch die französischen Ermittlungsergebnisse berücksichtigt.

Juristisch betrachtet müßte Christel aufgrund der lapidaren Begründung des Auslieferungsersuchens längst wieder draußen sein. Daß dies nicht der Fall ist, hängt sicherlich mit der gegenwärtigen politischen Situation zusammen, auf die im folgenden eingegangen werden soll.

Zu den Hintergründen des Auslieferungsverfahrens

Genauso wie die BRD verfolgt auch Frankreich das Ziel, die politische Geschichte der Linken der letzten 25 Jahre in ihrem Sinne umzuschreiben.

Christel ist nicht die einzige, die in den letzten Monaten von den französischen Behörden verfolgt wird. Offenbar setzt die französische Justiz alles daran, Menschen, die in den 70er, 80er und/oder 90er Jahren in unterschiedlichen linken politischen Gruppierungen aktiv waren, zu verfolgen. Sie werfen ihnen Verbindungen zu Carlos vor.

Carlos sitzt seit August 94 in Paris im Knast, ihm werden diverse Anschläge angelastet. Der Festnahme

von Carlos im Sudan liegt ein Deal zwischen Frankreich und dem Sudan zugrunde. Die offizielle Erklärung des Innenministers Pasqua nach diesem Coup: „Ein streng und strikt islamischer Staat hat hier auf eklatante Art und Weise mit dem Terrorismus gebrochen.“ Laut Zeitungsmeldungen soll sich Frankreich nun zum einen für die diplomatische Rehabilitierung des Sudan und zum anderen beim IWF für die Stundung der sudanesischen Schulden einsetzen, außerdem erhöhte Frankreich seine humanitäre Hilfe für den Sudan.

Im Auftrag Frankreichs wurden im September 1994 in der Schweiz 4 bekannte schweizer Linke durch die schweizer Staatsanwaltschaft verhaftet, Marina Berta und Georgio Bellini im Tessin, Berte de Marcellus und Olivier de Marcellus in Genf. Ihnen lastet die französische Justiz an, Angehörige der sogenannten Carlos-Gruppe zu sein. Sie sollen an mehreren Attentaten Anfang der 80er Jahre in Paris, Beirut und Wien beteiligt gewesen sein. Der französische Untersuchungsrichter Bruguiere, der jetzt auch gegen Christel ermittelt, reiste zum Verhör in die schweizer Gefängnisse und wartete mit „Beweisen,“ auf, die sie aus den Akten der Geheimdienste Osteuropas mit der ihnen eigenen Phantasie herausgelesen hatten. Es gelang nicht, die Schweizer mit Mordanklagen unter Druck zu setzen. Sie mußten von der schweizer Bundesanwaltschaft wieder freigelassen werden, die Ermittlungen sind jedoch noch nicht eingestellt.

Die Vorgehensweise wird klar: zunächst erfolgen Verhaftungen, gestützt auf nicht spezifizierte Geheimdienstakten. Dann sollen die Verhafteten durch Mordanklagen unter Druck gesetzt werden, um aus ihnen Belastungszeugen gegen Carlos zu machen.

Nach diesem Muster werfen die französischen Behörden Christel den Anschlag in der Rue Marbeuf/Paris im April 1982 vor. Um den Druck auf

Christel verstärken zu können, versuchen die französischen Ermittlungsbehörden in diesem Fall, sie direkt in ihre Hände zu bekommen. Da eine Auslieferung aus der BRD juristisch nicht möglich ist, wurde der internationale Haftbefehl erst zu dem Zeitpunkt ausgestellt, als Christel in Rom eingetroffen war. Frankreich setzt in diesem Fall verstärkt auf die „europäische Zusammenarbeit,,.

In welche Richtung sich die Ermittlungspraktiken Frankreichs im Zusammenhang mit Carlos zuspitzen, zeigt das Verschwinden des Schweizer Bruno Breguet, der 1982 wegen Waffen- und Sprengstoffbesitz in Frankreich zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt und nach 3 _ freigelassen wurde. Im November 95 kam er von Griechenland per Schiff und wollte durch Italien in die Schweiz. Im italienischen Hafen von Ancona wurde er von der italienischen Polizei zur unerwünschten Person erklärt und auf das Schiff, das wieder nach Griechenland fuhr, zurückgeschickt. Seitdem ist er verschwunden. Verschwunden in der Kanalisation eines westeuropäischen Geheimdienstes?

Zur Situation der Auslieferung in der EU

Mit der europäischen Antiterrorismus-Konvention von 1977 und Teilen des Schengener Abkommens ist ein Instrumentarium geschaffen worden, europaweit und darüber hinaus Linksradikale zu verfolgen. Noch gibt

es Widersprüche in den einzelnen Ländern.

Das zentrale Thema auf dem Treffen der Regierungschefs der EU in Madrid im Dezember eirr war die gemeinsame Bekämpfung linker Organisationen wie z.B. der ETA und die Organisierung einer reibungslosen Auslieferung von festgenommenen Oppositionellen.

Folgende Beispiele zeigen, daß diese politischen Bestrebungen hin zu einer vereinheitlichten Auslieferungspraxis in der EU bisher noch nicht reibungslos umgesetzt werden konnten, da einige nationale Gerichte immer noch Auslieferungen verzögern oder ablehnen:

1. Im Oktober 1995 das Berliner Kammergericht. Ramos Vega ist verdächtigt, für die ETA eine Wohnung angemietet zu haben. Er wird in Berlin auf Ersuchen Spaniens verhaftet. Spanien beantragt seine Auslieferung. Das Berliner Kammergericht lehnt ab: die Beweise reichen nicht. Der spanische Botschafter in Bonn interveniert (nach dem obigen Treffen der „Chefs,,). Das Gericht gibt zwischen Weihnachten und Neujahr nach. Die Anwälte haben nun vor dem Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht.
2. Februar 1996: Belgiens Oberster Gerichtshof lehnt die (bereits vom belgischen Justizminister verfügte!) Auslieferung von zwei verdächtigen Basken nach Spanien ab. Daraufhin setzt Spanien Teile des Schengener Abkommens mit Belgien außer Kraft:

keine Auslieferung und keine justizielle Zusammenarbeit mehr! „Belgien ist kein treuer Partner Europas,, schimpfen spanische Politiker und setzen am 21. Februar 1996 eine Sondersitzung der Schengen-Staaten durch. Um den spanisch-belgischen Konflikt zu lösen, wird Italien aufgefordert, eine Regelung zur Auslieferungspraxis in der EU auszuarbeiten. Italien hat z.Z. den EU-Vorsitz. Das Ziel ist, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung, die nationalen Rechtsprechungen außer Kraft zu setzen.

3. Mindestens 3 Jahre - von 1992 bis 1995 - dauerten die Verhandlungen zur 2. Auslieferung von Sieglinde Hofmann, Gefangene aus der RAF, von Frankreich in die BRD. Im 1. Auslieferungsverfahren 1980 hatte Frankreich noch die Auflage gemacht: keine Auslieferung wegen Schleyer und kein lebenslänglich. Damals reichten die von der BRD vorgetragene Beweise nicht für eine solche Verurteilung.

Die Aussagen der Kronzeugen aus der DDR wurden als neue Belastungsargumente eingebracht und von Frankreich anerkannt.

4. 1994 werden vier mutmaßliche Mitglieder der IRA von Frankreich in die BRD ausgeliefert. Für die Taten, mit denen die BRD den Auslieferungsantrag begründet, werden sie vom OLG Celle gar nicht angeklagt. Neue Anklagepunkte werden gegen sie vorgebracht.

5. 1995 lieferte Norwegen nach langen Verhandlungen S. Andrawes in die BRD aus. Sie ist die einzige Überlebende des palästinensischen Kommandos, das die Lufthansa-Maschine 1977 nach Mogadischu entführt hatte. Es ist der BRD gelungen, sie zur Kronzeugin gegen Monika Haas zu machen.

6. 28.10.1995: Christel Fröhlich wird auf Ersuchen Frankreichs in Rom verhaftet. Frankreich verfolgt die Absicht, Christel als Kronzeugin gegen Carlos zu benutzen. Daß dieser Versuch scheitern wird, dessen sind wir sicher!

*Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen,
Gerberstr.6, 30169 Hannover*

CUBA

Der kubanische Osten - auf den Spuren des CHE

Programmrundreise

"Der kubanische Osten - Auf den Spuren des Che",
Santiago de Cuba, Bayamo, in die Sierra Maestra, nach
Havanna.

14 Tg., Flug, Ü/HP, sämtl. Transfers ab DM 2350.-.

Termine: 31.8., 5.10., 16.11., 21.12.

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996
(gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

Initiative aus dem Trikont

Für den Aufbau einer weltweiten anti-imperialistischen Bewegung



Indien, der Sub-Kontinent aus dem Trikont, hatte die Initiative ergriffen. Vom 14. bis zum 17. November 1995 fand in Calcutta eine »Anti-Imperialistische Zusammenkunft« (Anti-Imperialist Convention) statt, vorbereitet von einem Organisationskomitee, das verschiedene politische Kräfte und Persönlichkeiten aus dem Land Mahatma Ghandis zusammenschloß: so fungierte der ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof Indiens, V.R. Krishna Iyer, als Präsident, der ehemalige Rektor der Universität von Calcutta, Sushil Kumar Mukherjee, als Generalsekretär und der Kommunist Manik Mukherjee als Vize-Präsident.

Zu den OrganisatorenInnen, TeilnehmerInnen und SprecherInnen der Zusammenkunft gehörten neben Vertretern verschiedener politischer Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Frauen-Organisationen sowie anti-imperialistischen Basis-Organisationen auch führende Persönlichkeiten und Intellektuelle des Landes, Mitkämpfer Ghandis, ProfessorInnen, KünstlerInnen und SchriftstellerInnen. Trotz aller unterschiedlichen Positionen - geeint in ihren anti-imperialistischen Aktivitäten und Auffassungen.

Neben dieser breiten nationalen Teilnahme waren VertreterInnen aus

Cuba, Rußland, Belgien, Deutschland, Holland, England, Bangladesh, Nepal, Iran und Zaire nach Calcutta gekommen, um ihre Solidarität zu bekunden, aber auch mitzudiskutieren.

Den Auftakt der Anti-Imperialistischen Zusammenkunft bildete ein Massenmeeting auf einem riesigen Feld inmitten der Stadt, zu dem in unübersehbaren Demonstrationen zugenrund 120.000 Menschen strömten, um ihre Unterstützung für die Initiative zu demonstrieren. Beeindruckend war der tosende Beifall für die Rede des cubanischen Genossen, was einmal mehr belegt, wie sehr

Text und Fotos von Michael Opperskalski

Cuba für viele Menschen aus dem Trikont nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Sozialismus in Ost-Europa zum Hoffnungsträger für eine vom Imperialismus unabhängige Entwicklung geworden ist.

Dem öffentlichen Massenmeeting folgte eine Delegiertenversammlung, die drei Tage lang andauerte und in einem Theater der Stadt stattfand. Rund 1000 Delegierte und Persönlichkeiten waren aus ganz Indien zusammengekommen um Aktions- sowie Organisationsvorschläge zu diskutieren. Es lag ein Resolutionsentwurf vor, der im Verlauf der Diskussion an einigen Punkten geändert bzw. ergänzt wurde. (Wer Interesse an dem vollständigen Text hat oder Kontakte zu den OrganisatorInnen der Zusammenkunft sucht, der wende sich bitte an: Michael Opperskalski, Postfach 270324, 50509 KÖLN, Tel/Fax: 0221-175755) Der Resolutionsentwurf wurde am Ende der Versammlung im wesentlichen, bei einigen Veränderungen bzw. Ergänzungen, angenommen sowie ein nationales »Anti-Imperialistisches Forum« gewählt, dem die Aufgabe gestellt wurde, die anti-imperialistische Bewegung in Indien weiter zu verbreitern, zu vertiefen und verschiedene Aktionen in diesem Zusammenhang durchzuführen. Gleichzeitig nahmen sich die indischen OrganisatorInnen vor - und auch diesen Auftrag bekamen sie ganz konkret von der Versammlung gestellt - die Initiative zu ergreifen, um eine Struktur zu schaffen, um international die anti-imperialistische Bewegung zu koordinieren, Informationen auszutauschen, gemeinsame Aktionen international zu beraten und zu organisieren. Das »Anti-Imperialistische Forum« wird als Partnerorganisation zu der in Havanna, Cuba, ansässigen anti-

imperialistischen Organisation Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, OSPAAAL, wirken. Zu diesem Zweck wurde ein internationales »Provisorisches Anti-Imperialistisches Forum« gewählt. Es hat die Aufgabe, entsprechende internationale Kontakte herzustellen und Beratungen durchzuführen. So ist z.B. daran gedacht, Regionalzentren (Afrika, Europa, Asien) ins Leben zu rufen, die dann flexibler und in Aufgabenteilung die verschiedenen anti-imperialistischen Bewegungen, Organisationen, Initiativen und Parteien koordinieren können, wobei Indien als »politische Zentrale« tätig sein soll. Die konkreten Formen und Strukturen sowie die personelle Zusammensetzung werden sich sicherlich in den nächsten Monaten in Rahmen von zahlreichen Diskussionen und Beratungen herauschälen. Tatsache bleibt, diese Initiative aus Indien war angesichts der sogenannten »Neuen Weltordnung«, die uns alle bedroht, überfällig, und es ist gut, daß sie mit Indien aus dem Trikont kommt und auch dort verankert bleiben wird...

Auszüge aus der Resolution der »Anti-Imperialistischen Zusammenkunft« (Anti-Imperialist Convention), 14. bis 17. November 1995:

»Der Imperialismus ist heute die größte Bedrohung der Menschheit. Die aggressiven Pläne und Taten des Imperialismus stellen eine Gefahr für die Demokratie und Freiheit, für die ökonomische Entwicklung und die Sicherheit der Nationen dar, bauen jedoch zudem Hindernisse für die Entwicklung der Natur auf, zerstören die Strukturen der menschlichen Kultur und ihrer Werte.

Rücksichtslose Taten des Imperialismus häufen sich auf der ganzen Welt. Immer neuere und raffiniertere Methoden der ökonomischen Ausbeutung werden ausgeheckt, die die freie Entwicklung ganzer Nationen verhindern. Konflikte zwischen Nationen werden aufgebaut, die in das Ausbrechen lokaler Kriege einmünden. Die politische Einmischung

wächst Tag für Tag, was die Souveränität vieler Nationen in Gefahr bringt.

Zu großer Sorge gibt die Tatsache Anlaß, daß seit der Auflösung des sozialistischen Lagers, mit der ehemaligen Sowjetunion an der Spitze, die Aggressionen des Imperialismus in mannigfaltiger Weise zugenommen haben. In diesen Jahren sind Tyrannei und Oberherrschaft besonders durch die US-Imperialisten in bedrohlicher Art angewachsen. Der Versuch des Pentagon und der CIA, ganze Länder niederzuzwingen, läuft nun ungehindert.

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs strebt der US-Imperialismus nach einer Ausweitung des Netzwerkes von militärischen Stützpunkten in alle Ecken der Welt. Um eine unangefochtene Weltherrschaft zu erlangen, führten sie militärische Interventionen durch, setzten Wirtschaftsblockaden ein, zettelten lokale und regionale Kriege an. Einmal abgesehen von den Zerstörungen und anderen Verlusten, sind die menschlichen Opfer dieser lokalen und regionalen Kriege allein eine Enthüllung des brutalen und men-

schenverachtenden Charakters des Imperialismus.

In der derzeitigen, veränderten Situation bestehen die Routine-Aktivitäten des US-Imperialismus aus Banditentum und Intrigen, dem Einsatz von Agenten in anderen Ländern, dem Rückgriff auf militärische Interventionen im Namen der Verteidigung der Freiheit und Demokratie, der Durchführung subversiver Aktivitäten im Namen der Friedenserhaltung und humanitärer Hilfe, der Kontrolle ganzer Ökonomien von Empfängerländern durch Kredite und wirtschaftliche Hilfe, der rücksichtslosen Ausplünderung im Namen eines freien Handels, dem Anheizen von religiösen, rassistischen und ethnischen Krawallen etc. ...

... Daß es das erklärte Ziel der USA ist, ihre Hegemonie über die Welt

unter dem trickreichen Deckmantel der Herstellung des Friedens auf der Erde, nach dem Ende des sogenannten »Kalten Krieges«, durchzusetzen, wird jeden Tag deutlicher. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die USA - gemeinsam mit anderen Imperialisten - die Vereinten Nationen zu einer Befehlsempfängerin degradiert und so, als UN-Friedenstruppen getarnt, militärische Aggressionen in einem Land nach dem anderen organisiert; in Somalia und Haiti führten die USA diese Angriffe an, in Ruanda wurde der Völkermord von den französischen und belgischen Imperialisten verübt und auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien waren die deutschen Imperialisten zeitweise für die Intervention hauptverantwortlich. Um Länder, unter die US-Hegemonie zu zwingen, setzen die USA einseitig Wirtschaftssanktionen und -blockaden ein. Sie versuchen so, die sozialistische Revolution in Cuba zu strangulieren. Die USA, gefolgt von anderen Partnern im Rahmen der UN, drohen damit, das sozialistische Korea auszuradieren und haben den Irak bereits fast vernichtet, wobei sie bereits zu einem bestimmten Zeitpunkt den Einsatz von Atomwaffen gegen dieses Land in Erwägung gezogen hatten. Die USA versuchen, die NATO-Mitgliedschaft auf Staaten Zentral- und Ost-Europas, ehemalige Sowjet-Republikern und andere Länder auszudehnen, was eine große Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit bedeutet.

Andere imperialistische Mächte schauen nicht tatenlos zu. Die USA, Deutschland und Japan sind die imperialistischen Hauptkonkurrenten, aber Frankreich und England streben ebenfalls danach, ihre Einflußsphären so weit wie möglich auszudehnen, so in West-Asien, in Afrika und im ehemaligen Jugoslawien. Die Widersprüche unter den imperialistischen Mächten, bei denen es um die Versuche geht, ihre Einflußbereiche zu verteidigen bzw. auszubauen, wachsen ständig. Yeltsin's Rußland zeigt ebenfalls imperialistische Gelüste bei seinem Versuch, die Einflußsphären des russischen Kapitals und

Militärs in den GUS-Republiken zu festigen wie am Beispiel des blutigen Krieges in der Tschechoslowakischen Republik zu sehen ist. ...

... Aus objektiven Gründen haben die Imperialisten es bereits seit geraumer Zeit aufgegeben, ihre Kolonien durch eine direkte Besetzung dieser Länder auszuplündern. Dies bedeutet jedoch in keiner Weise eine Veränderung im Charakter des Imperialismus. Die Anwendung von neuen Techniken haben seine Aktionen noch grausamer und rücksichtsloser gemacht. Um die Ökonomie, die Politik, die Kunst, die Literatur und jeden Ausdruck der Kultur im Interesse ihrer Ausplünderung zu kontrollieren, sind die US-Imperialisten heute dabei, Wahlen durch den rücksichtslosen Einsatz ihrer finanziellen Mittel zu manipulieren oder aber ihre Marionetten mit Hilfe von Militärputschen an die Macht zu bringen. Viele Länder - besonders die sogenannten Entwicklungsländer - werden durch Kredite der Weltbank, des IMF etc. wirtschaftlich abhängig und gefügig gemacht. Indem es mehr und mehr in der Schuldenfalle versank, wurde Zaire praktisch bankrott und Mexiko ist nicht mehr in der Lage, den teuflischen Konsequenzen seines Bankrotts zu entfliehen. Außerdem zwingen die Imperialisten die sogenannten Entwicklungsländer, Güter für den Export zu produzieren und sie tauschen diese gegen Kredite oder Hilfsleistungen, die sie auf der Basis von extrem niedrigen Preisen aufrechnen. Und, indem sie die Ernährungskrise ausnutzen, die in vielen sogenannten Entwicklungsländern als Folge zu niedriger Produktion von Nahrungsmitteln entstanden ist, verkaufen die USA ihre Überproduktion an Nahrungsmitteln an diese Länder zu überhöhten Preisen.

Durch die rücksichtslose, einzig am Gewinn orientierte Ausbeutung der Umwelt, die keinerlei Wert auf deren Regenerierung legt, hat der Kapitalismus/Imperialismus ungeheuerere Umweltprobleme erzeugt, die viele aufrecht denkende Menschen alarmiert haben. Die Imperialisten

haben die sogenannten Entwicklungsländer zu ihren Mülldeponien degradiert, indem sie in diese Länder - im Namen von Hilfslieferungen - tödliche Pestizide und andere gefährliche Abfälle, Restmaterialien, Plastik, Metalle, Nebenprodukte etc. exportieren und Fabrikationsanlagen für gefährliche und verbotene Chemikalien aufbauen. Auf diese Weise verseuchen sie die Umwelt der unterentwickelten wie der sogenannten Entwicklungsländer und machen Millionen von Menschen zu Opfern verschiedener Krankheiten, die sie schrittweise einen verfrühten Tod sterben lassen. Während die Imperialisten auf der einen Seite die Umwelt systematisch zerstören, benutzen sie auf der anderen Seite diese Umwelt-

Schritt zu halten. Die Entwicklung der Welt-Handelsorganisation (World Trade Organisation/WTO) bzw. die Globalisierung der Wirtschaft ist nichts anderes als ein neues Instrument, um die Welt durch eine Kontrolle des Weltmarktes friedlich auszuplündern. Dies führt im Ergebnis zu einer Akkumulation immer immenserem Reichtums in den Händen von riesigen multinationalen Konzernen, während die Mehrheit der Menschen auf der Welt in immer extremere Formen der Armut gedrückt werden. Die Liberalisierung der Wirtschaft in Mexiko wurde als Beispiel hingestellt, doch die extreme Krise, die die Wirtschaft dieses Landes nun schüttelt, sollte allen die Augen öffnen für die Konsequen-



problematik, um die sogenannten Entwicklungsländer ökonomisch wie politisch zu dominieren. Sie zwingen diese Länder dazu, umweltfreundliche Technologien einzusetzen, über deren Entwicklung die Imperialisten das Monopol besitzen. Weit davon entfernt, Umweltprobleme zu lösen, verschärfen die Imperialisten sie und versuchen zugleich, von ihnen zu profitieren. ...

... Diejenigen, die glauben, daß weltweiter Wohlstand durch eine Globalisierung und Liberalisierung der Ökonomie erreicht werden kann, befinden sich im Irrtum. Der Imperialismus entwickelt immer neuere Methoden der Ausbeutung, um mit der sich verändernden Situation

zen der imperialistischen Pläne, die gegen die Völker gerichtet sind.

Indien und andere sogenannte Entwicklungsländer, wo die Liberalisierung gerade erst begonnen hat, sind bereits jetzt mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der weiteren Verarmung der auf dem Land lebenden Armen, dem sprunghaften Anwachsen der Kosten für alle Güter des täglichen Bedarfs, einschließlich lebensnotweniger, als Konsequenzen dieser Liberalisierung konfrontiert. Die Situation in noch rückständigeren Ländern ist bereits jetzt weitaus schlimmer.

Nachdem es den Imperialisten zunächst nicht gelungen war, ihre Handels-Konflikte, die im wesentli-

chen darin begründet waren, die sogenannten Entwicklungsländer durch eine Neu-Verteilung des Welt-Marktes unter sich weiter auszubeuten, in verschiedenen Verhandlungen zu lösen, ist es ihnen nun gelungen, den GATT-Vertrag auszuhandeln. Auf der einen Seite werden durch diesen Vertrag Versuche unternommen, alle Barrieren zu zerstören, die bisher die Märkte der sogenannten Entwicklungsländer schützten, auf der anderen werden die Ausbeutungsmechanismen durch Absicherung von Investitionen im Dienstleistungssektor dieser Länder als Alternative zu Investitionen im produktiven Sektoren und zusätzlichen Klauseln wie TRIP (Trade Related Intellectual Property Rights) etc. erweitert, was zudem jegliche Entwicklung in den Bereichen Landwirtschaft, Wissenschaft und Ausbildung bedroht.

In den relativ entwickelten unter den sogenannten Entwicklungsländern entstanden bereits Monopole und das Finanzkapital dieser Länder hat den Imperialisten unter der Akzeptierung einiger Bedingungen die Hände gereicht, um einen Anteil am Welt-Markt zu erhalten. Diejenigen, die nur sehr schwach und sehr unterentwickelt sind, haben den Vertrag unter den derzeitigen Bedingungen akzeptieren müssen.

Das Wachstum der Monopole und des Finanzkapitals und die Bildung von internationalen Trusts und Kartellen läutete die imperialistische Phase des Kapitalismus noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges ein. Dies ist die Basis für die Globalisierung der Ökonomie, die nun in sehr viel weiterem Rahmen durchzusetzen versucht wird; im Namen des »freien Handels« befinden sich die Imperialisten in einem Handelskrieg, bei dem jeder versucht, die Durchdringung der eigenen Märkte zu verhindern, während er gleichzeitig das ungehinderte Recht einfordert, in andere Märkte einzubrechen. Sie reden von »globalen Märkten«, »freiem Handel« etc., aber bauen gleichzeitig regionale Märkte wie den Gemeinsamen Europäischen Markt, NAFTA etc. auf, um die anderen zu bekämpfen. Und es gibt Vereinigungen innerhalb der Vereinigungen.

Heute sind die USA, die Europäische Gemeinschaft und Japan die drei imperialistischen Konkurrenten. Noch bevor die Tinte unter dem GATT-Vertrag trocken war, haben die USA und Japan bereits in das Horn eines scharfen Handelskrieges gestoßen, bei dem jeder auf Kosten des anderen zu gewinnen suchte. Die Handelskriege unter den imperialistischen Mächten weiten sich ständig aus und können, unter bestimmten Bedingungen, in bewaffnete Konflikte ausarten.

Heute hat eine unvorstellbare Rezession die kapitalistische Weltwirtschaft erfaßt und die Imperialisten sind nicht in der Lage, mit dieser ökonomischen Krise fertig zu werden. Um diesem Problem zu begegnen, sind die Imperialisten (zumindest aus der Sicht einiger bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler) gezwungen, die Konsum-Kapazitäten einiger weniger entwickelter Länder zu aktivieren. Um dies zu erreichen, sind sie somit gezwungen, einige Schulden dieser Länder zu streichen und gewisse Investitionen dort vorzunehmen. Doch trotz alledem gibt es keine Hoffnung auf eine Genesung.

Nicht nur in den sogenannten Entwicklungsländern, sondern sogar in den entwickelten imperialistischen Ländern werden tausende von Fabriken geschlossen, Millionen von Arbeitern entlassen und Millionen von Arbeitslosen bevölkern die Straßen. Alle Maßnahmen des Sozialstaates, einschließlich der Hilfen für Arbeitslose, werden gekürzt. Dank der Marktwirtschaft werden nicht nur Arbeitsimmigranten entlassen, sondern auch die Arbeiter der jeweiligen Länder. Die USA, die Nummer Eins unter den imperialistischen Mächten, leidet unter einem defizitären Budget und einer galoppierenden Inflation. Japan und Deutschland, besiegt und zerstört während des Zweiten Weltkrieges und dann unter dem Stiefel des Dollar-Imperialismus, sind nun zu mächtigen Konkurrenten des US-Imperialismus geworden. Frankreich liegt ebenfalls nicht zurück. Der britische Imperialismus, einst die dominierende imperialistische Macht, kann sich immer noch nicht mit seiner derzeitigen

Position abfinden. Auch Japan und Deutschland bereiten sich auf militärische Expansionen vor - natürlich im Namen des Friedens. Frankreich und Deutschland haben bereits die Forderung nach einem Abzug der US-Truppen und nach dem Aufbau von europäischen Sicherheitskräften erhoben. Konflikte um die absolute Kontrolle der Ölquellen und anderer Bodenschätze im Nahen Osten zeichnen sich bereits ab. Frankreich, Deutschland und andere Mächte sind nicht länger bereit, sich dem Diktat des US-Imperialismus zu unterwerfen. Die Konflikte unter den Imperialisten nehmen ständig an Schärfe zu. ...

... Um das Feuer lokaler und regionaler Kriege zu entfachen, ist es für die Imperialisten eine Notwendigkeit, ethnische Konflikte anzuheizen. Dies ist für sie notwendig, nicht nur, um die Waffenverkäufe zu steigern, sondern auch, um ihre Kriegs-Ausgaben zu steigern, Militärbasen und militärische Einheiten im Ausland aufrecht zu erhalten und zu nutzen, obwohl doch der »Kalte Krieg« für beendet erklärt wurde und nun das Zeitalter »friedlicher Konfliktlösungen« und »Friedenserhaltung« ausgebrochen sein soll. Im Namen »friedlicher Konfliktlösungen« verschärfen die Imperialisten ihren Griff nach den sich in Konflikt befindlichen Nationen. Die Bedeutung dieser lokaler Konflikte ist nicht auf ihre Grenzen beschränkt, da die Imperialisten direkt in diese Konflikte militärisch verwickelt sind. Mehr noch, jene sogenannten Entwicklungsländer, die in lokale Konflikte verstrickt sind, geben den Löwenanteil ihrer Staatseinnahmen für Kriegsvorbereitungen auf Kosten von Entwicklungsprojekten ihrer Länder aus, was direkt zu einer immensen Verschlechterung der Lebenssituation der betroffenen Völker führt.

Das imperialistische Lager entwickelt eine mächtige und effektive Propaganda- und Kommunikationsmaschinerie, besonders Fernseh- und Radio-Netze sowie Telekommunikationsnetze mit globaler und regionaler Basis. Diese Maschinerie wird zur ideellen und kulturellen

Degeneration der arbeitenden Massen und der Jugend, genutzt, um die öffentliche Meinung im Sinne der imperialistischen Pläne zu beeinflussen und eine reine Konsum-Mentalität zu erzeugen. Dies hat sich als sehr wirksam erwiesen, revolutionäre Bewegungen erst überhaupt nicht entstehen zu lassen.

Daher ist der Imperialismus heute eine große Bedrohung für den Weltfrieden, die Freiheit und Demokratie. Somit ist es die Aufgabe der Stunde, jetzt und heute eine mächtige anti-imperialistische Volksbewegung überall auf der Welt aufzubauen, um den imperialistischen Intrigen, der Einmischung, der Intervention und den Kriegsplänen Einhalt zu gebieten. Dies wird zur Geburt einer militanten Friedensbewegung führen, die hilfreich sein wird für die Emanzipation der arbeitenden Menschen der Welt.

Es gibt einen Hoffungsstrahl - das ist die täglich überall wachsende Stimmung der Völker gegen die imperialistische Aggression und Kriegspläne. Es ist daher die Pflicht der fortschrittlichen Kräfte, in dieser Situation aufzustehen und die Aufgabe zu übernehmen, den wachsenden anti-imperialistischen Gefühlen der Menschen eine organisatorische Gestalt zu geben.

Es ist zudem die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte, ihre Solidarität mit den Menschen auszudrücken, die auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion leben und gegen die Restauration des Kapitalismus und für die Wiederherstellung eines sozialistischen Staates als freiwilliger Union der Völker und als mächtiges Bollwerk für Frieden und Demokratie kämpfen.

Es ist wichtig, sich dabei zu erinnern, daß wir, während wir die anti-imperialistischen Kämpfe führen, zugleich die Aufgabe haben, die Besonderheiten und eigenen Wege der verschiedenen Länder in der derzeitigen, veränderten internationalen Situation zu analysieren:

1. Die Probleme der arbeitenden Menschen in den traditionellen imperialistischen Ländern können nicht gelöst werden, ohne die gegen das Volk gerichtete Politik der jewei-

ligen Regierungen zu bekämpfen; um diese Kämpfe zum Erfolg zu führen und die Menschheit von der imperialistischen Bedrohung zu retten, müssen die Menschen in diesen Ländern ihren Kampf zur Niederringung der imperialistischen Pläne in brüderlicher Verbundenheit mit den kämpfenden Menschen der Welt führen;

2. Seit die Herrschenden in den relativ entwickelten Ländern unter den sogenannten Entwicklungsländern dem GATT-Vertrag oder der WTO im Interesse ihrer Monopole gegen alle Sektoren der arbeitenden Massen ihrer Länder beigetreten sind, bedeutet dies für die Menschen dieser Länder, daß sie, um die Globalisierung, Liberalisierung und andere imperialistische Pläne niederringen zu kön-



nen, Bewegungen ins Leben rufen müssen, die neben dem Imperialismus auch ihre Regierungen bekämpfen;

3. Jene Länder, die von einer direkten militärischen imperialistischen Aggression bedroht oder ökonomischen Blockaden ausgesetzt sind, oder jene Länder, die aus Rückständigkeit oder der Situation heraus gezwungen waren, der WTO beizutreten, befinden sich in einem bitteren Widerspruch mit dem Imperialismus. Dieser Widerspruch muß im Sinne des anti-imperialistischen Kampfes ausgenutzt werden, aber in solchen Fällen müssen die arbeitenden Massen dieser Länder eine führende Rolle spielen

Diese Zusammenkunft ruft die Menschen in allen Ländern - unabhängig von ihrer Religion, Überzeugung, Hautfarbe oder Sprache - auf, mächtige Massenbewegungen ins Leben zu rufen, die fordern:

— die militärische Präsenz von anderen Ländern in jeglicher Form und mit welcher Begründung auch immer, auf dem Land, dem Wasser oder in der Luft muß sofort beendet werden;

— imperialistische Einmischung und Intervention jeglicher Art in andere Länder muß gestoppt werden;

— die ökonomische Blockade gegen das sozialistische Cuba, die von der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder der UN-Vollversammlung in den vergangenen drei Jahren verur-

teilt wurde, muß sofort aufgehoben werden;

— Handelssanktionen und ökonomische Blockaden gegen Iraq, Iran, Libyen und andere Länder, bei denen die UN als Befehlsempfängerin fungiert, müssen sofort aufgehoben werden;

— alle nuklearen Waffenarsenale müssen sofort zerstört werden und ein striktes und totales Verbot für die Produktion von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen sowie Waffen, die zum Völkermord geeignet sind, einschließlich jeglicher chemischer Waffen, muß sofort durchgesetzt werden;

— Regelungen und Bedingungen der Weltbank und des IMF, sowie des GATT-Vertrages, die darauf abzielen,

den Imperialisten einen ungerechten Vorteil bei der Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen der sogenannten Entwicklungsländer einzuräumen, müssen sofort getilgt werden;

— die NATO, jener aggressive militärische Block, der eine große Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Europa und für den Nahen Osten darstellt, muß sofort aufgelöst werden;

Organisatorische Aufgaben

Diese Zusammenkunft ruft alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen der verschiedenen Länder auf, die Initiative zu ergreifen, um Anti-Imperialistische Foren unter Einsatz angemessener Mittel ins Leben zu rufen. Diese Organisationen sollten eine Basis haben, die so breit wie möglich ist und deren Programm gemeinsam ausgearbeitet wurde, so daß alle zustimmen können. Das grundsätzliche Herangehen sollte sein, daß wir »gegen ungerechte Kriege sind - gegen Annexions- und Aggressionskriege«.

Die anti-imperialistischen Organisationen der verschiedenen Länder sollten es sich zur Aufgabe machen, eine internationale Organisation ins Leben zu rufen, die in der Lage ist, die anti-imperialistischen Kämpfe durch gegenseitige Konsultationen koordinierend zu führen.

Aufgaben, die vor uns liegen

Die Aufgaben der anti-imperialistischen Organisationen sollten sein:

1. Durch Diskussionen, Seminare, Zusammenkünfte, die Veröffentlichung von Informationsbulletins, Magazinen etc. - aber auch durch Alphabetisierungskampagnen - die Aufmerksamkeit in allen Bereichen der Bevölkerung auf die Gefahren und Pläne des heutigen Imperialismus zu lenken;
2. Alle anti-imperialistischen Kräfte der Welt zu einen und auf Basis dieser Einheit eigene Propaganda- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Das Ziel dieser Strukturen sollte es sein, revolutionäre, ideell-kulturelle Bewegungen ins Leben zu rufen, die öffentliche Meinung zugunsten des Sozialismus, des Friedens, der Demokratie und der Revolution zu beeinflussen sowie die imperialistische Desinformation, Illusion und Planung zu bekämpfen;
3. Bewegungen zu organisieren, die alle gesellschaftlichen Bereiche einschließen, um die jeweiligen Regierungen dazu zu zwingen, sich nicht den imperialistischen Plänen, insbesondere den imperialistischen Kriegsplänen, zu beugen;
4. Organisationen und Institutionen zu identifizieren, zu entlarven und zu bekämpfen, die im Gewand öffentlicher, humanitärer Hilfe und philanthropischer Ideologien Riesensummen Geldes an Unterstützung von multinationalen Konzernen und anderen

imperialistischen Institutionen erhalten. Es ist ihr Ziel, ihre Macht und ihren Einfluß auszuweiten, um zu gegebener Zeit die Interessen der Imperialisten verteidigen zu können:

5. Weltweite Widerstandsbewegungen zu organisieren, wann immer der Imperialismus versucht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen oder in andere Länder interveniert;
6. Eine kriegführende Nation oder Nationen - im Falle des Krieges - zur Beendigung des Krieges zu zwingen. Dies kann durch einen Streik der Arbeiter dieses Landes bzw. dieser Länder geschehen, insbesondere, indem sich die Arbeiter weigern, Kriegsmaterialien zu produzieren oder zu transportieren;
7. Eine Gruppe von Freiwilligen in jedem Land aufzubauen, die die Rolle als führende Kämpfer im Kampf gegen den Imperialismus zu spielen haben.
8. Aktive Massenbewegungen gegen Waffenkäufe von imperialistischen Ländern und Militär-Pakte mit diesen zu organisieren;
9. Eine unüberhörbare Bewegung zu organisieren, die lokale Kriege und die Vorbereitung für diese beendet.

Diese Zusammenkunft gründet hiermit ein „All-Indisches Anti-Imperialistisches Forum,“ (All India Anti-Imperialist Forum) und stimmt darin überein, regionale Zentren ins Leben zu rufen, die die Aufgabe haben, Bewegungen gegen jegliche Form imperialistischer Machenschaften zu organisieren.

Diese Zusammenkunft hat ferner beschlossen, diese Bewegungen auf internationaler Ebene zu koordinieren, wobei die Möglichkeiten genutzt werden sollen, die sich zu gegebener Zeit entwickeln.

Autor Michael Opperskalski hat als Redakteur von GEHEIM und Herausgeber der englisch-sprachigen „Schwestermagazins, TOP SECRET an der „Anti-Imperialistischen Zusammenkunft,“ in Indien teilgenommen. Wer Interesse an einer Zusammenarbeit hat, wende sich bitte an: Michael Opperskalski, Postfach 270324, 50509 Köln, Tel/Fax: 0221-175755.

CUBA Leben und Arbeit

Programmrundreise "Leben und Arbeit"
- eine Reise (nicht nur) für GewerkschafterInnen.

Havanna, Cienfuegos, Trinidad, Playa del Este. Kuba kennenlernen, das Land, die Situation, die Lebens- und Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten - durch den direkten Kontakt mit kubanischen Kolleginnen und ihren gewählten RepräsentantInnen in den Gewerkschaften.

Flug, 13 Ü/HP, Transfers ab DM 2295.-

Termine: 27.4. (Teilnahme an der 1. Maikundgebung in Havanna), 5.10.

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996 (gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln

Peru-

★ zwischen Neoliberalismus und Repression

In den besten Sendezeiten zwischen zwei Folgen der beliebten Telenovelas brachte das peruanische Fernsehen einen bemerkenswerten Spot. Eine schwere Stahltür schnappt langsam zu und eine sonore Stimme warnt: „Wer sich an staatsfeindlichen Aktivitäten beteiligt, wird für immer hinter dieser Stahltür verschwinden,,“.

Manche verschwinden auch gleich ganz. Nach Angaben von amnesty international sind seit 1980 Tausende Menschen spurlos verschwunden. Die Meisten sind wohl nicht mehr am Leben. Schwere Folter ist auch heute noch in den Gefängnissen an der Tagesordnung. Der Terror richtet sich längst nicht nur gegen den bewaffneten linken Widerstand, wie die peruanische Regierung und die Medien zu behaupten nicht müde werden. Im Visier der Repressionsorgane stehen vielmehr anarchistische MilitärgegnerInnen, linke RechtsanwältInnen, JournalistInnen sowie Mitglieder von Bauern- und Gewerkschaftsorganisationen.

Situation der Menschenrechte

Erst im November machte ai in einer Eilaktion (urgent action) auf Todesdrohungen gegen sieben Mitglieder des in Lima ansässigen Büros der Vereinigung der Menschenrechte (APRODEH) aufmerksam. Unterschrieben war diese Drohung „mit freundlichen Grüßen von der Gemeinde Colina,,. Die „Grupo Colina,, ist eine Todesschwadron, die u.a. für ein Massaker an der Universität von La Cantuta im Jahre 1995 verantwortlich war. Damals wurden neun StudentInnen und ein Professor entführt und später ermordet aufgefunden. Die Leichen wiesen Folterspuren auf. Die Opfer des Massakers von La Cantuta wurden als Mitglieder der

maoistischen Guerilla Sendero Luminoso bezeichnet. Wegen des internationalen Aufsehens wurden mehrere Militärangehörige zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Rahmen einer Amnestie kamen sie allerdings schon im Sommer frei. An der Aufklärung des Verbrechens waren die mit dem Tod bedrohten MenschenrechtlerInnen führend beteiligt. Unter ihnen ist der bekannte Rechtsanwalt Heriberto Benitez, der frühere Offizier Rodolfo Robles, der gegen seine Kameraden aussagte sowie zwei Angehörige der ermordeten StudentInnen.

Natürlich gelten für die bewaffnet kämpfende Linke in Peru erst recht keine Menschenrechte. Unmittelbarer Anlaß für die letzte Repressionswelle war die Verhaftung von 30 Mitgliedern der Guerillaorganisation Tupac Amaru (MRTA) in Molina, einem Stadtteil von Lima. In einer Erklärung der Nationalen Leitung der MRTA heißt es, die Verhafteten gehörten zu einem Kommando, das das peruanische Parlamentsgebäude besetzen und die Abgeordneten als Geißeln gegen MRTA-Gefangene austauschen wollte.

US-amerikanische Journalistin verhaftet

Zeitgleich wurde die US-amerikanische Journalistin Lori Berenson aus einem öffentlichen Bus heraus verhaftet. Sie ist seit Jahren in der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua und El Salva-

dor aktiv und hatte ein Interview mit MRTA-Kadern geplant. Von den peruanischen Behörden wurde sie beschuldigt, Waffen für die MRTA geschmuggelt zu haben. Im Schnellverfahren wurde sie mit den Gefangenen von Molina von einem mit Kapuzen maskierten Militärtribunal zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Ihre Verurteilung erregte Aufsehen, sehr zum Mißfallen der peruanischen Behörden und Presse. Die Zeitung El Comercio schrieb, daß die peruanischen Behörden von dem internationalen Interesse an dem Fall Lorie Berenson beunruhigt sind. Ein Grund für das Interesse waren sicherlich auch die Aktivitäten von Berensons Eltern. Gemeinsam mit dem ehemaligen US-amerikanischen Staatsanwalt Ramsey Clark warfen sie den peruanischen Behörden vor, ihre Tochter ohne einen Beweis verurteilt zu haben und forderten auf einer Pressekonferenz in Lima die Überstellung ihrer Tochter in ein Gefängnis in der Nähe ihrer Heimatstadt. Diese Möglichkeit wurde aber von den peruanischen Behörden und vom peruanischen Präsidenten Fujimori höchstpersönlich abgelehnt. Ebenso wird Berensons Eltern eine Besuchserlaubnis für ihre Tochter verweigert. Diese Ablehnung wurde mit der Allgemeingültigkeit des peruanischen Strafrechts begründet. Danach dürfen politische Gefangene im ersten Jahr überhaupt keinen Besuch erhalten, danach ist der Besuch eines Familienangehörigen für eine halbe Stunde pro Monat erlaubt.

Die Diskussion um Lori Berenson schlug so hohe Wellen, daß sich der US-amerikanische Botschafter in Lima Alvin Adams einschaltete und den Respekt vor der „souveränen Entscheidung der peruanischen Behörden,, betonte. Fujimori wiederum kam wohl mit seiner Behauptung, daß die Verurteilung auch im Interesse der USA ist, der Wahrheit sehr nahe. Natürlich hat die USA keinerlei Interesse, sich für die Freilassung von radikalen Linken einzusetzen. Im Gegenteil, es ist bekannt, daß die

Repressionsorgane der USA in die Verfolgung linker WiderstandskämpferInnen führend involviert sind.

Repression kennt keine Grenzen

Auch eine im Ausland weitgehend unbeachtet gebliebene Verhaftungswelle von ExilperuanerInnen in Perus Nachbarländern Bolivien und Uruguay war nach den Verhaftungen in Molina zu verzeichnen. Die Menschen werden von den peruanischen Behörden als MRTA-UnterstützerInnen bezeichnet. 13 PeruanerInnen in verschiedenen bolivianischen Städten wurden zu einem Zeitpunkt verhaftet, als der peruanische Außenminister dem Land einen Besuch abstattete. Zuvor war die bolivianische Polizei von der peruanischen Grenzpolizei infiltriert worden Große Sorgen machen sich die Solidaritätsgruppen um Elizabeth Ochoa Mamani, die seit 1994 als anerkannter Flüchtling in Bolivien lebt. Sie wurde nach ihrer Verhaftung gefoltert und von ihren 2 kleinen Kindern getrennt, deren Aufenthaltsort ebenfalls unbekannt ist. In Uruguay wurden die ExilperuanerInnen Miguel Samaniego und Silvia Gora Rivera mit ihrer 4 Jahre alten Tochter in Auslieferungshaft genommen.

Die peruanischen Medien fahren schon seit langem eine Kampagne gegen die angeblich zu liberale Gesetzgebung dieser Länder, die als Rückzugsgebiet für bewaffnete Linke bezeichnet werden. Damit will die peruanische Regierung von der Tatsache ablenken, daß auch 6 Jahre nach Fujimoris Regierungsantritt und seinen vollmundigen Erklärungen, „den Terrorismus mit allen Mitteln zu vernichten,“ weiterhin bewaffnete Widerstandsaktionen in Peru stattfinden.

Es wird jetzt befürchtet, daß unter peruanischer Federführung die Repression in Lateinamerika bald grenzenlos sein wird. Dabei werden Erinnerungen an die Regierungszeit der faschistischen Militärregierungen wach. Damals wurden RegierungsgegnerInnen grenzübergreifend in Uruguay, Bolivien, Chile und Argentinien verhaftet und ermordet.

Peru war damals nicht involviert, weil die sogenannten ‚roten Militärs‘, die damals das Land regierten, einen sozialreformistischen Kurs fuhren. Deren Elan bei der Bildungs- und Landreform währte allerdings nur kurze Zeit. Allerdings hatte ihre Politik mehrere unbeabsichtigte Folgen. Ihre blockfreie Außenpolitik hat bis heute Spuren hinterlassen, in der Bewaffnung der peruanischen Armee mit sowjetischen und kubanischen Waffen. Und noch auf einem anderen Sektor hinterließen die Militärsozialisten unbeabsichtigte Spuren. Im Rahmen der Bildungsreform wurde die Universität in Ayacucho gegründet, damit auch die indigena Bevölkerung aus dem peruanischen Hochland in den Genuß von Bildung kommen konnte.

Sendero organisierte die indigene Bevölkerung

Die StudentInnen lasen auch Marx und Mao und brachten deren Schriften mit ihrer Situation in Verbindung. Hier war die Keimzelle des Sendero Luminoso, die sich zur erfolgreichsten maoistischen Guerilla Anfang der 90er Jahre entwickelte. Der Vorsitzende Abimael Guzman war Philosophieprofessor an der Universität. Sie bekam Zulauf unter der indigenen Bevölkerung, die von der weisen Linken bisher einfach ignoriert wurde. Die organisierte ihre Mitglieder in den wenigen großen Städten, wie Lima und Trujillo. Die andine Bevölkerung blieb ihnen fremd. Nach ihrer vulgärmarxistischen Theorie war deren Leben rückständig. Sie würden früher oder später in den Elendsvierteln Limas landen und dort ihre Arbeitskraft anbieten, wo sie dann organisiert werden konnten. Tatsächlich war und ist die Landflucht enorm. Sendero allerdings begann die andinen Menschen in ihren Orten zu organisieren, denn nach ihrer Mao-Rezeption wollten sie die Städte vom Land her einkreisen.

In der Provinz Ayacucho waren sie damit auch erfolgreich. Allerdings dachten die Sendero-TheoretikerInnen nicht daran, sich in Indios zu verwandeln. Ihr Ziel war der Machtkampf mit der peruanischen Regie-

runge. Der wurde allerdings nicht im unwegsamen Bergland sondern in der Metropole Lima gesucht. Das brachte das Militär in Zugzwang, das bisher den Krieg in den Bergen eher ignoriert hatte. Außerdem geriet Sendero bei ihrer Rekrutierung in den Barrios von Lima in Konflikt mit anderen linken Gruppen, die dort, anders als in den Bergdörfern, ebenfalls organisiert waren. Ein heftiger, manchmal blutiger Machtkampf war die Folge. Dabei gelang es Sendero zunehmend bis 1993 Einfluß in den Barrios zu gewinnen, vor allem unter Indigenas. Dafür büßte sie in Ayacucho schon Anfang der 90er Jahre ihren Einfluß weitgehend ein. Das Militär bewaffnete im Zuge der Aufstandsbekämpfung LandarbeiterInnen, die sogenannten Rondas Campesinas. Jeder, der auch nur in Verdacht geriet, mit Sendero zu sympathisieren, wurde erschossen. Viele Indigenas flohen vom Land in die Stadt. Die Regierung feierte die Geflohenen als HeldInnen, die Sendero widerstehen. Dabei sagen viele MigrantInnen, daß sie auch vor den Militärs geflohen sind.

Die Verhaftung Abimael Guzmans im September 1995 und die nachfolgende Debatte um seine angeblichen Friedensvorschläge spalteten die Organisation. Der größte Teil auch der Gefangenen steht mittlerweile auf Seiten der Friedensvorschläge. Dabei gehen sie nicht von einer Niederlage aus, sondern geben sich streng maoistisch. Ähnlich wie Mao während der japanischen Besatzungszeit mit dem Nationalistenführer Tschiang-Kaischek paktierte, so sei heute während Peru vom US-Imperialismus bedroht sei, ein Bündnis möglich. Die Herkunft dieser Friedensbriefe ist bis heute unklar. Erst vor kurzem verlangten 500 Sendero-Gefangene einen öffentlichen Fernsehauftritt von Abimael Guzman, wo er die Vorschläge wiederholen solle. Danach würden sie entscheiden, ob sie sich diesen Friedensvorschlägen anschließen könnten. Auch dieser Vorschlag wurde erwartungsgemäß von der Regierung abgelehnt. Fujimori ließ erklären, Guzman sei so schwer erkrankt, daß er

höchstens noch 5 Jahre zu leben habe. Bis dahin würde er das Sonnenlicht nicht mehr sehen. Guzman ist in einem unterirdischen Bunker untergebracht. Gegenüber einer Delegation des

★ Roten Kreuzes anlässlich eines Wirtschaftsgipfels in der Schweiz wiederholte Fujimori diese Ansicht. So lassen sich auch die zeitweise in der europäischen linken Presse, wie der Schweizer Wochenzeitung (WOZ), veröffentlichten Berichte über eine Vorzugsbehandlung von Guzman nicht bestätigen. Die in Uruguay lebende WOZ-Journalistin Gaby Weber schrieb mir auf Grund meiner Anfrage auf die Quellen ihres Artikels, Guzmans Privilegien seien allgemein bekannt. Allerdings wissen auch erklärte Sendero-GegnerInnen in Peru davon nichts.

Verhaftung von ‚legalen SenderistInnen‘

Zur Zeit berichtet die peruanische Presse häufig von Prozeßen gegen angebliche SenderistInnen, die meistens zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt werden. Dabei handelt es sich um legal lebende ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, ProfessorInnen, denen die Mitgliedschaft in Sendero-Vorfeldorganisationen zur Last gelegt wird. Nach Beweisen fragt unter den peruanischen Verhältnissen kaum jemand. Wer es täte, säße sicher selber bald auf der Anklagebank. Nicht zufällig sind unter den Verurteilten Rechtsanwälte von Senderokadern. Den MedizinerInnen wird pauschal die Verarztung verletzter Guerilleros/as unterstellt.

Ob Sendero oder die MRTA wieder Zulauf bekommen werden, ist schwer einzuschätzen. Zur Zeit profitiert von der herrschenden Perspektivlosigkeit der Technokrat Fujimori, der es schaffte, Peru eine neoliberale Wirtschaftspolitik aufzuoktroieren. Anders als Perus Nachbarländer blieb Peru in den 70er Jahren davon verschont. So stärkten die schon erwähnten „roten Militärs“, den Staatssektor in der Ökonomie und die nachfolgende APRA-Regierung vertrat ebenfalls das Konzept einer gemischten Wirtschaft.

Die Rolle des Aprismus

Das lag in der Tradition des Aprismus, dessen Gründer Haya de la Torre in den zwanziger Jahren mit führenden RevolutionärInnen wie Mariategui und Sandino konferierte. Er gründete aber mit dem Aprismus eine Bewegung, die den Klassenkampf vehement ablehnte und ein Bündnis mit dem heimischen Kapital anstrebte. Durch den Aufbau von Parteimilizen verglichen manche die APRA mit Mussolinis FaschistInnen. In den 70er Jahren näherten sie sich der Sozialdemokratie und wurden Mitglied in der Sozialistischen Internationale. An der Frage des Verhältnisses zur APRA spaltete sich das Bündnis der Linksparteien „Izquierda Unida“, die sich bis Mitte der 80er Jahre Hoffnung auf eine Regierungsübernahme machte. Nachdem deren Vorsitzender Barrantes den wichtigen Posten des Bürgermeisters von Lima übernommen hatte, sprach er sich für ein Zusammengehen mit der APRA aus und leitete damit die Zersplitterung der Izquierda Unida ein, die mittlerweile in der peruanischen Innenpolitik keine Rolle mehr spielt. Die APRA spielte während der Regierungszeit ihres letzten Präsidenten Alan Garcia auf der sozialdemagogischen Klaviatur, propagierte einen Schuldenrückzahlungsboykott und verstaatlichte die Banken. Das mobilisierte das reaktionäre BürgerInnentum. Als dessen Präsidentschaftskandidat trat der Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, ein glühender Antikommunist und erklärter Feind Fidel Castros, zu den Wahlen 1990 an. Er wurde als Favorit gehandelt und verlor gegen den weitgehend unbekanntem Technokraten Fujimori. Der setzte als erste Maßnahme das Wirtschaftsprogramm seines unterlegenen konservativen Herausforderers in die Tat um. Der sogenannte Fujimori-Schock löste wenig Proteste aus, obwohl der Wegfall von Subventionen, die damit verbundenen Preiserhöhungen, sowie die Verlängerung von Arbeitszeiten die breite Masse betraf. Mit Fujimori hielt der Neoliberalismus in Peru Einzug. Zur Zeit wird die Privatisierung der peruanischen Erdölindustrie Petro-Peru debattiert. Die Vorbehalte der

Opposition beziehen sich im Wesentlichen darauf, daß jede Beteiligung von ecuadorianischem oder chilenischem Kapital an Petro-Peru ausgeschlossen werden soll. Diese Länder haben alte Grenzstreitigkeiten mit Peru, die auch durch den jüngsten Vertragsabschluß zwischen Ecuador und Peru nur notdürftig kaschiert werden.

Die Kritik der APRA an der Fujimori-Regierung bewegt sich ebenfalls ganz in rassistischen Spuren. Mit Fujimori will die „japanische Rasse“, die Herrschaft über Peru übernehmen, sagte mir ein APRA-Funktionär bei einem Besuch im Parteigebäude im Zentrum Limas. Dort drängeln sich die Menschen, allerdings nicht um den historischen Reden von Haya de la Torre zu lauschen, die dort ständig untermalt mit melancholischer Musik den Platz beschallen. Die Menschenmassen stellen sich zur kostenlosen medizinischen Behandlung an, die im Parterre des Parteibüros angeboten werden. Mit solchen Sozialmaßnahmen und ihrem weitgehend intakten Parteiapparat versucht die APRA, das durch die Korruptionsskandale der Garcia-Regierung verloren gegangene Vertrauen langsam zurück zu erobern.

Politische Beobachter in Peru sehen ein Comeback der APRA wahrscheinlicher, als das erneute Erstarren einer linken Alternative. Allerdings gibt sich Fujimori bisher siegessicher und plant schon über das Jahr 2000 hinaus. Unterstützt wird er dabei von einer willfährigen Presse, die tagtäglich bis zu drei Präsidentenfotos in einer Ausgabe plazierte. Eines dieser Boulevardblätter noch unter Bildzeitungs-Niveau nennt sich „El Chino“, nach Fujimoris Spitznamen. Allerdings wurde in der Frage der Petro-Peru-Privatisierung erstmals ein stärkerer Widerspruch von großen Teilen der Bevölkerung zur Regierungspolitik deutlich. Auch soziale Proteste verschiedener Gruppen finden tagtäglich auf den verschiedensten Straßen und Plätzen Perus statt. So demonstrierten ca. 2000 StudentInnen in der Hochburg des andinen Wintersports, in Huaraz, gegen die korrupte Unileitung. Hungerstreiks entlassener ArbeiterInnen

dauerten mehrere Wochen. Allerdings werden solche Proteste von den Massenmedien in der Regel ignoriert.

„Uns fehlt die Option für die Armen,“, klagte der 80jährige Antonia in Ayacucho. Die bewaffnete Guerilla, so kritikwürdig er ihre Aktionen im Einzelnen auch fand, zeigten den Reichen allein durch ihre Existenz, eine völlig andere Gesellschaft ist denkbar. Jetzt fürchten die Neureichen von Miraflores (Nobelstadtteil von Lima P.N.) höchstens noch Gott. Sie tragen ihren Reichtum stolz und arrogant zur Schau, „Aber Antonio ist sicher: „Solange es die sozialen Probleme gibt, werden Menschen Mittel und Wege finden, diese zu beseitigen.“

Peter Nowak

leserbrief

An die cl-Red., z.Hd. Marianne Schweinesbein

Betreff: Leserbrief zum Bericht über die BDK von Christa und Sabine von der FG Nürnberg

Ich halte den o.g. Bericht im großen und ganzen für gelungen und präzise zusammengefaßt. Allerdings ist für mich nicht nachvollziehbar, weshalb unter dem Absatz „Vorstandswahlen“ nicht auf nähere Umstände eingegangen und Namen genannt werden. Ich denke, daß die Mitglieder der FG ein Recht darauf haben, zu erfahren, wer warum aus dem BV ausgeschieden ist und, vor allem, wer nunmehr Mitglied des Bundesvorstands ist!

Diese Fakten seien hiermit nachgereicht:

Aus dem BV ausgeschieden sind

Kalle Sabelleck, bereits im März '95 aus gesundheitlichen Gründen;

Gabi Strohleim; aus persönlichen Gründen;

Harry Hoppe; aus beruflichen Gründen;

Heinz-W. Hammer; aus gesundheitlichen Gründen.

Festgestellt sei auch, daß den bei der BDK anwesenden zurückgetretenen BV-Mitgliedern von den Delegierten der Dank für die geleistete Arbeit sowie das Vertrauen ausgesprochen wurde.

hWh.

Lieber hwh, liebe LeserInnen,
leider lag uns kein entsprechender Artikel vom Vorstand vor, wir würden eine persönliche Vorstellung der BV-Mitglieder natürlich sofort drucken.
Die Redaktion

Expolingua '96 in Havanna

und

5. Konferenz der Internationalen

Akademie Linguistischer Gesetze (IALL)

Seit ihrer Gründung 1984 hat sich die IALL (International Academy of Linguistic Law) zu der bedeutendsten internationalen wissenschaftlichen Organisation im Bereich des vergleichenden Sprachrechts entwickelt. Ihr gehören RechtsanwältInnen, SprachforscherInnen und andere WissenschaftlerInnen an sowie weltweit Menschen, die sich für die Verwobenheit der verschiedenen rechtlichen und linguistischen Normen in der Sprachgesetzgebung interessieren. Seit 1988 werden alle zwei Jahre internationale Kongresse organisiert, die in den letzten Jahren z.B. zu den Themen »Sprache und Recht in multilingualer Umgebung« ('90 in Hongkong) oder »Sprache und Gleichberechtigung« ('92 in Pretoria, Südafrika) statt.

»Recht, Sprache und Autochtonität«

das ist das übergreifende Thema der 5. Konferenz, die in Havanna, von 22. bis 27. April, im Rahmen der Aus-

stellung »EXPOLINGUA HABANA '96« durchgeführt wird. Vier regional differenzierte Arbeitsgruppen werden geleitet von Dr. Yvo J.D. Peeters, Sekretär von IALL Europa, (Sektion: Europa), Professorin Sylvie Léger, Rektorin des Canadianischen Zentrums für Sprachrecht an der Universität Ottawa (Sektion: Nordamerika), Dr. Durán Ayaneguy, Rektor der Universität Costa Rica (Sektion: Lateinamerika) und Prof. Dr. Yoro Fall, Universität Dakar, Senegal, Mitglied der UNESCO Weltkulturkommission (Sektion: Africa/Asien).

Weitere Informationen über:

5th Conferende of IALL
EXPOLINGUA HABANA '96
Organizing Committee
Capitolio, P.S.BOX. 2014
La Havana 10200. Cuba
Tel. 00537-62-6531
Fax 00537-33-8237;
-62-6501.
e-mail:ctteceniai.cu

Europatreffen der Cuba-Solidarität

10. bis 12. Mai 1996
in Bolzano (Bozen), Italien

Zum ersten Mal seit '92 findet das Europatreffen der Solidarität mit Cuba wieder auf unserem Kontinent statt. Eingeladen hat die Freundschaftsgesellschaft Italien-Cuba. Teilnehmen wird u.a. auch der Präsident des ICAP, Sergio Corrieri.

Anmeldung von
GruppenvertreterInnen
(bis 7.4.) und weitere
Informationen beim
Netzwerk Cuba,
Tel.: 0228/24 15 05

Nachruf Bartl Winter

★ Unser lieber, immer engagierter Cuba-Freund Bartholomäus Winter aus Augsburg ist tot. Er verstarb am 10. Dezember bei einem Unfall.



Bartl wurde am 10.3.1920 als Kind von Landarbeitern in Augsburg geboren. Schon während der Schulzeit mußte er sich im Allgäu als Hirtenjunge verdingen. In seiner Jugend arbeitete er als angelernter Dreher bei MAN. Im Krieg mußte er gegen die Sowjetunion kämpfen. Ab 1943 kam er dort in Gefangenschaft.

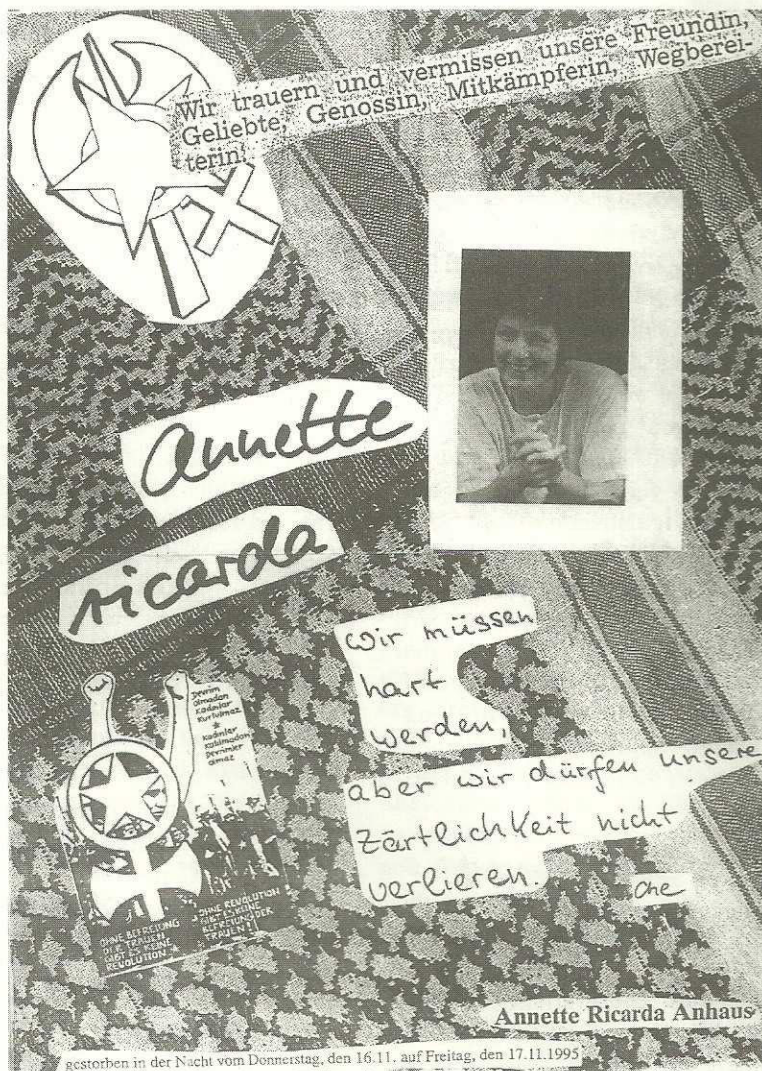
Nach 1946 arbeitete er als Hilfsarbeiter am Bau und trat der KPD bei. Später begann er als angelernter Schlosser bei der MAN, wo er als aktiver Gewerkschafter auch Vertrauensmann war. 1960/61 wurde er „wegen Verbrechen der Geheimbündelei,“ - gemeint war die fortdauernde Unterstützung der seit 1956 illegalen KPD - zu 7 Monaten Haft verurteilt. Auch in den folgenden Jahren war sein Leben von manchem Widerspruch zum Staat der BRD und vom Kampf gegen die weltweite Herrschaft imperialistischer Staaten geprägt. Vielen ist Bartl als aktiver Kämpfer in der Anti-AKW-Bewegung bekannt: Brokdorf, Rehling, Wackersdorf. Ebenso war er gegen die Wiederaufrüstung und Kriegsbeteiligung tätig.

Die Solidaritätsarbeit - insbesondere mit den Völkern Lateinamerikas - war ein wichtiger Anteil von Bartls Leben. 1974 gründete er das Chile-Solidaritäts-Komitee (heute Lateinamerika-Komitee) in Augsburg mit anderen, die an der großen Chiledemonstration im September teilgenommen hatten. 1986/87 unterstützte er als Mitglied einer Brigade in Nicaragua den Auf-

bau der landwirtschaftlichen Kollektive. 1990, als 70jähriger, nahm er in der Brigade José Martí an der Obsternte in Cuba teil.

Wir werden Bartl vermissen, als einen Mitstreiter, der auch dann noch kämpfte, wenn sich andere entmutigt schon zurückgezogen hatten, und als einen großen Agitator, dessen hartnäckige Beiträge manchmal „gestört,“ haben, die sich aber für viele, auch junge ZuhörerInnen als aufkündend herausstellten. Wir trauern um den Menschen Bartl, der für viele auch wie ein Vater und Großvater war. Statt für Kränze und Blumen haben seine Augsburger Freunde und Freundinnen für Spenden für das Asthmazentrum in Havanna, Cuba, gesammelt.

Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba,
Gruppe Augsburg



aus der fg

Cubanische Agrarwissenschaftlerin besucht die BRD:

Vortragsreise zum Thema 'Nachhaltige Entwicklung im Bereich der Landwirtschaft'

Im Mai 96 wird die Compañera Dr. María Elena Rodríguez Fuentes, Wissenschaftlerin der cubanischen 'Agencia de Ciencia y Tecnología', auf Einladung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba in verschiedenen Städten der BRD in einer Reihe von Veranstaltungen über ihre Arbeit berichten.

Folgende Gesichtspunkte Nachhaltiger Entwicklung werden behandelt werden:

- Ökologische Bodenbewirtschaftung
- Fruchtwechsel im System Nachhaltiger Landwirtschaft
- Zuckerrohranbau als Modell Nachhaltiger Landwirtschaft
- Einsatz von Biodüngern
- Biologische Konzepte für die Kontrolle von Schädlingsbefall und Pflanzenkrankheiten
- Cubanische Viehwirtschaft als agrarökologisches Konzept.

Entsprechende Projekte in Cuba werden vorgestellt, erläutert und zur Diskussion gestellt.

Einfließen können einige Erfahrungen aus dem Bereich alternativer Energieerzeugung.

Die Referentin, Dr. María Elena Rodríguez Fuentes, ist derzeit Leiterin der Abteilung Ackerbau und Viehzucht an der »Agencia de Ciencia y Tecnología«.

Dr. María Elena Rodríguez ist Doktorin der Agrarwissenschaften, Professorin und Wissenschaftlerin. Sie legte vor 25 Jahren ihr Examen als Agraringenieurin ab und kann auf eine 19jährige Tätigkeit als Professorin an der Zentralen Universität von Las Villas sowie an der Agrarwissenschaftlichen Hochschule in Havanna (ISCAH) zurückblicken.

Als Wissenschaftlerin hat sie an der Erforschung von Nematoden (Fadenwürmern) in Kaffee-, Zuckerrohr-, Zitrusfrucht-, Gemüse- und Bana-

nenkulturen gearbeitet. Sie hat 25 wissenschaftliche Veröffentlichungen verfasst und ist Autorin eines Lehrbuches für Hochschulen »Nematologie in der Landwirtschaft«. In Zusammenarbeit mit den Universitäten Rostock und Uppsala (Schweden) war sie auch an internationalen Projekten beteiligt.

Während der letzten sechs Jahre war Dr. María Elena Rodríguez zunächst in der Provinz Havanna und später landesweit in der wissenschaftlichen Organisation und Leitung beschäftigt bei der »Agentur für

Wissenschaft und Technik«. Gegenwärtig leitet sie das Nationale Wissenschaftlich-Technische Nahrungsmittelprogramm für die Versorgung der Bevölkerung auf dem Wege der nachhaltigen Landwirtschaft. Sie ist Mitglied der Staatlichen Prüfungskommission für die Erlangung wissenschaftlicher Grade im Bereich der Pflanzengesundheit, Mitglied der Nationalen Approbations-Kommission für Magister (Master Sc.) und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des ISCAH. ★

Einzelne Termine für Veranstaltungen sind noch frei, wenn sich noch Gruppen dafür interessieren, bitte bis spätestens 12. April bei der Geschäftsstelle melden oder bei M. Schweinesbein, Tel.+Fax 0911/270047.



Preiswerte Kuba-Flüge

ab Berlin,
Frankfurt/M.,
Köln,
München

LTU · CONDOR · IBERIA

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996
(gegen DM 3,- in Briefmarken) bei Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

2 Jahre PKK-Verbot

Weg mit den Verboten
kurdischer Vereine!

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden oder bei
Eurer Ortsgruppe
oder für 5,- DM in
Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax
0431/751 41

Außerdem: ++ Beugehaft – Der versuchte Zwang zum Verrat ++
Antifa – Göttingen: Der Staat zeigt seinen Verfolgungswillen +++
Benjamin Ramos Vega – Die drohende Auslieferung verhindern

4/95



**DIE
ROTE
HILFE**



Spielzeug für Cubas Kinder

Die Kinder gehören zu denjenigen Teilen der cubanischen Bevölkerung, die unter den Härten der »periodo especial«, den Auswirkungen der barbarischen US-Blockade, am meisten zu leiden haben. Dennoch wollen und müssen gerade Cubas Kinder spielen können! Deshalb ruft das NETZWERK CUBA angesichts des bevorstehenden »Tages der Kinder« am 4. Juli zu einer zeitlich befristeten Spendenaktion auf. Gesucht werden keine hochkomplexen, elektronischen Spiele (z.B. Computerspiele), sondern einfaches und »robustes« Basis-Spielzeug (wie z.B. Bastelbögen, Holzklötze, Puppen usw. usf), das den gegenwärtigen Gegebenheiten Cubas angemessen ist. Diese Spenden sollen den Bedarf derjenigen Kinder decken, die keinen Zugang zu diesem Vergnügen haben, vor allem von Kindern in abgelegenen ländlichen Gebieten, Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien etc.

Das NETZWERK CUBA ruft alle Solidaritätsgruppen, alle interessierten Menschen, Fachhändlerinnen - und händler, Beschäftigte im Erziehungswesen dazu auf, sich an dieser Aktion, die zeitgleich auch in anderen Ländern - so in Frankreich und Venezuela - beginnt, zu beteiligen.

Alle bis 20. Mai 1996 gesammelten Spenden - können mit Schiffscontainern ab Bremen, versandt werden. Die (ausschließlich mit Spielzeug bestückten!) Spendenkartons sollen mit der Aufschrift »Dirección de Divulgación e Información del MINREX - JUGUETES PARA LOS NIÑOS CUBANOS« versehen werden und können bis zu diesem Termin gesandt oder vorbeigebracht werden bei:

Kulturwerkstatt Westend, Waller Heerstraße 294, D-28219 Bremen.
Die vorherige Avisierung erfolgt telefonisch bei:
Frank Schwitalla, Tel.: 0421/59 36 73,

Fax: 0421/50 66 88,
Martin Schmidt, Tel.: 0421/35 58 16.

Wir bitten alle Spenderinnen und Spender um Verständnis, daß eine Kostenbeteiligung von DM 15,- pro angefangenem Kubikmeter Spendenkartons für die Containerkosten anfällt.

Diese Kostenbeteiligung bitte überweisen auf das NETZWERK-Konto, SpK Bonn, Kto.-Nr. 46953, BLZ 380 500 00. Bitte unbedingt als Verwendungszweck »CONTAINER- SPIELZEUG« angeben.

Alle im Zeitraum vom 21. Mai (nicht früher!) bis 15. Juni 1996 gesammelten Spenden werden kurzfristig per Luftfracht verschickt und können gesandt werden an:

Botschaft der Republik Cuba,
Kennedyallee 22-24,
D 53175 Bonn,
Tel.: 0228 - 30 90,
Fax: 0228 -30 92 44.

Größere Lieferungen in diesem Zeitraum bitte unbedingt vorher telefonisch oder per Fax avisieren.

Cubareisende werden gebeten, bis zum Juli möglichst erstangig Spielzeugspenden mitzunehmen und sie in Havanna dem ICAP zu übergeben.

Alle Spielzeugspenden werden vom Cubanischen Institut für Völkerfreundschaft, ICAP, im o.g. Sinne auf Cuba verteilt.

Geldspenden zur Anschaffung von Spielzeug können überwiesen werden auf das separate NETZWERK PROJEKTE - KONTO bei der

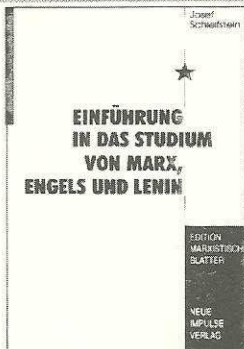
SpK Bonn, Kto.-Nr. 388 77, BLZ 380 500 00.

Als Verwendungszweck bitte unbedingt das Stichwort »SPENDEN SPIELZEUG« angeben.

Wir bedanken uns namens der cubanischen Kinder bereits im Voraus für Ihre Unterstützung.

NETZWERK CUBA
- Informationsbüro - e. V.
im März 1996

**NEUE IMPULSE
AUS UNSEREM
VERLAG**



Josef Schleißeinstein
**EINFÜHRUNG IN DAS STUDIUM
VON MARX, ENGELS UND LENIN**

Das hier vorgelegte Buch ist der unveränderte Nachdruck eines Werkes, das der leider viel zu früh verstorbene hervorragende Theoretiker, Historiker und Lehrer der Arbeiterbewegung Prof. Dr. Josef Schleißeinstein Anfang der 70er Jahre verfaßt hat. Nicht nur, daß wir dieses für die beste Einführung in das Studium der marxistischen Klassiker halten, es ist auch frei von solchen Illusionen und Fehlurteilen, wie sie zur Zeit der Erstausgabe unter Marxisten weit verbreitet waren.

ISBN 3-910080-04-9 DM 24,80

Hans Heinz Holz
KOMMUNISTEN HEUTE
Die Partei und ihre Weltanschauung

Die erste Auflage seines 1991 erschienenen Buches „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ war schnell vergriffen und sorgte auch international für Diskussionen, weil hier einer die Zeitgesänge postsozialistischer Beerdigungsredner mit seiner Streitschrift über Grundfragen und Perspektiven des Marxismus sowie einige Gründe für das Scheitern der ersten sozialistischen Gesellschaften störte und den Resignierten Mut machte. Nicht zuletzt deshalb wurde das Buch in mehrere Sprachen übersetzt.

Mit diesem zweiten Buch konzentriert sich Hans Heinz Holz nicht weniger streitbar auf das Parteiverständnis der Kommunisten, seine Kategorien und weltanschaulichen Grundlagen. Denn – so schreibt er in seinem Vorwort – „die Frage nach dem Kommunist sein ist nicht ablösbar von der Frage nach der politischen Organisation, der Partei. Politische Praxis ist immer organisiert kollektive Praxis. Das Individuum bleibt immer privat, wie sehr es auch von den Inhalten der Politik ergriffen und erregt werden mag. Unus homo, nullus homo – ein Mensch ist kein Mensch, sagten die Römer. Kommunisten werden zu solchen in der Partei...“

ISBN 3-910080-05-7 DM 14,80

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Telefon 02 01 / 20 00 06,
Fax: 02 01 / 20 24 67

CUBA **Spanisch lernen**

Spanisch lernen - Kuba kennenlernen.
Sprachkurse an der Universität oder am "Centro de Idiomas José Martí" in Havanna. 2 od. 4 Wochen, mit Begleitprogramm,
Flug, Ü/HP, Transfers, inkl.
Einschreibegebühren ab DM 2395.-.
Termine ganzjährig.

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996 (gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

CUBA **Trommeln und Tanzen**

Workshop "Tanzen und Trommeln"

Tanz: Son, Rumba, Salsa, Merengue, Tänze der Orishas;
Trommeln: Batá, Tumbadoras, Bongó, Campanas.
Der Workshop wird von kubanischen TanzlehrerInnen und MusikerInnen geleitet.
Lifemusik! 2 oder 3 Wochen, Flug, Ü/F.

Termine: in Havanna 16.8., 14.9., 19.10., 14.12.,
in Santiago de Cuba 18.5., 29.6., 16.11.,
ab DM 2050.-

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996 (gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

CUBA **individuell zum kennenlernen**

6 Tage Havanna Ü/F, 7 Tage Strand Ü/HP,
3 Informations-Besuche nach Wahl
(Politik, Gesellschaft, Gesundheitswesen, Kultur)
mit Übersetzung, Flug,
ab DM 1995.
Termine ganzjährig.

Tel.: 0241/406 435 (tagsüber), Ausführliches Reiseprogramm 1996 (gegen DM 3,- in Briefmarken) bei: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Zülpicher Strasse 7, 50674 Köln
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt, G7911F
1335 8/80

80802 München

G 7911F
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln

CUBA LIBRE im Abo

- Ich will die Cuba Libre im Abo
(4 Ausgaben pro Jahr für DM 20,-)
- weitere Informationen über die
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

Bitte mit
80 Pfennig
frankieren

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen (Poststempel)
widerrufen. Die Kenntnisnahme dieses Hinweises bestätige ich
durch meine Unterschrift

2. Unterschrift zur Kenntnisnahme des Widerrufsrechts

An die
Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7

50674 Köln